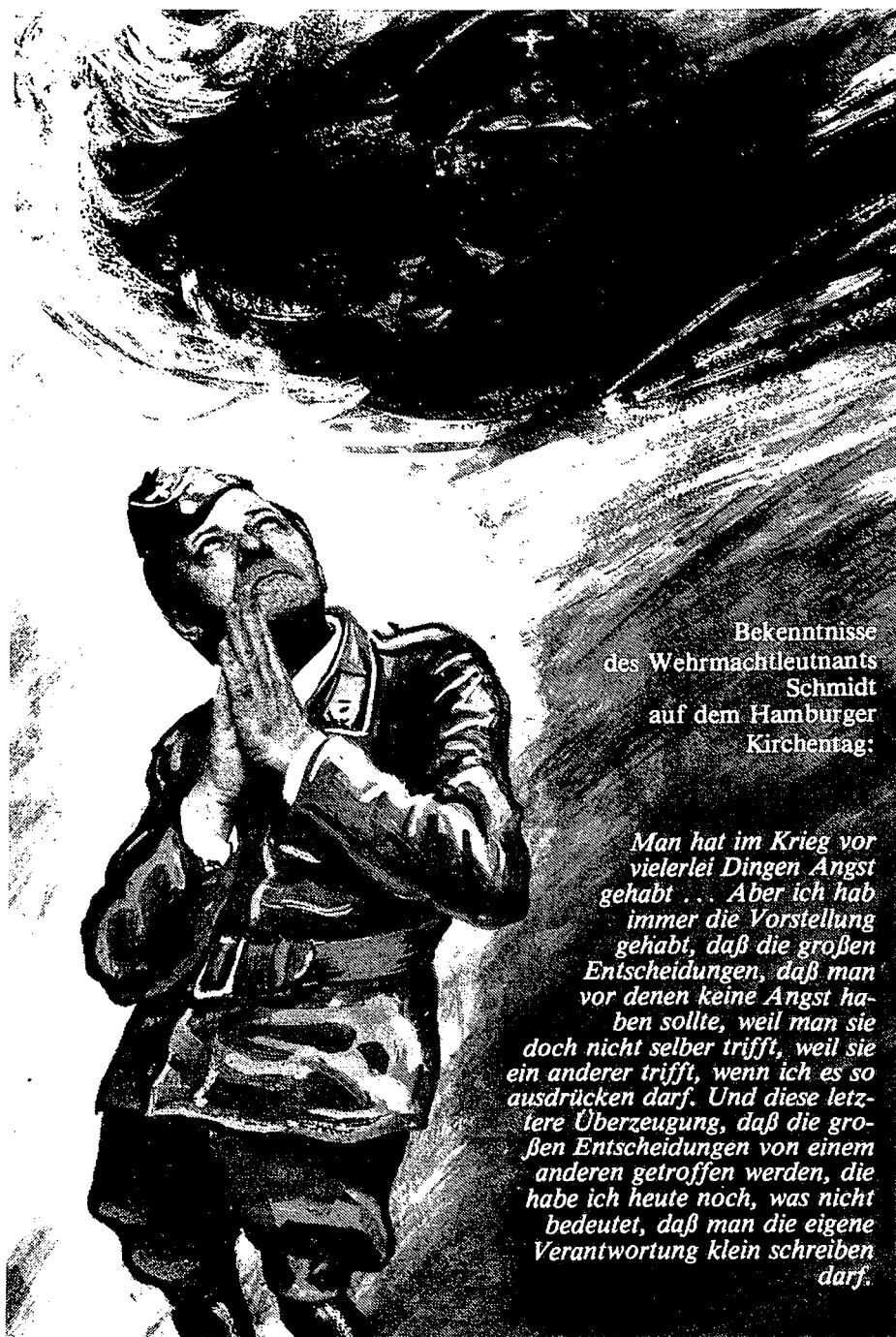


Politische Berichte



4. Juli 1981
Jg. 2 Nr. 14

G 7756 D Preis:
2 DM

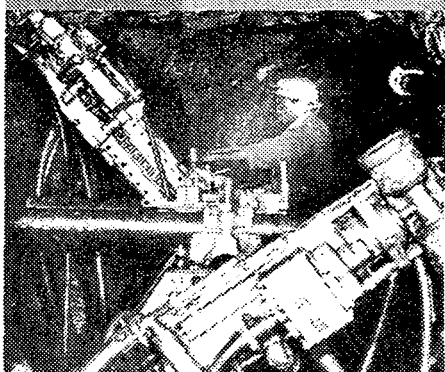


Bekenntnisse
des Wehrmachtleutnants
Schmidt
auf dem Hamburger
Kirchentag:

*Man hat im Krieg vor
vielerlei Dingen Angst
gehabt ... Aber ich hab
immer die Vorstellung
gehabt, daß die großen
Entscheidungen, daß man
vor denen keine Angst ha-
ben sollte, weil man sie
doch nicht selber trifft, weil sie
ein anderer trifft, wenn ich es so
ausdrücken darf. Und diese letz-
tere Überzeugung, daß die gro-
ßen Entscheidungen von einem
anderen getroffen werden, die
habe ich heute noch, was nicht
bedeutet, daß man die eigene
Verantwortung klein schreiben
darf.*



„Süd-West-Flanke“ der NATO:
„Schmidt will Spanien, wenn es sein
muß schlagend und tretend, in die
NATO zwingen“ Seite 3



„Rohstoffsicherung“: Millionen aus
Steuergeldern und bewaffneter Schutz
für die expandierenden BRD-Roh-
stoffmonopole Seite 13



„Drogenabhängigkeit“: Gericht ur-
teilt: „Verinnerlichte kriminelle Inten-
sität und Uneinsichtigkeit“ Seite 25

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich. GNN, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Kamekestr. 19, Tel. 51 74 57.

Inhalt

„Süd-West-Flanke“ der NATO: „Schmidt will Spanien, wenn es sein muß schlagend und tretend, in die NATO zwingen“ .. Seite 3

Portugal — der NATO-„Balkon im Atlantik“ Seite 4

Deutsche Könige und Faschisten in Spanien Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

EG-Parlament: 70 Punkte zur „Reform“ der EG-Agrarpolitik Seite 7

Bundesverfassungsgericht: Koalitionsfreiheit bei Kirchen eingeschränkt Seite 7

„Operation Haushalt 82“: Angriffe auf Versicherungsrechte, indirekte Steuererhöhungen in Vorbereitung Seite 8

Einzelhandel: Erste Warnstreiks — Jetzt Schlichtung Seite 9

Kurzarbeit: Rechte der Betriebsräte, Betriebsvereinbarungen Seite 9

Zahnersatz: Der Gesundheitszustand interessiert Ehrenberg nicht Seite 10

Italien: Neue Regierung — Bourgeois greifen Tarife an .. Seite 11

England: Warum die Bourgeoisie ihre Monarchie liebt .. Seite 12

„Rohstoffsicherung“: Millionen aus Steuergeldern und bewaffneter Schutz für die expandierenden BRD-Rohstoffmonopole Seite 13

US-Rohstoffbonanza: Neue Phase der Kriegsvorbereitung Seite 14

USA, BRD und „Gleichgesinnte“ — internationale Erpressung im Tiefseebergbau Seite 16

Preussag-Konzern: Imperialistische Rohstoffsicherung staatlich gefördert Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Asylrecht: Gesetzentwurf des Bundesrates sieht weitgehende Abschaffung vor Seite 19

Härde-Prozeß: Kündigung wegen Erklärung gegen Urteil Seite 19

Daimler-Benz Stuttgart: Die Kapitalisten fordern Ausdehnung neuer Gewerbegebiete Seite 20

NRW: Gesamtschulgesetzentwürfe Seite 21

Bayern: GGLF fordert Zeitlohn für Waldarbeiter Seite 21

Kommunalwahlen: Wahlbündnis verabschiedet Programm Seite 21

Flughafen München II: Gerichte urteilen: Gebaut soll werden, nur jetzt nicht so groß Seite 22

Gezielte Bebauung der Flugschneisen Seite 23

Donaumoos: Polizei erschießt Alfons Berger Seite 23

Hessen: SPD-Landesparteitag auf Regierungskurs Seite 24

Teststrecke: „Land und Natur nicht durch Geld ersetzbar“ Seite 24

Drogenabhängigkeit: Gericht urteilt: „Verinnerlichte kriminelle Intensität und Uneinsichtigkeit“ Seite 25

Therapie statt Strafe? Seite 26

Stichwort: Betäubungsmittelrecht Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

BRD—Namibia: Die BRD muß endlich die UNO-Beschlüsse zu Namibia einhalten! Seite 29

Streiks in Marokko: Militär schafft Hassan nur kurzfristig Luft Seite 29

ASEAN: Am 13.7. internationale Kampuchea-Konferenz Seite 30

VR Polen: Westliche Banken halten Umschuldung offen Seite 30

Großbritannien: Jetzt streiken auch die Krankenwagenfahrer Seite 31

Wahlen in Israel: Zionistische Ideologie weitgehend ungebrochen Seite 31

Iran: Ein zäher Bürgerkrieg bedroht die erreichte Unabhängigkeit des Landes Seite 32

Iran-Wirtschaft: Wesentliche Probleme ungelöst Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Film: „Nachtfalken“: Dumm-reaktionäres über „Terrorismus“, zielstrebig für den Todesschuß Seite 34

Jerry Cotton: Präsidentenattentat Seite 34

Gegenwärtige Opfer für die Zukunft Seite 34

Geschichte der Kreuzzüge Seite 35

Evangelischer Kirchentag: Schmidts Gebote — Grundsätze für Kriegsvorbereitung Seite 35

Jahresdurchschnittlich erzielte Löhne und Gehälter Seite 38

„Süd-West-Flanke“ der NATO

„Schmidt will Spanien, wenn es sein muß schlagend und tretend, in die NATO zwingen“

Soll ein Mensch behaupten, diese sozial-liberale Bundesregierung wüßte bei allen Schwulitäten, in die sie ihren weiteren Bestand gebracht hat, nicht, was zu tun sei. Bei den Kriegsvorbereitungen ist jetzt jedenfalls nach der „Sicherung der Süd-Ost-Flanke“ durch Putsch und Kreditwürgegriff in der Türkei die „Sicherung der Süd-West-Flanke“ an der Reihe: Spanien und Portugal.

Vor einem Jahr noch, plaudert die weltoffen-liberale „Zeit“ in ihrer Nummer vom 19. Juni, hätte die spanische Zeitschrift „Ya“ geschrieben: „Schmidt will Spanien, wenn es sein muß, schlagend und tretend in die NATO zwingen.“ Heute sei das auch anders. Jetzt sprächen einschlägige Madrider Kreise gesittet von „unserem Freund Genscher“. Mit der Regierungsübernahme durch Calvos-Sotelo nach dem Putschversuch im Februar haben sich die diplomatischen Aktivitäten zwischen Bonn und Madrid schwungvoll verstärkt. Allein Gen-

fehlshaber Haig, den sein erster Europabesuch gleich nach Spanien führte, posaunte auch Genscher, der NATO-Beitritt sei vollständig Spaniens freie Entscheidung.

Zur Zeit von Sotelos Besuch bei Schmidt hatte der spanische Sozialistenführer Gonzalez noch gegen die NATO-Politik des Regierungschefs protestiert und angekündigt, die PSOE werde ein Referendum gegen den NATO-Beitritt Spaniens durchführen. Inzwischen nahm sich die Sozialistische Internationale Gonzales zur Brust, offensichtlich mit dem Hinweis auf die Herkunft der Gelder in dessen gefüllter Parteikasse. Jedenfalls: Ende Mai lassen bereits „regierungsnahe spanische Kreise“ in Umlauf bringen, die sozialistische Oppositionspartei werde darauf verzichten, die Gegnerschaft gegen einen NATO-Beitritt zu mobilisieren, und kein Referendum beantragen. Nach dem Genscher-Besuch in Madrid berichten westdeutsche Zeitungen, Gonzalez habe Genscher zugesichert,

September die NATO-Beitrittsbedingungen Spaniens klären soll, tatsächlich eine zentrale Rolle spielt.

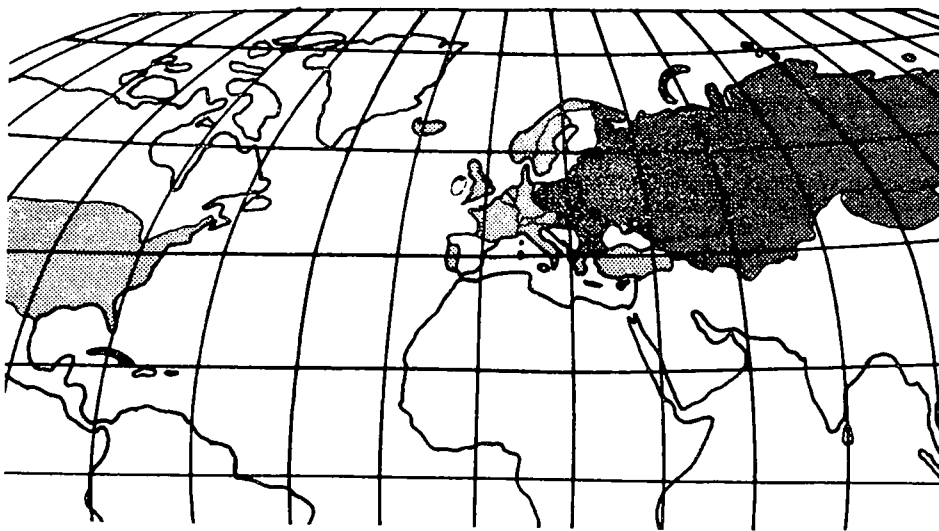
Suárez wurde wegen zu weitgehender innenpolitischer Liberalisierungspläne und „Unschlüssigkeit“ in der „Westorientierung“ („Zeit“) durch die spanische Generalität zum Rücktritt gezwungen. Über Putschabsichten von Teilen eben dieser Generalität war er unterrichtet. Calvos-Sotelo wurde Regierungschef, nachdem der abgeblasene Putschversuch eindringlich klar gestellt hatte, was von der Regierung erwartet wird und was nicht geduldet wird. Putschist Tejero läßt sich anschließend darüber aus, daß er und die ihn unterstützenden Kräfte für die NATO seien, nach dem Modell Türkei auf Billigung durch die NATO gesetzt hätten, und daß die USA über die Pläne informiert gewesen seien. Wie der Ablauf auch im Einzelnen gewesen sein mag, ohne grünes Licht aus Washington, London und Bonn wird ein Putsch von Teilen des Militärs kaum erfolgreich sein. Wenn aber die jeweilige spanische Regierung den Kurs verfolgt: NATO-Eingliederung, Öffnung für Kapital, Ablehnung jeglicher neutralistischer Tendenzen, gesicherte Unterdrückung der Arbeiterklasse, dann braucht er auch nicht stattfinden.

Worum es geht, hat der jetzige westdeutsche Regierungssprecher und ehemalige Journalist Lothar Ruehl 1977 so beschrieben:

„Gerade am spanischen Beispiel läßt sich der Vorrang der politischen vor den militärischen Interessen ablesen ... In ihm kommt auch die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Südfassade Westeuropas politisch und sozial zu befestigen, um dem Ganzen in einer Epoche schneller und umwälzender Veränderungen Halt zu geben und so Westeuropa den Rücken gegenüber Osteuropa und der eurasischen Kontinentalmacht Sowjetunion zu stärken.“

Die sicherste spanische Regierung ist immer die, welche diese Interessen befolgt, das ist die „Rettungsdevise“ von Reagan, Haig, Schmidt und Genscher. Angesichts von Spaltungstendenzen in der christdemokratischen spanischen UCD versuchte Genscher, Gonzalez zu locken, auch eine Oppositionspartei, die an die Regierung will, hätte sich daran zu halten. Er solle sich ein Beispiel an der SPD nehmen, die habe auch zur Wiederbewaffnung gefunden.

Die „freien Entscheidungen“ der spanischen Regierung stehen aber nicht nur unter der Drohung eines Putsches.



NATO: „Sicherung der Südflanke“ gegen die sowjetischen Sozialimperialisten in der Türkei und in Spanien

schers hat in sieben Monaten viermal den spanischen Außenminister zu arbeiten versucht. Calvos-Sotelo hat bei seinem Besuch in Hamburg unter den Augen von Schmidt und denen der Fernsehkameras der spanischen Regierung und dem spanischen Parlament mitgeteilt, ohne Parlamentsbeschluß, Spanien werden schnellstens in die NATO eintreten. Sechs Wochen später war Genscher schon wieder in Madrid. Genauso wie der amerikanische Außenminister und ehemalige NATO-Be-

die PSOE werde nurmehr gegen den Beitritt stimmen, mehr nicht. Anschließend zitieren spanische Zeitungen den „Spiegel“ als Beleg dafür, daß der Verzicht der Sozialisten auf das Referendum jetzt amtlich sei.

Schmidt, Genscher, Brandt, umweldt von der SPD-Linken, wollten Spanien vor sich selbst, nämlich vor einem Putsch, in die NATO retten – daran ist soviel wahr, daß der letzte Putschversuch im Februar in dem amerikanisch-westdeutschen Komplott, das bis

Portugal – NATO-„Balkon im Atlantik“

Portugal wurde mit der Gründung der NATO 1949 Mitglied. Das faschistische Regime in Lissabon, das sich im Zweiten Weltkrieg neutral erklärt hatte, betrachtete die imperialistische Allianz als Reserve bei der Aufrechterhaltung der portugiesischen Kolonialmacht, insbesondere in Afrika. Das Regime verlangte daher – erfolglos –, daß von Anfang an der Aktionsradius der NATO im Süden offiziell über den Wendekreis des Krebses hinaus festgelegt werden solle.

Die strategische Bedeutung Portugals für die in der NATO zusammengeschlossenen imperialistischen Mächte war und ist: mit Stützpunkten und Einrichtungen im Dreieck Portugal, Azoreninseln (2000 km von der portugiesischen und 4000 km von der US-Küste entfernt) und Madeira-Inseln im Süden (auf der Höhe Nordafrikas) den Schiffs- und Flugverkehr im Ostatlantik kontrollieren und darüber die Verbindungen zwischen den USA und Westeuropa und den Seeweg zum Kap für die NATO zu sichern. Auf den Azoren sind neben Luftüberwachungsanlagen Einrichtungen zur U-Boot-Abwehr, an denen auch die BRD beteiligt ist.

Weiter soll von Portugal aus zusammen mit den britischen Stützpunkten auf Gibraltar der Westausgang des Mittelmeers kontrolliert und eine Basis für Interventionen im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten geschaffen werden. Bereits im Nahost-Krieg 1973 versorgten die US-Imperialisten Israel über eine Luftbrücke über die Azoren mit Waffen. Im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion in Mitteleuropa soll Portugal mit seinen Flugplätzen, Seehäfen und Depots der Heranschaffung des US-Nachschubs über den Atlantik dienen. NATO-Schätzungen der letzten Jahre gingen dabei von täglich 250000 t US-Kriegsmaterial aus. In dieser Funktion ist die iberische Halbinsel, Portugal und Spanien, für die NATO kaum zu ersetzen.

Daher die verbissenen Anstrengungen zur Konterrevolution, als 1974 die „Bewegung der Streitkräfte“ das faschistische Regime Caetano stürzte und den Volksmassen Raum für revolutionäre Aktionen verschaffte. Der Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Mozambique hatte das Regime in Lissabon angeschlagen.

Zwar erklärte 1974/75 keine der Regierungen, die in der Hauptsache von der Sozialistischen Partei, der revisionistischen PCP und der „Bewegung der Streitkräfte“ gebildet wurden, den Austritt aus der NATO. Praktisch entzogen aber die revolutionären Aktionen, an denen Teile der portugiesischen Armee beteiligt waren, der NATO den Spielraum im Land. Nach der Bildung von Soldatenräten und Entscheidung in den Kasernen durch Abstimmung der Mannschaften beurteilte die NATO den Kampfwert der Truppen für ihre Zwecke kaum höher als Null. Sie konnte aber die Stützpunkte im Land halten und reagierte u.a. mit dem Ausschluß Portugals von der militärischen Planung.

Im März 1975 scheiterte der Rechtsputschversuch des Generals Spínola, aber auch danach hing die Drohung mit von der NATO unterstützter Konterrevolution in der Luft. Der Bonn-Besuch des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Soares, im Herbst desselben Jahres war der Auftakt der unter Regie der Sozialistischen Internationale Zug um Zug durchgeführten Erdrosselung der revolutionären Maßnahmen und Errungenschaften unter einer Regierung der Sozialistischen Partei. Ab Mitte 1976 ging die NATO zur Umgestaltung der portugiesischen Armee unter dem Motto „Niveauhebung“ über, die Eingliederung in die EG, inzwischen für ca. 1983 geplant, wurde ins Auge gefaßt.

Die BRD hatte schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre Abkommen mit Portugal geschlossen, die Bundeswehrkräften die Nutzung militärischer Anlagen dort erlaubten und Portugal an die westdeutsche Rüstungsproduktion banden. 1977 wurde ein weiteres Abkommen unterzeichnet, das u.a. westdeutsche Berater und Materiallieferungen für in der BRD gekaufte Flugzeuge vorsah. Die Bundeswehr ist auf dem Flughafen Beja präsent, der auch von der BRD gebaut worden ist.

Die Tätigkeit der portugiesischen Regierungen in den letzten Jahren war im wesentlichen Vollzug der von den Hauptgläubigern des Landes, USA und BRD, u.a. über den Internationalen Währungsfonds verlangten Liquidierung der Errungenschaften der Arbeiter und Bauern.

sondern die US- und EG-Imperialisten ziehen die Karten bestehender Abhängigkeiten Spaniens, um neue hinzuzufügen.

Gegenwärtig finden Verhandlungen statt für einen EG-Beitritt Spaniens 1983/84. Gleichzeitig soll geklärt werden, ob eine spanische Parlamentsdelegation an den EG-Verhandlungen über den Agrarmarkt teilnehmen kann. Vor einem EG-Beitritt soll aber der NATO-Beitritt erfolgen. Der ist wiederum gekoppelt mit den zur Zeit laufenden Verhandlungen über die Fortführung des amerikanisch-spanischen Abkommens über US-Stützpunkte in Spanien.

Die US-Imperialisten versuchen in den gegenwärtigen Geheimverhandlungen, mit einigen Zugeständnissen an die spanische Souveränität für den gleichzeitigen Eintritt in die NATO zu locken. Ebenfalls ungeklärt ist die Auflösung des britischen Kolonialstützpunktes Gibraltar. Hier ködern die britischen Imperialisten mit möglichen Zugeständnissen an Spanien für den Preis des NATO-Beitritts.

Die strategische Bedeutung Spaniens für die Kriegsvorbereitungen der NATO sind ein Gemeinplatz in allen einschlägigen Dokumenten und Artikeln. Sicherung des Mittelmeerzugangs und Kontrolle der Straße von Gibraltar, Versorgungsbasis und Nachschublinie bei der Expansion gegen Osten, Ausgangsbasis für die Kontrolle der Erdölfelder des Nahen Ostens usw.

Seit 1953 ist der US-Stützpunkt Rota an der atlantischen Südküste Spaniens nahe Cadix, der nicht der NATO untersteht, Nachschubhafen für die Mittelmeerstützpunkte der USA, Einsatzflugplatz für die Geschwader der sechsten US-Flotte und Stützpunkt für die im Atlantik und dem Mittelmeer operierenden US-amerikanischen Atom-U-Boote. Außerdem sichern die US-Imperialisten von Rota aus die Treibstoffversorgung der Flugplätze ihrer strategischen Bomber in Torrejón (nahe Madrid), Zaragoza und Morón.

Es ist offensichtlich, daß der gegenwärtige Versuch, vor allem der USA und der BRD, Spanien mit „Schlägen und Fußtritten“ in die NATO zu zwingen, keine begrenzte Antwort auf etwaige militärische Kräfteverschiebungen zwischen USA und Sowjetunion im Mittelmeer ist. Vielmehr handelt es sich um die „Flankensicherung“ des imperialistischen Militärbündnisses NATO bei den Kriegsvorbereitungen gegen die sowjetischen Sozialimperialisten. Ebenso offensichtlich ist, daß die US-amerikanischen, westdeutschen und britischen Imperialisten diese „Sicherung“ so schnell wie möglich unter Dach und Fach bringen wollen, noch ehe die neue französische Regierung auch nur die Möglichkeit hätte, wo-

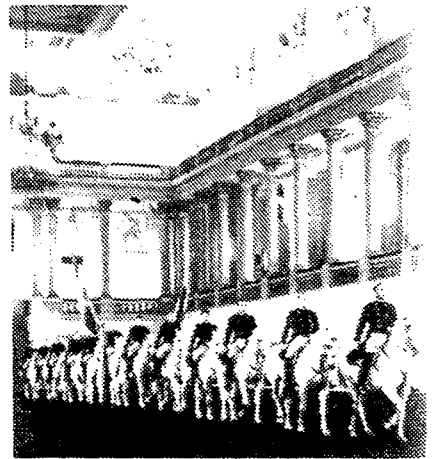
Deutsche Könige und Faschisten in Spanien

Unter dem Banner des Katholizismus wird mit Hilfe deutscher Ritter die Herrschaft der Mauren 1491 beendet. In Spanien erstarkt der Absolutismus. 1496 wird die Erbtöchter Johanna von Spanien mit Philipp, Sohn des Kaisers Maximilian von Österreich, vermählt. Die spanische Krone ist damit an das Haus Habsburg gefallen, da Philipp auch österreichischer Thronfolger ist. Sein Nachkomme Karl I. wird 1519 zum deutschen Kaiser gewählt. Gleichzeitig tritt er die Herrschaft in Spanien an. Nachdem Karl I. den Widerstand der spanischen Städte gebrochen hat, führt er Krieg gegen Alger und Tunis. Söldforderungen in der Armee zwingen ihn, die Steuerfreiheit des spanischen Adels aufzuheben. 1580 einverleibt die spanische Krone Portugal. Auch die Eroberungszüge in Mexiko und Peru ändern nichts am langsamen Verfall des spanischen Königreiches. Es kämpft im Dreißigjährigen Krieg an der Seite der Habsburger. 1640 trennt sich Portugal mit französischer und englischer Hilfe von der spanischen Krone. Die Habsburger verlieren mit dem Westfäli-

schen Frieden den Einfluß über nördliche Gebiete der Niederlande. Karl II. (1665 – 1700) kann sich den französischen Angriffen auf Spanien nicht mehr erwehren. 1701 bis 1714 findet der Spanische Erbfolgekrieg statt. Ludwig XIV. beansprucht für seinen Enkel Philipp die spanische Krone. England, Holland und Preußen kämpfen mit den Habsburgern gegen die mächtigen Bourbonen. Das alte spanische Reich wird aufgeteilt. Philipp wird spanischer König. Besetzte Gebiete der Spanier (Niederlande, Mailand, Neapel u.a.) fallen an die Habsburger. Das französische Königshaus hat die Vorherrschaft über Spanien und damit keinen Gegner im Südwesten.

1869 wird die spanische Königin Isabella gestürzt. Die Republikaner bieten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Krone an. Frankreich fordert König Wilhelm auf, das Angebot abzulehnen (Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs 1870/71). Die spanischen Cortes wählen Herzog Alfons zum König. Königin Maria-Christina von Österreich übernimmt nach dessen Tod die Regentschaft. 1899 verkauft sie die spanischen Kolonien Karolinen,

die Marianen und die Palauinseln an das Deutsche Reich. 1931 stürzt die Krone. Es wird eine Republik errichtet. 1936 siegt in den Wahlen die linke Volksfront. Gestärkt durch den Machtantritt der deutschen Nationalsozialisten putschen die Faschisten. Es kommt zum Bürgerkrieg. Die Legion Condor, Freiwilligenarmee des Deutschen Reiches, greift mit schweren Waffen in den Bürgerkrieg ein. Frankreich und England vertreten das Prinzip der Nichteinmischung. 1939 siegt Franco und tritt dem Anti-Komintern-Pakt bei.



1981: Spanische Reitschule in Wien

möglich zu einer „Nord-Süd-Aufweichung“ der NATO beizutragen und damit eines der Schreckensgespenster der amerikanischen, britischen und westdeutschen Militärs zu beleben. Dazu der bereits zitierte jetzige Regierungssprecher Ruehl 1977: „Eine Volksfrontregierung in Paris mit einer starken kommunistischen und einer in ihrer Politik schwankenden sozialistischen Partei würde zwar die NATO nicht unmittelbar in ihrer Aktionsfähigkeit hemmen, wohl aber auf lange Sicht die Sicherheit ganz Westeuropas erheblich mindern und dessen Einigung zu einem unabhängigen Staatenbund mit politischer Aktionseinheit aufhalten.“

Vortrefflich ergänzen sich die Interessen der US-amerikanischen und der westdeutschen Monopolbourgeoisie.

Für die westdeutsche Hegemonialpolitik innerhalb Europas und der EG ist die Herstellung einer Achse „Bonn-Madrid-Lissabon“ ein wichtiger Angelpunkt für die Überflügelung Britanniens und Frankreichs. Für die US-Imperialisten ist sie eine Klammer zur Sicherung der Süd-West-Flanke im Kampf gegen die Sozialimperialisten und unmittelbar von Bedeutung für die Sicherung der Ausgangslage in der Rivalität um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten.

Für die westdeutsche Bourgeoisie soll Spanien ein Sprungbrett nach

Nordafrika sein und eine Sicherheit für den Zugriff auf Rohstoffe, für die US-Imperialisten geht es um die Sicherung der Verbindungslinien zwischen Europa und Afrika.

Für die westdeutsche Bourgeoisie soll Spanien Hinterland für Expansionsabsichten gegen die Völker des Ostens sein, für die US-Imperialisten handelt es sich um die Sicherung der Nachschublinien sowohl von den USA



Der westdeutsche Heeresinspekteur Pöppel inspiziert schon in Spanien

wie von Afrika aus in einem Krieg um Europa. Bereits 1965 hat sich Helmut Schmidt in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ mit der Frage „Spanien als Hinterland“ der BRD befaßt, allerdings in Kritik an der CDU. Die CDU hatte 1960 durch Verteidigungsminister Strauß Verhandlungen mit dem faschistischen Franco-Regime geführt über die Lagerung von militärischem und zivilem Versorgungsnachschub für die BRD. Schmidt kritisierte die militärischen Nachteile des langen Weges so: „Die spanische Versorgungsbasis hätte militärisch nur dann einen Sinn, wenn die Kampffront bereits den Rhein westwärts überschritten hätte ...“ (S. 83f) Ansonsten seien für den Normalfall aber die natürlichen Versorgungsräume für die BRD Frankreich, die Benelux-Länder, Dänemark und Süd-Norwegen.

Der Kapitalexpert der BRD nach Spanien steht an zweiter Stelle nach dem der USA. Von einer schnellen Unterordnung Spaniens in die NATO verspricht sich die westdeutsche Bourgeoisie also nicht nur problemlosen Rüstungsexport innerhalb der NATO zur Umrüstung der spanischen Armee, sondern verbunden mit einem erweiterten EG-Absatzmarkt: Sicherung ihrer Kapitalanlagen, Zugriff auf die Arbeitskraft der spanischen Arbeiterklasse und Sicherung des Zugriffs auf die reichhaltigen spanischen Rohstoffe.

Türkei: Todesstrafe beantragt

Der militärische Ankläger der Militärjunta in der Türkei hat in Istanbul für 52 Gewerkschafter der DISK die Todesstrafe beantragt. Unter ihnen ist auch Abdullah Bastürk, der Vorsitzende von DISK. DISK wurde 1967 gegen die unter Regierungskontrolle stehende Gewerkschaft Türk-İs gegründet. Die Gewerkschaft hat gegenwärtig über 500 000 Mitglieder. Der Prozeß gegen insgesamt 300 Funktionäre von DISK war am 22. April 1981 eröffnet worden. 100 Rechtsanwälte aus dem ganzen Land boten sich an, die Angeklagten unentgeltlich vor Gericht zu verteidigen. Die Gewerkschafter sind angeklagt, einen Umsturz und die Errichtung eines kommunistischen Systems angestrebt zu haben. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat am 24.4.81 einen Aufruf gegen den Prozeß gegen DISK veröffentlicht. Darin heißt es: „... fordere Sie dringend auf, die Schließung von DISK rückgängig zu machen, seinen Führer aus der Haft zu lassen und die in den IAO-Übereinkommen niedergelegten gewerkschaftlichen Organisations-, Vertrags- und Streikrechte wiederherzustellen ...“

Politische Berichte



Arbeitsheft 2
Liberaler Innenpolitik

In der fünfteiligen Reihe Politische Berichte/Arbeitshefte ist neu erschienen: Arbeitsheft 2, Liberale Innenpolitik. Die Reihe versucht, einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Politik der Revolutionäre und der Linken seit Mitte der 60er Jahre zu liefern. — Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 5000 Köln, Kamekestr. 19.

Kölner Reservisten verweigern öffentlich

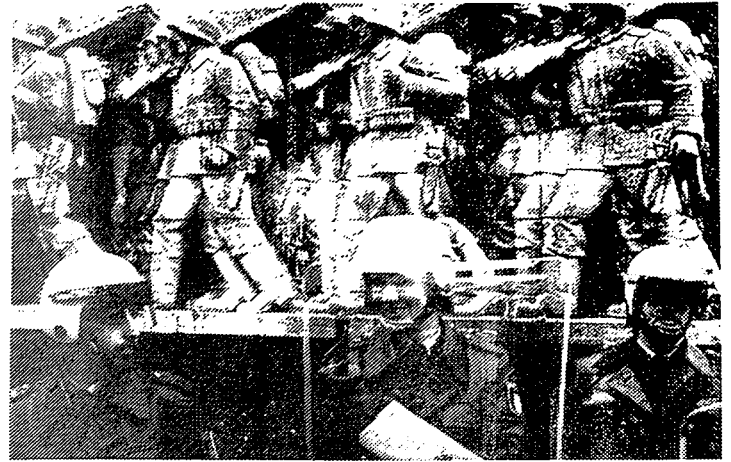
„Herr Schmidt, hiermit melde ich mich aus Ihrer Truppe ab“ — mehr als 250 Reservisten verweigerten am 27.6. auf einer öffentlichen Kundgebung den Kriegsdienst. Dem Kreiswehrrersatzamt wurden die abgegebenen Wehrpässe überbracht. Dieses kündigte ein Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer an.

Erster Ausgang nach 18 Monaten Haft

Nachdem seit 1 ½ Jahren alle Anträge von Helga Rosenbaum auf Ausgang und Urlaub von den Strafvollzugsbehörden mit der Begründung abgelehnt worden waren, daß sie den Urlaub bzw. Ausgang zur Begehung derselben Straftaten nutzen würde, derentwegen sie verurteilt sei (Straßenbahndemonstrationen in Heidelberg 1975, Aktionen gegen ihren Ausschuß aus dem Heidelberger Gemeinderat), wurde ihr am 28.6. zum ersten Mal Ausgang bewilligt. Ein Grund für den Wandel wurde nicht mitgeteilt. Die Beschwerden gegen die Verweigerung des Ausgangs und Urlaubs sowie gegen die Verschleppung aus der JVA Vechta in die Transportabteilung der JVA Hannover (praktische Isolation) ruhen nach wie vor bei den Vollstreckungskammern.

Urteile im Majdanek-Prozeß

Am 30. Juni wurde nach 5 ½-jähriger Dauer der Majdanek-Prozeß beendet. Majdanek war ein Konzentrationslager in Polen, in dem zwischen 1941 und 44 mindestens 250 000, andere Zahlen sprechen von 1 ½ Millionen, Juden und sowjetische und polnische Kriegsgefangene ermordet wurden, erschossen, vergast, erschlagen, ertränkt. Angeklagt im Majdanek-Prozeß waren berüchtigte Mitglieder der Lager-SS, Aufseherinnen, Ober- und Untersturmbannführer. Das Urteil: einmal lebenslanglich wegen Mordes in zwei Fällen, sieben Freiheitsstrafen zwischen 3 und 12 Jahren wegen Beihilfe und ein Freispruch. Die Verteidiger — ehemalige Nazis oder jetzige NPD-Parteigänger — rechtfertigten die Morde der SS-Schergen im Auftrag des deutschen Faschismus: Massenmorde an Kindern seien das gleiche wie heute die Abtrei-



„Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“, steht auf dem Hamburger Kriegerdenkmal von 1936, dem Teilnehmer der Hamburger Friedensdemonstration mit Farbe und Meißel zu Leibe rückten. Ein Zivilpolizist mit gezückter Pistole konnte gehindert werden, dagegen einzuschreiten. Seine uniformierten Kollegen mußten daraufhin den Schutz des faschistischen Machwerks übernehmen.

bung. Reaktionäre und Faschisten hatten ein Komitee „Stille Hilfe“ gegründet. Dessen Sprecherin Josefine Jürgens wurde auf Vorschlag von NRW-Ministerpräsident Rau von Alt-Nazi Carstens erst mal mit dem Bundesverdienstkreuz wegen „aufopferungsvoller Arbeit“ ausgezeichnet. Die Rechtsprechung steckt das Feld der Unterdrückung ab: Teilnahme an Massenmorden der imperialistischen Bourgeoisie muß in der Ausführung individuell nachweisbar sein, sonst bleibt sie straffrei — beim Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung genügt die Unterstützung gerechter Ziele für jahrelange Freiheitsstrafen.

Neuer Angriff auf das Streikrecht

Mit der Taktik der „neuen Beweglichkeit“ hatte die IG Metall Lohnsenkungen in der Tarifaufeinanderersetzung 1981 nicht verhindert. Brutal setzt Gesamtmetall jetzt nach: 13 Mitgliedsverbände wollen gerichtlich die Unzulässigkeit der Warnstreiks vom Frühjahr feststellen und Warnstreiks generell verbieten lassen. — 1976 hatte das Bundesarbeitsgericht das bis dahin bestehende Verbot von Warnstreiks geringfügig gelockert: Sofern sie nicht gegen die Friedenspflicht verstoßen, von den Gewerkschaften und ohne „Übermaß“ oder „Ausschreitungen“ durchgeführt werden, sollten sie zulässig sein. — Die Kapitalisten präsentieren jetzt Schadensrechnungen von ca. 110

Mio. DM. Was sie durch den niedrigen Abschluß eingespart haben an Lohngeldern, beziffert sich auf ein Vielfaches. Aber darum geht es nicht. Werden die Warnstreiks für rechtswidrig erklärt, haften die beteiligten Lohnabhängigen und die IG Metall. Durch den Verzicht auf Urabstimmung und Vollstreik zahlen sie dann zweimal.

US-Gericht erwägt Völkerrechtsbruch

„Starke Bedenken“ über die Rechtmäßigkeit des Algierer Abkommens ließ der Oberste Gerichtshof der USA jetzt anmelden. Mit dem Abkommen war die Gefangennahme von US-Botschaftsangehörigen in Iran beendet worden. Danach müssen die USA bis zum 19.7. das in den USA beschlagnahmte iranische Eigentum freigeben, laut US-Zeitungen noch 4 Mrd. \$, davon 1 Mrd. zur Verfügung eines internationalen Schiedsgerichtes, das über US-Forderungen gegen Iran entscheiden soll, den Rest in den Iran. Bereits bis zum 19.6. hätten die Gelder bei der US-Zentralbank eingehen müssen. Die meisten Kapitalisten und Banken weigerten sich jedoch zu zahlen, meldeten Schadensansprüche an und erwirkten einstweilige Verfügungen. Der Oberste Gerichtshof prüft jetzt die Möglichkeiten, den Vertrag und damit geltendes Völkerrecht zu brechen, um Iran sein Eigentum weiter vorzuenthalten.

EG-Parlament

70 Punkte zur „Reform“ der EG-Agrarpolitik

Nach monate-, ja jahrelangem Propagandatrommeln für eine „Reform“ der EG-Agrarpolitik hat das EG-Parlament am 17.6. eine „Entschließung zu möglichen Verbesserungen der gemeinsamen Agrarpolitik“ verabschiedet. Sie enthält 16 Erwägungsgründe und 70 Beschlußpunkte und im wesentlichen die eine Absicht, die EG-Agrarpreise schnell und gründlich zu senken.

Was soll „verbessert“ werden? Mit der bisherigen Agrarpolitik, deren Kern die „Gemeinsamen Marktordnungen“ für über 90% der Produkte sind, hatten die westeuropäischen Imperialisten erreicht:

– Durch die Beseitigung nationaler Schutzzölle und die Schaffung eines „Gemeinsamen Marktes“ wurde die Konkurrenz unter den Bauern unge-

Produzenten so mehr als halbiert, das landwirtschaftliche Produkt verdoppelt und die EG bei vielen Produkten vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur werden lassen. Bei Getränken, Milch und Milchprodukten beherrscht sie heute den Weltmarkt mit einem Anteil von 61,3 bzw. 57,4% an der Weltausfuhr. Dieses Ergebnis hat für die Imperialisten nur einen Schönheitsfehler: Es kostet. Die Ausgaben der Abteilung „Garantie“ des Landwirtschaftsfonds EAGFL belaufen sich 1981 auf 12,75 Mrd. ERE, das sind über 31 Mrd. DM und rund 70% des gesamten EG-Haushaltes. Aus dem Fonds „Garantie“ werden v.a. die Interventionen, d.h. der Aufkauf von „überschüssigen Mengen“ zu festgelegtem Preis, getätigt (ca. 56% der Ausgaben)



Über 100000 Bauern demonstrierten am 14.2. u.a. für höhere Erzeugerpreise

heuer verschärft, damit die Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft, die Senkung der Erzeugerpreise und die Enteignung von Millionen beschleunigt.

– Durch ein System von Schutzzöllen („Abschöpfungen“) wurde die westeuropäische Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Weltmarktes bis zu einem gewissen Grade abgeschirmt, durch „Erstattungen“ an die EG-Agrarexporteurere deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zugleich sichergestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die EG-Agrarpreise z.T. erheblich über den Weltmarktpreisen liegen; „erstattet“ bzw. umgekehrt „abgeschöpft“ wird die Differenz.

Über 20 Jahre EG-Agrarpolitik haben die Zahl der landwirtschaftlichen

sowie die „Erstattungen“ (ca. 42%). Die angestrebte Senkung dieser Kosten führt unweigerlich zur drastischen Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Das EG-Parlament schlägt dazu vor allem folgendes vor:

Unter Punkt 16 und 17 die Festlegung einer Höchstmenge für jedes Produkt; „wenn diese Gesamthöchstmenge überschritten wird, tritt die Mitverantwortung in Kraft“, und zwar „in Form einer schrittweisen Verringerung des Garantiepreises für jede ... (darüber) hinausgehende Produktionsstranche“. Das heißt praktisch, daß die Interventionspreise gesenkt werden (zur Bedeutung der Interventionspreise s. Pol. Ber. 6/80) und damit ein allgemeiner Druck auf die Erzeugerpreise ausgeübt wird.

Unter Punkt 35 tritt das Parlament dafür ein, daß es „Möglichkeiten für die Einfuhr von Erzeugnissen (aus Drittländern) auch dann geben (sollte), wenn diese in Konkurrenz zu den Gemeinschaftserzeugnissen stehen“. Die EG-Preise für Getreide lagen 1979/80 um mehr als ein Drittel über dem Preis für in Rotterdam angebotenen US-Weizen. Werden die „Abschöpfungen“ gesenkt, wird dies auf die Erzeugerpreise in der EG verheerende Auswirkungen haben. Eine Senkung der Erzeugerpreise in der EG wiederum würde die vom Parlament angepeilte Exportoffensive ohne Milliardenausgaben für die „Erstattungen“ ermöglichen.

Die Bauernmassen in den Ländern der EG sehen sich also einem Angriff gegenüber, der die Erzeugerpreissenkungen in den letzten Jahren noch weit in den Schatten stellen kann. Über die Absicht seiner Entschließung läßt das Parlament keinen Zweifel offen: „hält es für wichtig, ... daß ... die Voraussetzungen für die langfristige Entwicklung einer effizienten europäischen Agrarproduktion geschaffen werden, die es ermöglichen, daß sich die Landwirtschaft in zunehmendem Maße an den Bedürfnissen von Betrieben mit Produktionseinheiten von wirtschaftlich rentabler Größe ausrichtet.“

Bundesverfassungsgericht Koalitionsfreiheit bei Kirchen eingeschränkt

Am 17.2.81 hat das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerde der Orthopädischen Anstalten Volmarstein in Westfalen entschieden. Laut Urteilsspruch der Verfassungsrichter haben betriebsfremde Funktionäre der ÖTV kein Zugangsrecht zu kirchlichen Einrichtungen. Die Entscheidung wurde mit sieben gegen eine Stimme gefällt. Man kann vermuten, daß der in der ÖTV organisierte Richter Hirsch nicht mit der Mehrheit der Verfassungsrichter gestimmt hat. Normalerweise hätte das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung spätestens nach drei Monaten veröffentlichten müssen. Ganz offensichtlich haben die Richter entschieden, dieses reaktionäre Urteil erst nach den Tarifauseinandersetzungen bekannt zu machen.

Das Bundesverfassungsgericht greift mit diesem Urteil in die Auseinandersetzung ein, die in den kirchlichen Betrieben um den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Kirche und ÖTV stattfindet. Bisher hat nur die nordelbische Kirche einen Tarifvertrag mit der ÖTV zur Regelung von Arbeitsrechtsfragen

abgeschlossen. Die katholische Kirche hat stattdessen 1977 eine „Ordnung zur Mitwirkung bei der Gestaltung des Arbeitsvertragsrechts durch eine Kommission für den überdiözesanen Bereich“ (Zentral-KODA) beschlossen. Das ist ein Kirchen„gesetz“, auf das die Arbeiter und Angestellten der Kirche keinen Einfluß haben. Die eingerichtete Kommission wird paritätisch von Dienstherrn und gewählten Vertretern der Arbeiter besetzt. Die Gewerkschaft als Verhandlungsgegner ist ausgeschlossen. Die evangelischen Landeskirchen Rheinland, Westfalen und Lippe haben ein ähnliches Gesetz, das Arbeitsrechtsregelungsgesetz, beschlossen. Die ÖTV hat auf ihrem Gewerkschaftstag 1980 ihre Mitarbeit in diesen Kommissionen aufgekündigt.

Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, daß das Koalitionsrecht nicht gefährdet sei durch fehlendes Zutrittsrecht, da in den Volmarsteiner Anstalten die ÖTV im Betrieb vertreten sei. Es folgt dabei der Argumentation des Kirchenbetriebes für die Verfassungsbeschwerde: „Dazu gehöre auch die Befugnis, Gefahren entgegenzuwirken, wie sie sich aus dem hier in Frage stehenden ‚Zutrittsrecht‘ ergeben, z.B. der Gefahr, daß antikirchliche oder mit dem geltenden Mitbestimmungsrecht der Kirchen unvereinbare Initiativen im kirchlich-religiösen Bereich verfolgt werden.“ (Zitiert aus dem Urteil des BVG) Die ÖTV-Mitglieder hätten im Betrieb das Recht auf Werbung, Information und Betreuung der Gewerkschafter, aber: „Das betreffende Gewerkschaftsmitglied müsse im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit die religiösen Pflichten des auch ihn bindenden Amtsauftrages wahren, d.h. gegebenenfalls auch auf bestimmte konfliktträchtige Initiativen verzichten.“ Das Bundesverfassungsgericht wirft dem Bundesarbeitsgericht, das 1978 das Zutrittsrecht beschlossen hatte, vor, es habe die Bedeutung und Tragweite des Artikels 140 GG in Verbindung mit Artikel 137, Abs. 3 der Weimarer Verfassung verkannt. In diesem Artikel ist festgelegt, daß die Kirche ihre Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Gesetze regeln kann. Da das Betriebsverfassungsgesetz auf Kirchenbetriebe nicht anzuwenden sei, gebe es auch kein Gesetz, das das Zutrittsrecht der ÖTV erlaube.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Urteil eindeutig gegen die Koalitionsfreiheit und für die Selbständigkeit der Kirchen gegenüber allen von der Arbeiterbewegung erkämpften Rechten gefällt und damit 65 Urteile von Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten außer Kraft gesetzt, die die ÖTV für das Zutrittsrecht von betriebsfremden Gewerkschaftern in Kirchenbetrieben schon durchgesetzt hatte.

„Operation Haushalt 82“

Angriff auf Versicherungsrechte, indirekte Steuererhöhungen in Vorbereitung

Die Haushaltsberatungen 1982 haben bereits begonnen, während der Etat 1981 mit seiner Rekordneuerschuldung von 33,8 Mrd. DM noch nicht verabschiedet war. Die Kapitalistenklasse hat Regierung und Bundestagsparteien eindeutige Aufträge erteilt.

Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, ist bloß bereit, den „zinssteigernden Effekt der desolaten Haushaltslage“ so lange zu kassieren, wie die dadurch ins Auge gefaßten „Anpassungsinvestitionen“ der westdeutschen Kapitalisten nicht belastet werden: „Bei veränderter konjunkturaler

durch Beschränkung der konsumtiven Staatsausgaben zu mindern. Schwerpunkte einer Überprüfung der Ausgaben müssen die Bereiche Personalkosten, Sozialkosten und Subventionen sein.“

Die CDU ist voll dabei. Stoltenberg: „Wenn wir von der Begrenzung der Leistungsgesetze sprechen, so geht das über den klassischen Sozialetat eindeutig hinaus.“ Und der in Westberlin zu Ämte gekommene Blüm erinnert begeistert an CDU-Wahlversprechen: „Dort hat sie (die CDU) bereits gesagt, daß zwei Dinge für sie Priorität haben:

Ausgaben des Bundeshaushalts 1979—1981 in Mrd. DM

Aufgabenbereiche	1979 Ist	1980 Ist	1981 Soll	81 zu 80 St. in %
1. Soziales.....	69,53	75,23	85,53	13,7
Zuschüsse an Sozial- und Arbeitslosenversicherung	32,25	35,61	39,32	10,4
Kindergeld	17,17	17,37	18,99	9,3
Kriegsopferversorgung	11,46	11,57	11,76	1,6
Vermögensbildung	2,32	2,26	2,25	-0,4
2. Verteidigung	38,60	40,95	44,27	8,1
3. Bildung, Wissenschaft, Forschung	10,99	11,79	12,14	3,0
Hochschulbau	0,81	0,82
Ausbildungsförderung	2,11	2,55	2,55	0,0
Forschung außerhalb der Hochschulen	7,23	7,67	8,15	6,3
4. Verkehr (einschließlich DB)	28,32	26,05	26,47	1,6
5. Wirtschaftsförderung	7,68	8,81	8,34	-5,3
Bergbau, Industrie	2,49	2,97	3,41	14,8
6. Allgemeine Finanzwirtschaft	29,62	33,62	36,26 ¹	(7,8)
Versorgung	9,20	9,72	9,89	1,7
Schuldendienst, Zinsen	11,74	14,48	17,64	21,8
7. Sonstige Ausgaben	18,72	19,23	20,14	4,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,07	5,32	5,79	8,8
Ausgaben gesamt	203,45	215,68	231,16	7,2

1) darunter globale Minderausgaben von 1,9 Mrd. DM. — Angaben nach Aufstellungen des Bundesministers der Finanzen. 1979, 1980 „Vorläufige Ist“-Ausgaben, 1981 „Soll“-Ausgaben nach Verabschiedung des Haushalts im Bundestag.

reller und außenwirtschaftlicher Situation ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen.“ (Frankfurter Allgemeine, 29.6.)

Die Kapitalisten wünschen für diese „veränderte konjunkturelle und außenwirtschaftliche Situation“ eine gehörige Absenkung der Sozialversicherungsleistungen und damit der Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung insgesamt: „Die alte Praxis, Defizite im Sozialhaushalt durch Beitrags- und Steuererhöhungen auszugleichen, kann nicht fortgeführt werden. Erforderlich ist eine Revision des ausufernden Leistungsrechts“, erklärt das Institut der Deutschen Wirtschaft (Informationsdienst v. 25.6.).

Acht große Kapitalistenverbände, unter ihnen BDI und BDA, verabschiedeten Ende Juni ein gemeinsames Memorandum „Mut zur Leistung“, in dem sie fordern: „Die Staatsquote ist

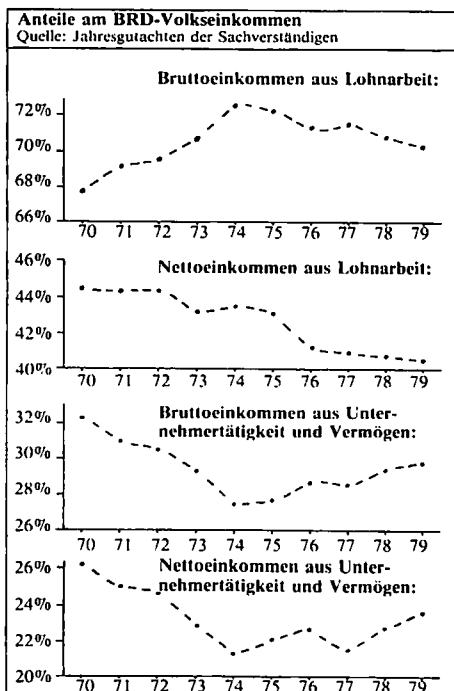
die Sicherung des Friedens, unsere Verteidigungsbereitschaft, und unsere Familie ... Alles, was davor liegt, steht zur Disposition.“

Die FDP hat mit der Cronenberg-Sanierungskommission bereits ein Kürzungsprogramm von an die 20 Mrd. DM ins Auge gefaßt. Von Senkung des Arbeitslosengeldes von 68% auf 60% des Nettolohns bis zur Streichung des Mutterschaftsgeldes und der Dienstaltersstufen im Öffentlichen Dienst reichen die in Umlauf gebrachten Vorschläge zur Kappung der „sozialen Hängematte“ (Genscher).

Der SPD-Fraktion teilte Schmidt in einer Sondersitzung am 26.6. vorsichtig mit, was sie erwartet, wenn sie zusammen mit der FDP-Fraktion Ende Juli zur Sondersitzung „Operation Haushalt 82“ zusammentritt: „Mit Blick auf die Finanzprobleme für den

Bundeshaushalt 1982 hat der Bundeskanzler Schmidt den Zwang zu Sparmaßnahmen unterstrichen und zugleich allergrößte Zurückhaltung für die Erhöhung von Steuern und Abgaben angeraten. An der Spitze der Maßnahmen müßte der Abbau von mißbräuchlich ausgenutzten Steuervorteilen und sozialen Vergünstigungen stehen, nicht jedoch der Eingriff in Leistungsgesetze.“ (Handelsblatt, 29.6.)

Während Ehrenberg für seinen Vorschlag der Beitragsanhebung zur Arbeitslosenversicherung von den Kapitalisten scharf zurechtgewiesen wurde, hat Matthöfer bereits einen Dreh gefunden, wie die Steuerausplünderung mit „Zurückhaltung“ erweitert und so ein Teil des SPD-Beitrags zur „Operation Haushalt 82“ geleistet werden könnte: „Steuerpolitische Möglichkeiten liegen nach Matthöfer in einer Verschiebung der Steuerlast in Richtung



auf die indirekten Steuern. Die verteilungspolitischen Nachteile der indirekten Steuern zu Lasten der sozial Schwachen seien heute weitgehend nicht mehr gültig.“ Zur Begründung der Mineralölsteuererhöhung von 7 Pfg. je Liter hatte sich Matthöfer kürzlich noch anders über die Wirkung der indirekten Steuererhöhungen geäußert. Jedoch inzwischen ist ihm klar: „Grenzen der Besteuerung sind nach Meinung des Bundesfinanzministers nicht zuletzt durch das subjektive Belastungsgefühl des einzelnen Steuerzahlers gezogen.“ (vor der Jahresversammlung des Münchener Ifo-Instituts)

Die zügige Fortsetzung des in den nebenstehenden Bildern deutlichen Wegs der Bereicherung der Kapitalisten durch Plünderung der Volksmassen ist Ziel der „Operation Haushalt 82“.

Einzelhandel Erste Warnstreiks – Jetzt Schlichtung

Hamburg. In Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern liegt das Angebot – Datum 24.6.81 – bei 85 DM mehr für das Endgehalt der Verkäufer. „Bis hierher und nicht höher“, das ist die Anweisung des Gesamtverbandes des Deutschen Einzelhandels an seine Regionalverbände. HBV und DAG haben das Angebot jeweils abgelehnt.

Auch bei den Verhandlungen am 19.6. zwischen dem Hamburger Einzelhandelsverband und den Gewerkschaften HBV und DAG konnte keine Einigung über einen neuen Gehalts- und Lohnstarifvertrag erzielt werden. Die Einzelhandelskapitalisten haben, nachdem sie 4,9% – das sind zwischen 59 und 110 DM – für alle Lohn- und Gehaltsgruppen angeboten hatten, die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Ihr Angebot liegt jetzt bei 1820 DM für das Endgehalt der Verkäufer. HBV und DAG fordern zwischen 104 und 270 DM, für das Endgehalt der Verkäufer 165 DM, d.h. 1900 DM. Vorausgegangen waren diesen vierten Verhandlungen die ersten Warnstreiks im Hamburger Einzelhandel seit 1929. Nachdem in den Wochen vorher Unterschriften für einen Warnstreik gesammelt worden waren und eine außerordentliche Betriebsversammlung während der Arbeitszeit zum Lohnkampf durchgeführt wurde, begann am 18.6. um 6 Uhr morgens bei Hertie in Altona der erste Warnstreik. Die Streikbeteiligung war einheitlich. Nur wenige Abteilungsleiter beteiligten sich nicht am Streik, wofür sie sich später bei der Streikleitung entschuldigten. Ab 9 Uhr wurde eine Demonstration durchs Altonaer Einkaufszentrum mit Kundge-

bungen vor Kaufhof und Karstadt durchgeführt. Mehrere hundert Menschen nahmen dann um 10 Uhr an der Abschlussskundgebung vor Hertie teil. Das Verständnis der Kunden war groß. Erst um 10.15 Uhr konnte das Kaufhaus geöffnet werden.

Am nächsten Tag wurde der zweite Warnstreik bei Kaufhof Altona mit großer Geschlossenheit durchgeführt. Die Streikbeteiligung lag bei 100%. Ein Demonstrationszug wurde ab 9 Uhr ebenfalls durch das Einkaufszentrum organisiert. Diesmal zog die Demonstration direkt durch Karstadt Altona. Die Kollegen waren begeistert und beeindruckt.

Unter dem Eindruck einer sich ausbreitenden Warnstreikwelle erklärten die Kapitalisten die Verhandlungen für gescheitert. Sie wollen Zeit gewinnen in der Hoffnung, daß die Streikbereitschaft in der Ferienzeit in den Kaufhäusern sinkt. Während der Schlichtung gilt die Friedenspflicht, d.h. es dürfen keine weiteren Warnstreiks durchgeführt werden, andererseits dürfen die Kapitalisten auch keine vorgezogenen Lohnerhöhungen zahlen, um die Kampfbereitschaft der Belegschaften zu schwächen.

Erfreulich ist bei diesem Lohnkampf, daß die DAG die Aktivitäten in den Betrieben unterstützt hat und bisher noch keinen Spalterabschluß gemacht hat. Damit verbessern sich die Aussichten auf einen erfolgreichen Tarifabschluß.

Kurzarbeit Rechte der Betriebsräte, Betriebsvereinbarungen

Eine wachsende Zahl von Kapitalisten sieht in der Einführung von Kurzarbeit die Möglichkeit, zumindest teilweise ihre Betriebe zu sanieren. Da die Möglichkeiten zur Einführung von Kurzarbeit breit gefächert sind, haben die meisten Betriebsräte trotz Mitbestimmungsrecht nach §87 BetrVG kaum die Möglichkeit, die Notwendigkeit der Einführung, ebenso Art und Umfang der Kurzarbeit zu überprüfen bzw. abzulehnen.

So können sowohl wirtschaftliche Ursachen wie Auftragsmangel oder Exportrückgang als auch Produktionsumstellungen, unabwendbare Ereignisse (außergewöhnliche Kälteperioden / Bauwirtschaft) oder Arbeitskämpfe als Gründe geltend gemacht werden.

Viele Betriebsvereinbarungen enthalten neben den vorgeschriebenen Punkten (nach MTV) wie Beginn, Dauer, Lage und Verteilung der Kurzarbeit eine Reihe von weiteren Punkten, deren Erfüllung zwar gesetzlich



Demonstration der Hertie-Beschäftigten während des Warnstreiks am 18.6.

vorgesehen ist, die aber durch gültige Rechtsprechung wieder außer Kraft gesetzt wurden.

So regelt §1 Abs.1 FeiertagslohnzahlungsgG, daß Arbeitsstunden, die gleichzeitig durch einen Wochenfeiertag und durch Kurzarbeit ausfallen, so zu bezahlen sind, als wenn die Arbeit nur durch den Feiertag ausgefallen wäre.

Daneben hat aber das Bundesarbeitsgericht zwei Grundsatzurteile gefällt, wonach ein gesetzlicher Feiertag, der in eine Kurzarbeitsperiode fällt, vom Arbeitgeber nur in Höhe des Kurzarbeitergeldes bezahlt werden muß (3 AZR 173/78 und 3 AZR 12/78 v. 5.7.79). Welche Regelung sich im Betrieb durchsetzt, entscheidet dann das Kräfteverhältnis.

Ein weiterer Punkt ist das gleichzeitige Fahren von Überstunden bei Kurzarbeit. Zwar ist Kurzarbeit für die betroffenen Abteilungen grundsätzlich unzulässig, ein unvorhergesehener Eilauftrag gilt jedoch als Ausnahmefall, ebenso dringende Reparaturarbeiten. Überstunden in nicht von Kurzarbeit betroffenen Abteilungen sind sowieso zulässig. (BSG-Urteil v. 21.5.80 – 7 RAr 27/79)

Ebenso verhält es sich mit rückwirkenden Tarifabschlüssen. So hat Karmann, Osnabrück, die vereinbarten Pauschalzahlungen für die Monate Februar/März 81 in Höhe von je 160 DM an die Kurzarbeiter nur anteilig ausgezahlt. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ist das möglich (RdErl. 307/76.4 der BA).

Einen weiteren Vorteil erhalten die Kapitalisten durch die Regelung der Bezahlung der Sozialversicherungen für die Ausfallstunden. So müssen sie zwar 100% der Beiträge für die Renten- und Krankenversicherung für die Ausfallstunden abführen, sie erhalten 50% der Krankenversicherungs- und 75% der Rentenversicherungsbeiträge vom Arbeitsamt zurückerstattet. Dabei werden für die Krankenversicherungskosten die Beitragssätze der Allgemeinen Ortskrankenkassen in Anwendung gebracht.

Da die bestehende Regelung der je zur Hälfte aufgetragenen Beiträge die Kapitalisten zu einer vollständigen Ausplünderung der Arbeitslosenversicherung anregt, bleibt die vollständige Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten als Hauptforderung bestehen. Ein positiver Schritt ist der Antrag der Bezirkskonferenz Münster der IG Metall vom 8./9. Mai 81 an die Tarifkommission NRW und Osnabrück, bei den nächsten Manteltarifverhandlungen eine Ausgleichszahlung zwischen Lohn und Kurzarbeitergeld durch die Kapitalisten durchzusetzen.

Zahnersatz:

Der Gesundheitszustand interessiert Ehrenberg nicht

10 Jahre hat ein Münchner Zahnarzt nach einem vollständigen und gesunden Gebiß eines erwachsenen Menschen gesucht. Zunächst 500 DM und später 1000 DM bot er dem, der ein solches Gebiß nachwies; nach 10 Jahren konnte er dem 35jährigen Mann die 1000 DM überreichen.

Erschreckend hat sich der Gesundheitszustand der Zähne der deutschen Bevölkerung verschlechtert. Jeder Fünfte kann in einem Kiefer keinen Zahn nachweisen und trägt eine Totalprothese. Nach Schätzungen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) trugen Anfang der 70er Jahre nur 10% der bundesdeutschen Bevölkerung über 14 Jahren eine Totalprothese. 10 Jahre später – also jetzt – stieg nach einer Studie von zwei Zahnärzten der Prozentsatz auf 20%. Auch eine Untersuchung der Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde befaßte sich mit dem Mundgesundheitszustand der deutschen Bevölkerung. Von ca. 14500 untersuchten Patienten zwischen 14 und 65 Jahren aus 136 Zahnarztpraxen hatten lediglich 22 ein gesundes Gebiß, d.h., es waren nur bei 0,15% keine behandelten, gefüllten oder gezogenen Zähne vorhanden.

So hatten nach Altersgruppen verteilt ein gesundes Gebiß nur:

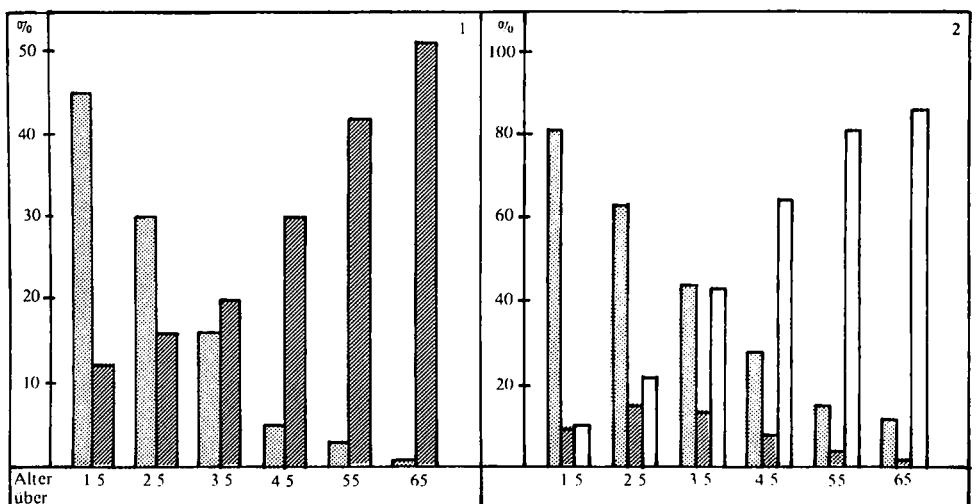
bei 15-24 Jahren	10 von 3013 = 0,30%
bei 25-34 Jahren	6 von 2909 = 0,20%
bei 35-44 Jahren	5 von 2914 = 0,17%
bei 45-54 Jahren	1 von 2340 = 0,04%
bei 55-64 Jahren	0 von 1939 = 0,00%
über 65 Jahre	0 von 1376 = 0,00%

Natürlich müssen sich auch die Kosten für Zahnersatz unter dem katastrophalen Gesundheitszustand der Bevölkerung erhöhen. Hierzu aber noch aus der Geschichte der letzten 10 Jahre, warum es eine sogenannte Kostenexplosion gegeben hat:

Am 24.1.1974 fällte das Bundessozialgericht das Urteil, daß jeder Patient das Anrecht auf eine vernünftige zahnärztliche und prothetische Versorgung habe. Vorher wurden nur Kunststoffprothesen zwischen ca. 90 und 100% von der Krankenkasse (die sogenannten Kassenprothesen) gezahlt. Der „höherwertige“ Zahnersatz, der sich nicht als „Zahnziehmaschine“ (wie früher) auf den teilbezahlten Kiefer auswirkte, wurde ab 1.1.75 mit 75-100% von der Krankenkasse gezahlt. Weiter wurden auch ab 1977 die metallkeramischen Arbeiten (Porzellan auf Platin-Gold-Kronen gebrannt) mit in die Leistungen der Krankenkassen aufgenommen. Erst ab 1.7.1977 durch das KVKG (Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz), als die Zuschüsse für Zahnersatz auf höchstens 80% festgesetzt wurden, trat eine Verlangsamung der Kostensteigerung für Zahnersatz ein.

Ausgaben für Zahnersatz in Mio DM

	1970	72	74	76	77	78
	2019	3 148	4 329	7 543	7 838	8 375



Gesundheitszustand und Versorgung der Gebisse von 14500 Patienten im Alter zwischen 15 und 65 Jahren im Jahre 1978 **Schaubild 1:** Helles Raster: vollbezahnte Gebisse. Dunkles Raster: Patienten ohne behandlungsbedürftige Zähne, die fehlenden sind dabei nicht berücksichtigt. **Schaubild 2:** Versorgungszustand der Zahnlucken. Helles Raster: Zahnlucken unversorgt, dunkles Raster: Lücken mit Goldbrücken versorgt, ohne Raster: durch Prothese ersetzte Zähne

Ab 1979 steigen die Ausgaben für Zahnersatz wieder stärker an (leider liegen uns genaue Zahlen nicht vor). Da es nur Kostensteigerung gegeben hat, kann das nur auf einen schlechteren Gesundheitszustand zurückzuführen sein.

Nun läßt sich das Ehrenberg-Ministerium viel einfallen, um über die 20% Selbstbeteiligung hinaus noch mehr Kosten auf die Patienten abzuwälzen. Im Gespräch sind dabei die Senkung der Zuschüsse der Krankenkassen für Zahnersatz und die Verwendung edelmetallfreier Legierungen für Kronen und Brücken.

So haben z.B. schon die Ortskrankenkassen in Lübeck und Kiel die Zuschüsse für Zahnersatz auf 75 bzw. 70% gesenkt, was nach dem KVKG möglich ist, da die 80% nur der höchstmögliche Zuschuß sind. Die AOK Lübeck will auf jeden Fall bei den 75% bleiben, da die Ausgaben für Zahnersatz um 4,5% gesenkt werden konnten. In Kiel bei nur 70% Zuschuß wurden die Kosten sogar um 14% gesenkt; dagegen stiegen im gleichen Zeitraum von 1979 auf 1980 die Ausgaben im Bundesdurchschnitt um 12%. Allerdings wird es in Kiel und Lübeck sicher nicht bei diesen niedrigen Ausgaben bleiben, da sicher viele Versicherte von dieser Kostendämpfung vor 1979 wußten und ihre Zähne vorher sanieren ließen.

Weiter hat sich H. Ehrenberg illegal in der „Konzertierten Aktion“ zwischen Krankenkassen und Zahnärzten eingesetzt. So schreibt K. Kanter, Präsident des Verbandes deutscher Zahn-techniker Innung in einem Artikel in einer Fachzeitschrift (Dentallabor 4/81): „Im Rahmen der ‚konzertierten Aktion‘ hat die Bundesregierung lediglich Orientierungsdaten zur Verfügung zu stellen.“ Jedoch: „Wir alle wissen, daß Minister Ehrenberg keineswegs nur wirtschaftliche Daten in die ‚konzertierte Aktion im Gesundheitswesen‘ eingefügt hat. Er hat auch massive Drohungen ausgesprochen und dabei auch falsche Daten verwendet und gesetzgeberische Maßnahmen angedroht.“ Aber auch seine Lakaien hat der Bundesminister losgelassen. So z.B. Dr. Zedlmeier, den Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, der Anfang Mai eine Rede vor dem Landesverband Bayern hielt. Er forderte eine Senkung der Zuschüsse für Zahnersatz und sofortige Einsparungen der Ausgaben für Edelmetall durch die Verwendung von nur edelmetallhaltigen Legierungen.

Auf dem bayerischen Zahnärztetag wurde der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Müller, noch konkreter. Er forderte gleich, daß die Kassen nur noch 20 DM pro Gramm Gold zahlen und die restlichen 15-20 DM von den Patienten ge-

tragen werden. Dies würde eine Kostenersparnis von 410 Mio. DM/Jahr in der BRD ergeben. Weiter will er die Zuschüsse für zahnärztliche Leistungen bei prothetischer Versorgung evtl. auf 90% steigen sehen, wobei die Zuschüsse für Material- und Laborkosten auf 60% sinken sollen. Das wäre eine Zuschußsenkung, da sich die Laborkosten auf über die Hälfte bei der prothetischen Versorgung belaufen.

Der Einsatz edelmetallfreier Legierungen statt der Edelmetalllegierungen stößt allerdings auf einigen Widerstand. Die Zahntechniker wehren sich dagegen, weil 1. die Verarbeitung von edelmetallfreien Legierungen stark gesundheitsgefährdend ist, da der Schleifstaub von Nickel und Beryllium in diesen Legierungen zu starken Lungenkrankheiten führen kann; 2. der Arbeitsaufwand mit diesem Metall steigt. Zahnfarbene keramische Massen, die aufgebrannt werden, verfärben sich oft ins Grüne. Weiter passiert es oft, daß die auf das Metall aufgebrannte Keramikmasse im Mund des Patienten einige Zeit später abplatzt und neue Kronen angefertigt werden müssen. Auch wenn die Krankenkassen eine Risikogarantie von 5 Jahren übernehmen und die kaputten Brücken mit dem schlechten Metall ersetzen wollen, bedeutet dies nur eine Strangulierung der Patienten. Der Verfasser (Obermeister der Innung Baden) des Leitartikels im „Dentallabor“ 6/81, der sich mit den gefährlichen elektrischen Strömen zwischen den verschiedenen Metallen im Mund auskennt, schreibt dazu: „Ein Patient hat zwei Amalganfüllungen und eine Goldbrücke. Wird man dem jetzt ein drittes Metall verbraten? Wird man abwarten, wie er ‚Klein-Brokdorf‘ im Mund verträgt?“

Italien

Neue Regierung – Bourgeois greifen Tarife an

Zum ersten Mal seit 1945 steht die neue italienische Regierung nicht unter dem Vorsitz eines Christdemokraten. Diesen Preis hat die DC dafür zahlen müssen, daß die Verstrickung ihres gesamten Führungspersonals in die Bourgeois-Geheimorganisation „P2“ aufgefliegen ist. Aus dem Regierungswechsel aber auf Mäßigung der Reaktion zu schließen, wäre ganz falsch. In der Regierungskoalition, die noch um die Liberale Partei nach rechts erweitert worden ist, bleiben die Christdemokraten tonangebend; die Ministerliste ist fast unverändert. Die Republikaner, deren Sekretär der neue Ministerpräsident



Rom: Straßenbahner demonstrieren.

Spadolini bisher war, sind – enger als alle anderen Parteien – mit den industriellen Kapitalisten Norditaliens verbunden: vom Parteivorsitzenden Visentini, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender beim Elektromonopol Olivetti, bis zur Fiat-Kapitalistenfamilie Agnelli.

Die neue Regierung beginnt ihre Tätigkeit im Zeichen eines regelrechten Generalangriffs der Kapitalisten auf die tariflichen Positionen der Arbeiterklasse:

- Der Kapitalistenverband Confindustria hat eine Entscheidung über die Kündigung des 1975 geschlossenen Tarifs über die Inflationszuschläge nach der „gleitenden Lohnskala“ lediglich aufgeschoben.

- Der Fiat-Konzern will sich nicht an das im letzten Herbst geschlossene und von der Gewerkschaftsführung nur mühsam gegen die Belegschaften durchgesetzte Abkommen über Kurzarbeit und Entlassungen halten. Die ersten der insgesamt 23000 auf Kurzarbeitergeld gesetzten Arbeiter sollen statt in diesem Jahr erst im nächsten wieder beschäftigt werden. Statt wie vereinbart um 14000 soll die Konzernbelegschaft jetzt um insgesamt 28000 verringert werden.

- Der Metallkapitalistenverband hat mitgeteilt, die tariflich für den 1.7.81 vereinbarte Arbeitszeitverkürzung um 40 Stunden jährlich in einigen Branchen werde frühestens ein halbes Jahr später und voll überhaupt erst bis Ende der Laufzeit des nächsten dreijährigen Tarifs durchgeführt.

Die andauernde Lähmung der Gewerkschaftsbewegung durch den Streit um die „Lohnskala“ hat die Kapitalisten zweifellos zum Bruch geltender Tarife geradezu ermutigt. Andererseits hat die jahrelange Vernachlässigung des notwendigen Kampfs um Lohn und Arbeiterrechte zugunsten von klassenversöhnlerischen „Entwicklungsprojekten („Lohnmäßigung“ gegen „Investitionen im Süden“) die Kampfkraft geschwächt und die Vor-

stellung verbreitet, den Interessen der Arbeiter wäre durch eine Anerkennung der Gewerkschaften als „Gesprächspartner“ der Regierung besser gedient als durch den Kampf gegen die Kapitalisten. Auf diese – früher auch und gerade von den Revisionisten propagierte – Illusion stützen sich jetzt die katholischen und sozialistischen Gewerkschaftsführer, wenn sie behaupten, im Interesse des Kampfes gegen Inflation und Arbeitslosigkeit müsse der Regierung zu den „Lohnkosten“ ein „Angebot“ gemacht werden. Immerhin haben aber jetzt alle drei Gewerkschaftsbünde auf die Drohung der Kapitalisten, den Tarif über die Lohnskala zu kündigen, einheitlich mit der Ankündigung eines Generalstreiks für diesen Fall geantwortet.

Bereits das Referendum über das Abtreibungsgesetz im Mai, bei dem die klerikale und faschistische Reaktion mit nicht einmal einem Drittel der Stimmen eine vernichtende Niederlage einstecken mußte, hatte gezeigt, daß die Arbeiterbewegung keineswegs an allen Fronten in die Defensive gedrängt ist. Ähnlich jetzt bei den Kommunal- und Regionalwahlen: DC und Faschisten verlieren, die Sozialisten verzeichnen starke Gewinne, die PCI kann die Hälfte der Stimmverluste bei den letzten Parlamentswahlen wieder aufholen; die Linksparteien bauen ihre Mehrheit in der Hauptstadt kräftig aus.

Von solchen Wahlergebnissen bis zur Bildung einer Front für einheitliche politische Forderungen, die ohne Wiederherstellung der Aktionseinheit der Gewerkschaften ganz undenkbar ist, ist freilich noch ein weiter Weg.

England Warum die Bourgeoisie ihre Monarchie liebt

Für Ende Juli haben alle Londoner Hotels ihre Preise drastisch erhöht – und melden trotzdem schon ausgebuchte Häuser. Die Hochzeit von Charles Windsor, Prinz von Wales und britischer Thronfolger, mit Lady Diana Spencer erweist sich als kassen-trächtiger Touristenmagnet.

Die kitschigen Souvenirs vom Teebecher mit Aufdruck bis zum T-Shirt, das Brimborium der offenen Kutschen, der Wachen mit Bärenfellmützen und der leicht vermodert gehaltenen Schlösser geben vielen den Eindruck, die britische Bourgeoisie unterhalte die Monarchie als spleeniges Relikt vergangener größerer Zeiten oder als Zugeständnis an die Tourismus-Industrie.

Dieser Eindruck täuscht. Königin und Königtum sind für die Herrschaft der britischen Finanzbourgeoisie und ihre imperialistische Außenpolitik von größter Bedeutung, die Millionen aus Steuergeldern für den Hof und den Hofstaat gut angelegt.

Die Königin ist Teil des Parlaments (das aus Unterhaus, Oberhaus und Monarchen besteht), muß also allen

liest sie alle wichtigen Staatspapiere, konferiert einmal wöchentlich mit dem Premierminister, hat Hunderte von in- und ausländischen Besuchen gemacht und kennt die meisten Politiker des Landes.

Wie der britische Staat selbst aus mehreren ehemals oder immer noch juristisch selbständigen Staaten besteht und nur über die Figur des Monarchen



Gesetzen zustimmen. Sie ist auch Oberhaupt der Exekutive und ernennt den Premierminister, ist damit auch oberste Dienstherrin aller Beamten. Die Königin ist Oberbefehlshaber aller britischen Truppen und Oberhaupt der anglikanischen Kirche. In ihrem Namen werden alle Gesetze veröffentlicht, alle Urteile gesprochen, die Gefängnisse sind „Her Majesty's Prisons“, in ihrem Namen schießen „Her Majesty's Forces“ in Nordirland. Sie ist der personifizierte Staat.

Die praktische Bedeutung für die Tagespolitik ist auf den ersten Blick gering. Die Königin ist verpflichtet, Gesetze zu unterschreiben, die das Unterhaus gebilligt und denen das Oberhaus zugestimmt hat. Die Bestallung der höchsten Richter (der Law Lords, das Oberhaus ist höchstes Gericht) wird auf Vorschlag der Regierung vorgenommen, ebenso die der Generäle. Aber daß sich die gesamte Staatstätigkeit auf die „von Gott gegebene“ Macht der Königin beruft, ermöglicht der britischen Bourgeoisie vielerlei Unterdrückungs- und Notstandsmaßnahmen, die von der Nicht-Existenz einer Verfassung und entsprechender Justizwillkür bis zur möglichen Auflösung des Parlaments und der Errichtung einer Notstandsdictatur reichen, ohne daß ein Buchstabe geschriebenen Rechts verletzt werden muß. Dazu kommt der Einfluß dieser Frau auf die Tagespolitik – seit mehr als 30 Jahren

zusammengehalten wird (die Isle of Man z.B. oder die Kanalinseln haben keine juristische Bindung an Großbritannien, sondern an die Königin), ist auch für imperialistische Außenpolitik die Monarchie unersetzbar.

Elisabeth die Zweite ist nämlich nicht nur Besitzerin der britischen Kolonien und Eigentümerin allen Bodens dort, so in Hongkong, Belize oder Gibraltar, sondern auch Staatsoberhaupt von 16 unabhängigen Staaten, darunter Australien, Neuseeland, Kanada, Jamaika, Mauritius und Papua-Neuguinea. Sie wird in diesen Ländern durch Generalgouverneure vertreten. Zwar sollen sie der dortigen Regierung genehm sein – aber manchmal ist die Regierung ihnen nicht genehm, wie 1975, als der britische Generalgouverneur von Australien die gewählte Labour-Regierung absetzte und Neuwahlen ausschrieb.

In vielen Ländern ist nicht nur die Königin Staatsoberhaupt, sondern ihr Kronrat, der Privy Council, das höchste Gericht – was sich als besonders praktisch erweist, z.B. wenn australische Aborigines gegen britische und amerikanische Bergwerkskonzerne auf Entschädigung klagen oder zum Tode Verurteilte aus Malaysia und Singapur gegen ihre Strafe in London erfolglos Revision einlegen.

„Rohstoffsicherung“

Millionen aus Steuergeldern und bewaffneter Schutz für die expandierenden BRD-Rohstoffmonopole

Auf den ersten Blick scheint unglaublich: Die Länder der Dritten Welt, die über größere Vorkommen an mineralischen Rohstoffen verfügen, gehören, pro Kopf gerechnet und zum Teil auch absolut, zu den höchstverschuldeten Entwicklungsländern. Zaire z.B., das als eines der rohstoffreichsten Länder der Welt gilt und große Vorkommen an Kupfer, Kobalt, Zink, Zinn, Gold, Silber, Mangan, Wolfram, Monazit, Kadmium und Germanium besitzt und alle diese Rohstoffe exportiert, ist bei den Imperialisten um das Mehrfache seiner jährlichen Exporteinnahmen verschuldet.

Welche Verhältnisse verschulden diesen Tatbestand? Eine der Hauptursachen sind die Rohstoffpreise: Sie sind in den letzten Jahrzehnten nur vorübergehend gestiegen und liegen heute durchschnittlich unter dem Stand von 1950 (real). Vielfach mußten sich z.B. die kupferexportierenden Länder verschulden, um überhaupt produzieren zu können – die Exportpreise deckten die Produktionskosten nicht. Trotzdem mußten sie exportieren, um Nahrungsmittel, Maschinen u.ä. importieren oder auch Schuldentilgung und Zinsen zahlen zu können. Eine weitere Ursache für die hohe Verschuldung liegt darin, daß sie die Kosten für die Schaffung v.a. der notwendigen Infrastruktur, für den Bau von Straßen, Eisenbahnen, Hafenanlagen aufbringen und sich dazu weiter verschulden müssen. Nur nebenbei sei bemerkt, daß die Verwüstungen der Natur durch den Bergbau – v.a. Wasser- und Luftverschmutzung, Bodenerosion – und die Kosten für Rekultivierungsmaßnahmen noch überhaupt nicht abzusehen sind.

Die imperialistischen Monopole kontrollieren nicht nur den Welt-Rohstoffmarkt, sie kontrollieren weitgehend auch die Erschließung und den Abbau von Rohstoffvorkommen in Ländern der Dritten Welt, kontrollieren den Abtransport in die Metropolen und die weitere Verarbeitung. Trotz oder besser wegen ihres Reichtums sind die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer arm. Wie arm, deuten folgende Zahlen an: Zwar besitzen sie 39% der bekannten und wahrscheinlichen Rohstoffvorkommen für die Stahlherstellung und zwischen 20 und 95% der Vorkommen an NE-Metallen, der Anteil aller Entwicklungsländer am Verbrauch aber – Gradmesser der industriellen Entwicklung – beläuft sich auf weit unter 10%. Ihre weitreichende

Kontrolle hat den Imperialisten eine beispiellose Verschleuderung der natürlichen Reichtümer der Erde gestattet. Für viele Länder der Dritten Welt, die vor wenigen Jahren noch zu den größten Rohstoffproduzenten gehörten, deutet sich die Erschöpfung ihrer Vorkommen bereits an. Unter dem Strich wird ihnen dann nicht viel außer Schulden geblieben sein.

Was Wunder, daß die Imperialisten die Frage der Rohstoffversorgung als der sachlichen Ausgangsbedingung der Produktion gewöhnlich unter dem Gesichtspunkt der „Rohstoffsicherung“ behandeln. „Gesichert“ werden die fremden Rohstoffquellen durch ein dichtes Netz kolonialer Abhängigkeiten, im Falle der besonders rohstoffreichen Länder Azania und Namibia durch direkte koloniale Unterdrückung. Ganz offen nannte 1978 die Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU hin den Hauptgrund für die „Ausrichtung der deutschen Rohstoffversorgungspolitik“ auf Südafrika: die „bislang stabile Lage“. Bislang! Fast gleichzeitig veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium eine „Rangfolge der Rohstoffe nach Gefährdung durch politische Versorgungsstörungen“. Chrom, Mangan und Asbest stehen mit den höchsten „Risikofaktoren“ an der Spitze: Der größte Teil der Reserven befindet sich bei diesen Rohstoffen im südlichen Afrika. Von der Wägung von „Risikofaktoren“ bis zur Forderung nach gegebenenfalls militärischer „Sicherung“ war es nicht mehr weit. Ende 1980, wenige Monate zuvor waren westdeutsche Kriegsschiffe von der er-

sten Kreuzfahrt im Indischen Ozean seit 1945 zurückgekehrt, verlangte ein Generalmajor a.D. Hans-Christian Pilster in der „Europäischen Wehrkunde“:

„Die führenden westlichen Industrieländer sind gezwungen, zur Siche-



Surinam, bis 1975 niederländische Kolonie, hat reiche Bauxitvorkommen

schung ihrer Rohstoffquellen in Nah-Mittelost und im südlichen Afrika und ihrer Wirtschaftsverbindungen durch den Indischen Ozean und das Kap der Guten Hoffnung eine entschlossene Verteidigungspolitik zu betreiben!“

Die Generale im Dienst waren in diesem Sinne bereits tätig. Im Mai 1981 wurde die „Verteidigung lebenswichtiger Interessen des Westens“, wo immer auf der Welt, zur offiziellen NATO-Doktrin (Abschlußkommunique der NATO-Frühjahrstagung).

Die westdeutschen Imperialisten sind dabei eine der treibenden Kräfte gewesen. Sie sind, dank meisterlicher Leistungen in der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse binnen dreier Jahrzehnte seit ihrer zweiten Niederlage im Kampf um die Neuaufteilung der Welt erneut in die Spitzengruppe der imperialistischen Mächte aufgerückt, hinter den USA, der Sowjetunion und Japan der viertgrößte Rohstoffverbraucher. Im Gegensatz aber zu den USA und der Sowjetunion und ähnlich wie Japan und die westeuropäischen Konkurrenten verfügen sie nur über verhältnismäßig geringe Rohstoffvorkommen auf eigenem Territorium. Die offiziellen Statistiken weisen bei den neun wichtigsten mineralischen Rohstoffen (ohne Energieträger) eine „Importabhängigkeit“ von durchschnittlich 94,2% aus (Japan: 90,3%, EG gesamt: 82,7, USA: 46,6%).



Diamanten sind das Hauptexportprodukt Sierra Leones

US-Rohstoffbonanza: Neue Phase der Kriegsvorbereitung

Die Aktien der US-Bergbaukonzerne sind die Börsenrenner der letzten Monate. Der Grund: Die US-Ölgesellschaften, die in den letzten Jahren riesige Extraprofiten gemacht haben, kaufen sich in den Kohle- und Metallbergbau ein. Die Profitaussichten sind gut, u.a. weil Reagan's Aufrüstungsprogramm die Nachfrage nach strategisch wichtigen Metallen sprunghaft in die Höhe treiben wird und die Regierung die Rohstoffsicherung zur patriotischen Aufgabe erklärt hat.

Den markigen Erklärungen ließ das Reagan-Kabinett sogleich Taten folgen. Die strategische Rohstoffreserve, das größte Rohstofflager der Welt, ausreichend für einen dreijährigen Krieg, wird 1981 für 100 und 1982 für 120 Mio. \$ aufgestockt. Zusätzlich will die Regierung Silberbestände für 900 Mio. \$ verkaufen, um aus dem Erlös die Rohstoffreserve zu vergrößern. In den letzten Monaten haben die Bundesbehörden riesige Landgebiete aus öffentlichem Besitz zur Exploration und zum Abbau von Bodenschätzen freigegeben und Bohrkonzessionen in den Küstengewässern vor Kalifornien, Texas und Florida verhökert. Damit die Rohstoffbonanza so richtig profitabel wird, ist die Aufhebung wichtiger Umweltschutzbestimmungen und Arbeitssicherheitsverordnungen in Vorbereitung. Schnellere Abschreibungen bzw. Steuerbefreiung für Bergbauinvestitionen stehen auf dem Programm. Die Bergbaukonzerne verlangen außerdem staatlich garantierte Mindestpreise für strategisch

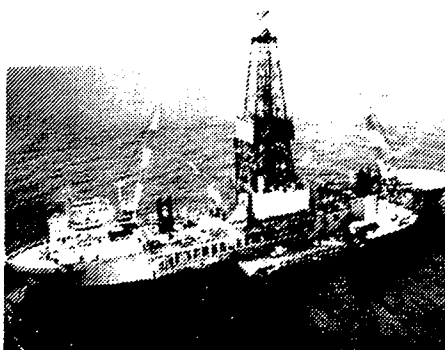
US-Importe bei einigen Mineralien

	Importanteil	wichtige Lie- a. Verbrauch ferländer
Columbium	100	Bras. (26/48) Thail. (45/8)
Mangan	98	Gabun (34/24) Südafrika
Tantalum	97	Thail. (50/34)
Kobalt	97	Zaire (32/47) Belg., Sambia
Bauxit	93	Jam. (70/37) Surin. (55/19)
Chrom	91	Südaf. (20/18) SU (19/25)
Platingr.	91	Südaf. (13/16) SU (36/52)
Zinn	81	Malays. (43/55) Thail. (53/20)

Quellen: Strategic Resources and National Security, Springfield 1975; Stat. Abstract 1979. Die Ziffern in Klammer geben an a) Export in die USA in % der Produktion, b) %-Anteil am US-Import; jeweils für 1972. Inzwischen hat Südafrika die SU als wichtigster Chrom- und Platinlieferant verdrängt.

wichtige Metalle, die in den USA abgebaut werden; so hatte die US-Regierung schon zu Zeiten des Korea-Krieges den Bergbau subventioniert. Schließlich hat das Reagan-Kabinett die Verhandlungen über die internationale Seerechtskonvention platzen lassen; ultimativ fordern die USA Freizügigkeit der Kapitalanlage im Tiefseebergbau und Besitzgarantien für von US-Konzernen geförderte Metalle.

Neu an dieser Entwicklung ist die Rolle der Rohstoffförderung und -ver-



Exxon-Bohrschiff vor Thailand

arbeitung in den USA selbst und die forcierte Ausrichtung der Rohstoffpolitik auf den Krieg. Sicherung der eigenen Rohstoffversorgung zu niedrigsten Preisen und weitgehende Monopolisierung der Rohstoffressourcen der Welt waren schon immer das Ziel der Supermacht USA. Das Vorkommen nahezu aller wichtigen Rohstoffe in ausreichender Konzentration auf dem riesigen Territorium der USA lieferte dafür die strategische Rückendeckung. Nach 1945 konzentrierten die USA 46% der Weltproduktion von 18 wichtigen Metallen auf sich. Aber bis 1970 fiel ihr Anteil auf nur 13%. Denn in der Zwischenzeit hatten die US-Imperialisten in der ganzen Welt Bergwerke und Schmelzen angelegt und den Rohstofftransport und -handel unter ihre Kontrolle gebracht. Kupfer-, Chrom-, Kobalt- und Bauxitgruben in den USA wurden geschlossen, weil in Kanada, Australien und in der Dritten Welt niedrigere Abbaukosten, billigere Arbeitskräfte und billigere Energie den Abbau profitabler machten. 93 bzw. 91% des Kobalt- und Chromverbrauchs der USA z.B. werden heute durch Importe gedeckt, während die USA im zweiten Weltkrieg den Bedarf zum größten Teil selber deckten.

Wenn jetzt die US-Imperialisten erneut die eigenen Rohstoffreserven mobilisieren, dann deswegen, um die eige-

ne Basis – auch bei Abschneidung überseeischer Rohstoffquellen – wieder kriegsfähig zu machen und gleichzeitig im Kampf um die Rohstoffquellen der Welt aufzutrompfen. Denn je stärker die Position der US-Supermacht als Rohstoffproduzent ist, desto wirksamer kann sie die Bedingungen auf den Rohstoffmärkten diktieren, Rohstoffpreise drücken und Zusammenschlüsse rohstoffproduzierender Länder der Dritten Welt unterminieren. Dafür bewährt sich auch die strategische Rohstoffreserve: In den letzten Jahren haben die USA durch Zinn-Verkäufe aus der Reserve den Weltmarktpreis gesenkt und den zinnproduzierenden Ländern Malaysia, Thailand, Indonesien und Bolivien Millionenverluste zugefügt.

85% des Verbrauchs an Mineralien (ohne Energieträger) decken die USA ohnehin aus eigener Produktion. Die ausländischen Lieferquellen für den Rest sind so gestreut, daß bei Ausfall von Lieferanten oder Unterbrechung der Seerouten durch die UdSSR ein Großteil der Importe immer noch gesichert ist. „Die gegenwärtige Abhängigkeit der USA von ausländischen Minerallieferungen bedeutet nicht unbedingt Verletzbarkeit“, tröstete US-Unterstaatssekretär Calingaert kürzlich eine Kapitalistenrunde. Er verwies auf Kanada, das fast 25% der US-Mineralimporte liefert, und auf das „freundliche“ Australien. Außerdem sei das Risiko „di-

US-Auslandsinvestitionen in Bergbau und Verhüttung

	Bestand in Mio.\$ Rückfluß		
Kanada	2574	3151	436
Austr., Neu- seel., Südaf.	675	1578	359
Australien .	n.a.	1300	330
Latinam. . .	1712	1652	377
Brasilien . .	n.a.	241	n.a.
Peru	n.a.	812	n.a.
Jamaica . . .	n.a.	229	n.a.
sonst. Afrika	340	589	n.a.

Gesamt 5405 7185 1232

Quelle: Survey of Current Business

versifiziert“: Bauxit beziehen die USA jetzt aus mehr als zehn Ländern, darunter der VR China, Cadmium und Tungsten z.B. aus 19 Ländern.

Als „Risiko“ qualifizieren die US-Imperialisten die Versorgung mit Chrom und Platin (Hauptlieferanten: Südafrika, UdSSR), Mangan und Kobalt (Afrika). Daher ihre wilde Entschlossenheit, das südafrikanische Rassistenregime zu stützen und sich die Schätze auf dem Meeresboden (Manganknollen, die auch Kobalt und andere Elemente enthalten) anzueignen.

Allerdings hat es mit der vielbeschworenen „Importabhängigkeit“ seine eigene Bewandnis. Das gilt für die USA, die über große Rohstoffvorkommen verfügen und dennoch große Mengen einführen, das gilt aber auch für die BRD. Zum Beispiel: In der BRD sind Eisenerzvorkommen in einer Größe von 2,25 Mrd. t nachgewiesen, das ist mehr als 40mal soviel wie der jährliche Verbrauch; doch werden 93% des in der Stahlproduktion verwandten Eisenerzes importiert. Von den 60 Eisenerzgruben, in denen 1960 in der BRD noch gefördert wurde, sind seither 56 stillgelegt worden, aus „wirtschaftlichen Gründen“. Für die Bergbaumonopole war die Förderung nicht mehr profitabel, die Stahlmonopole verlangten nach billigstem Rohstoff: Sie bekommen ihn derzeit aus Brasilien, Liberia, Schweden, Australien, Kanada, Südafrika und Norwegen.

Ähnlich bei den Aluminiummineralen: Hier beträgt die „Importabhängigkeit“ 100%, obwohl sie in der BRD vorkommen. Aber auch hier schonen die BRD-Imperialisten ihre eigenen Reserven und schöpfen stattdessen aus den vollen Bauxitvorkommen in Australien, Guinea und Sierra Leone. Oder: Wer erinnert sich nicht mehr an die Zechenschließungen und die Massenentlassungen im Steinkohlebergbau? Für Öl aus den arabischen Ölfeldern, das sie zu Schleuderpreisen an sich rissen, ließen die Monopolbourgeois die eigenen Energierohstoffe samt vorhandenen Anlagen verrotten. Heute, wo gestiegene Ölpreise die Steinkohle wieder konkurrenzfähig machen, ist die „heimische Kohle“ für die westdeutschen Imperialisten hauptsächlich als die Basis interessant, von der aus sie den Kampf um fremde Kohle führen. 1979 schloß die Ruhrkohle AG einen Vertrag über die Erschließung neuer Kohlevorkommen in Queensland (Australien), und die westdeutsche „Fachvereinigung Auslandsbergbau“ weist die Perspektive: „Ein großes Potential für die Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen liegt in der Exploration und dem Aufschluß von Kohlestätten“, vor allem in den Ländern der Dritten Welt. (in: „Glückauf“, 10/81)

Dies allerdings deutet auch schon den wunden Punkt der westdeutschen Imperialisten im Kampf um die Rohstoffquellen an. Einige Zeilen weiter oben hatte die „Fachvereinigung Auslandsbergbau“ geklagt: „Leider ist die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu den anderen Industrieländern bisher nur in untergeordnetem Maße an ausländischen Rohstoffvorkommen direkt beteiligt.“ Bislang beschaffen sich die BRD-Imperialisten die Rohstoffe überwiegend als Käufer auf dem Weltmarkt, und selbst, wenn sie direkt in den rohstoffproduzierenden Ländern

der Dritten Welt einkaufen, sind in der Regel Bergbaumonopole der Konkurrenz zwischen Quelle und Abnehmer geschaltet. Die US-Auslandsinvestitionen im Bergbau und Hüttenwesen sind mit ca. 13 Mrd. DM (1979) um ein Vielfaches höher als die westdeutschen mit rund 1 Mrd. DM (1980/81).

Doch diese Zeiten sind vorbei, kündigen die BRD-Imperialisten erbitterten Kampf an. Die beiden Bergbaumonopole Preussag und Metallgesellschaft können bei der Expansion sowohl auf staatlich konzentrierte Geldmittel wie auf jeden erdenklichen politischen Flankenschutz durch die Staatsmacht zurückgreifen.



Zwecks „Rohstoffsicherung“ intervenierten belgische und französische Truppen unter Führung der USA und mit westdeutscher Hilfe in Zaire.

Das Wirtschaftsministerium hatte bereits 1971 ein Explorations-Förderprogramm ins Leben gerufen und zwischen 1974 und 1979 437 Mio. DM für Prospektions- und Explorationsstätigkeiten der Rohstoffmonopole bereitgestellt, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Forschungsministerium weitere Hunderte von Millionen für „technische und finanzielle Zusammenarbeit“ mit Entwicklungsländern im Rohstoffbereich bzw. für die Förderung der Uranexploration.

Eigens zur Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern wurde die „Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG)“ gegründet, ihr Stammkapital 1978 auf 1 Mrd. DM aufgestockt. Mithilfe von Finanzkrediten der staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ wird versucht, den Monopolen langfristige Lieferverträge einzuhandeln. Die „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)“ nimmt den Kapitalisten unabdingbare, aber unprofitable Vorarbeiten ab:

„Diese Bundesanstalt entsendet seit Jahren geologische Arbeitsgruppen und Erkundungstrupps in viele Länder der Welt. Die Geologen spüren neue Vorkommen auf, die dann von der Industrie später genutzt werden können.“ (Aus einer Broschüre des Wirtschaftsministeriums)

Zahlreiche steuerliche Erleichterungen aufgrund des Entwicklungsländer-Steuergesetzes schmierten desweiteren den Kapitalexport. Schließlich fließen den Monopolen weitere Mittel durch das „Außenwirtschaftliche Gewährleistungs-Instrumentarium“ zu, das bereits 1960 zur Verfügung gestellt wurde: Bis 1977 wurden in 21 Fällen Ge-

währleistungen für Finanzkredite zur Investitionsfinanzierung im Rohstoffbereich vergeben, Gesamtsumme: 1,623 Mrd. DM, sowie zwölf Garantien für Kapitalexport im Rohstoffbereich, Gesamtsumme: 288 Mio. DM.

All diese Maßnahmen beginnen zu wirken. Rund 25% ihres Eisenerzbedarfes decken die westdeutschen Imperialisten inzwischen aus „eigenen“ Gruben in Übersee. Bei der Uranversorgung werden es bald 50% der Importe sein, die aus „eigenen“ Quellen im Ausland stammen, und von den Buntmetallimporten der BRD kommen immerhin knapp 10% aus Lagerstätten, die unter Kontrolle und zum Nutzen der „deutschen Wirtschaft“ ausgebeutet werden. Befriedigt vermerkt die „Fachvereinigung Auslandsbergbau“:

„Die deutsche Montanindustrie bemüht sich zur Zeit, neue Rohstoffpotentiale weltweit zu entwickeln, die sie bei Realisierung der damit verbundenen Bergbauinvestitionen zu echten Partnern im internationalen Rohstoffgeschäft machen könnten. Beispiele

dafür sind die Auslandsexplorationen auf Kupfer (Papua-Neuguinea und auf den Fidji-Inseln), auf Chrom (Philippinen) und auf Magnesit (Kanada). Hier sind auch die jüngst in die Produktion gegangenen Bergwerke auf Schwefel in Spanien zu nennen, auf Wolfram in Österreich und auf Blei, Zink und Silber in Thailand ... Ein herausragender Erfolgsfall deutscher Auslandsaktivitäten ist die Entdeckung der Uranlagerstätte Key Lake in Kanada.“

Insgesamt geht das Bundeswirtschaftsministerium in einer neuen Studie davon aus, daß die „deutsche Wirtschaft“ innerhalb der nächsten zehn Jahre 10 Mrd. DM in ausländische Lagerstätten nur für die wichtigsten NE-Metalle (Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Zinn und Zink) investieren müsse, um konkurrenzfähig zu werden. Die Monopole reagieren gelassen: „Angesichts des hohen Kapitalbedarfs bei Rohstoffinvestitionen wirken sich die Hilfen dieser Größenordnung (gemeint sind die staatlichen Gelder – Red.) allenfalls klimaverbessernd aus; eine wirksame Verbesserung unserer rohstoffpolitischen Situation ist damit



Uransuchbohrungen in den Trockengebieten Nordostbrasilens

nicht erreichbar.“ (Fachvereinigung Auslandsbergbau)

Außer zusätzlichen Geldmitteln fordern sie weiterhin: „Das staatliche Garantieinstrumentarium ist so zu verbessern, daß außerökonomische Risiken nicht die notwendigen Investitionsentscheidungen verhindern.“ Bereits 1978, in der Debatte über eine Große

Anfrage der CDU/CSU zur Rohstoffpolitik der Bundesregierung, hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff freimütig bekanntgegeben: „Wünschen der Wirtschaft, im Rahmen der Bundesgarantien für Kapitalanlagen die Risiken in der sogenannten grauen Zone zwischen politischem und wirtschaftlichem Risiko zu übernehmen, sind wir durch eine erweiterte Definition des politischen Risikos entgegengekommen.“ Nach der zuvor geltenden Regelung fiel unter „Risiko“: Verstaatlichung, Enteignung, enteignungsgleiche Eingriffe oder Unterlassungen, Krieg, Revolution, Aufruhr, Zahlungsverbote, Moratorien, Unmöglichkeit der Konvertierung oder des Transfers. In der „grauen Zone“ waren bis dahin vor allem Streiks und Steuererhöhungen geblieben. Dieser „Risiko“-Katalog ist zugleich ein Katalog der Einmischungsgründe. Er enthält praktisch alle Maßnahmen, die die Länder der Dritten Welt gegen ihre schamlose Ausplünderung durch die imperialistischen Mächte und die die Arbeiter dieser Länder gegen ihre Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole

USA, BRD und „Gleichgesinnte“ — internationale Erpressung im Tiefseebau

Schon im letzten Jahr hatten die westlichen Imperialisten zur Sabotage der Internationalen Seerechtskonferenz der UNO (UNCLOS) angesetzt. Zuerst im Juni die USA, dann im August die BRD und schließlich Großbritannien und Frankreich hatten eigene Gesetze zum Meeresbergbau verabschiedet. Die Länder der Dritten Welt fordern in den seit 1974 andauernden UNCLOS-Verhandlungen die Nutzung der Meeresreichtümer als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ anstatt als freie Beute der Imperialisten. Sie bestehen zur Sicherung der Rohstoffpreise auf einer Beschränkung des Tiefseebaus, auf der Errichtung einer internationalen Meeresbodenbehörde und auf Abgaben der internationalen Abbaugesellschaften und der Regierungen für die Förderung insbesondere von Manganknollen mit den reichsten Vorkommen im Pazifik.

Als ein Vertragsabschluß für 1981 oder 1982 in Aussicht stand, gingen die westlichen Imperialisten zur Sabotage und Erpressung über. Eigene Gesetze vor einem internationalen Vertrag sollen den rechtlichen Boden für den sofortigen Zugriff der sechs westlichen Meeresbergbaukonsortien schaffen und die Länder der Dritten Welt vor die Wahl stellen: Entweder sie kommen den Forderungen der Imperialisten nach, oder diese bringen die Verhandlungen zum Platzen

und treiben sich nach ihren eigenen Gesetzen frei auf den Meeren herum. So wurde das Bundesgesetz vom 16.6.80 zwar als „vorläufige Regelung“ deklariert, verfolgt aber ebendiesen Zweck. Die zur Zeit der Verabschiedung des Gesetzes bereits laufenden Meeresunternehmen sind damit samt und sonders legitimiert; die Erteilung der Regierungserlaubnis zur Erforschung und Ausbeutung von Lagerstätten sind an keinerlei Bedingungen geknüpft, wie sie von den Ländern der Dritten Welt verlangt werden.

Im November 1980 gingen acht „gleichgesinnte“ Imperialisten („like-minded states“) zu eigenen Geheimverhandlungen über: die USA, BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Japan. Im Januar 1981 lud die Bundesregierung zum zweiten Treffen nach Bonn ein. Auf der Tagesordnung stand eine eigene Übereinkunft zum Schutz der internationalen Gesellschaften und ihrer Investitionen sowie über gegenseitige Abbaugenehmigungen. Im Februar versuchte die Bundesregierung mit einem Schreiben an alle UNCLOS-Teilnehmerstaaten eine Änderung des Vertragsentwurfs zu ihren Gunsten zu erzwingen, ohne jeden Erfolg. Im März schließlich verlangte die Reagan-Regierung die Neuverhandlung sämtlicher bisheriger Vertragspunkte mit dem Ziel ihrer Revision. Die Verhandlungen wurden unterbrochen. Genscher lud

flugs zu einem „Hintergrundgespräch“ ins Auswärtige Amt ein, um mit dem Wirtschaftsministerium, der Bergbauindustrie und einigen wenigen Presseleuten die neuen Aussichten, die der US-Vorstoß hierzuland eröffnet, zu erörtern. „Eine Chance für die Bundesrepublik“ titelte kurz darauf die FAZ, die im Auswärtigen Amt dabei gewesen war, einen Bericht über die Unterbrechung der Verhandlungen. Und weiter: „Für die Bundesrepublik besteht zu Trübsinn ... keinerlei Anlaß. Die Unterbrechung der Verhandlungen liegt im Gegenteil im deutschen Interesse. Auf der Konferenz hat sich nämlich völlig überraschend eine Chance eröffnet, daß der bisher ausgearbeitete Konventionstext zum Nutzen der Bundesrepublik revidiert wird.“ Es folgt ein Friedensgeheul, daß die Beseitigung der Beschränkungen winkt.

Seit Mitte der 60er Jahre laufen die Versuche und Unternehmungen für westdeutschen Tiefseebau. Zuerst das Forschungsschiff „Valdivia“, später zusätzlich die mit neuesten Anlagen ausgerüstete „Sonne“ treiben sich seit Jahren im Pazifik und im Roten Meer herum. Vor Mozambique und in der Malakka-Straße wurden Mineralseifen gefördert, schwere Erzsande mit Zinn, Titan oder Gold. 1978 unternahm ein internationales Konsortium mit westdeutscher Beteiligung einen Großförderversuch von mehreren hundert Tonnen Manganknollen aus 5000 Meter Wassertiefe. An Verfahren zur Abtrennung des Nickels, Kobalts und Kupfers aus den Manganknollen wird

ergreifen können und z.T. ergreifen.

Die Forderung der Fachvereinigung Auslandsbergbau zielt dann auch weniger auf eine – kaum vorstellbare – Ausweitung des Katalogs. Sie zielt vielmehr auf die Mittel, mit denen die Staatsmacht die „Rohstoffsicherung“ zu gewährleisten habe.

Der Generalmajor Pilster schrieb dazu: „Die alleinige Überlassung der Sicherung der Rohstoffbasen an die USA, die ihrer weit weniger bedürfen als die europäischen Verbündeten, muß ... als abschreckungsmindernd beurteilt werden. Logischer Maßstab für die Beteiligung an der Sicherung der Rohstoff-Quellen ist die Bedeutung, die sie für das einzelne Land haben.“ Von der verlangten „Beteiligung an der Sicherung der Rohstoff-Quellen“ versprechen sich die Bourgeois gewissen Flankenschutz gegen eine mächtige Konkurrenz. Gegen die wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder der Dritten Welt verlangt der Generalmajor: „Übereinstimmung muß hergestellt werden ... darüber, wo etwaige Einsatzschwellen liegen.“

gegenwärtig gearbeitet. Weitere Explorationen der „Sonne“ in diesem Jahr im Pazifik sollen folgen.

Beim „Hintergrundgespräch“ im Auswärtigen Amt wurde für die Stellung der Bundesregierung zu einem internationalen Seerecht festgelegt: Eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie sie die Länder der Dritten Welt gegen ihre Ausplünderung verlangen und wie sie erstmals in dem Seerechtsabkommen festgelegt werden soll, ist zu verhindern. Dazu werden Änderungen an dem Vertragsentwurf der UNCLOS verlangt: Der Spielraum der internationalen Konsortien gegenüber der Meeresbodenbehörde, diesem „planwirtschaftlichen Monster“ (FAZ), soll erweitert werden. Reglementierungen, die Risiken für Investitionen bedeuten, sollen fallen. Ebenso der „Technologie-Zwangs-Transfer“, also daß die Imperialisten zur Weitergabe von Kenntnissen an die Meeresbodenbehörde verpflichtet werden. Schließlich soll es zu Produktionsbeschränkungen, die einen Preisverfall der auf dem Festland der Länder der Dritten Welt geförderten Rohstoffe verhindern sollen, nicht kommen. Keine Frage, daß auch die Senkung der Abgaben der fördernden Unternehmen und Regierungen an die Meeresbodenbehörde gesenkt werden solle, damit sich die Geschäfte lohnen.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Ottawa wollen die „Gleichgesinnten“ die nächsten Schritte festlegen.

Preussag-Konzern: Imperialistische Rohstoffsicherung staatlich gefördert

Der Preussag-Konzern basiert auf der Ausbeutung von mehr als 17000 Arbeitern und Angestellten und einem Fremdotsatz von mehr als 3,5 Mrd. DM allein der im Inland konsolidierten Unternehmen. Zu ihnen gehören neben der Preussag AG 43 Konzernunternehmen mit Sitz in der BRD, an denen die Preussag AG mit mindestens 50% beteiligt ist. Knapp 40% der Aktien hält die Westdeutsche Landesbank, deren Vorstandsvorsitzender jeweils Aufsichtsratsvorsitzender der Preussag AG ist. Im Aufsichtsrat sitzen u.a. Vertreter aus dem Vorstand von Deutscher Bank, Commerzbank, Salzgitter AG und Klöckner AG. Für die Geschäftsjahre 1979 und 1980 wurden 7 bzw. 12% Dividende auf das Grundkapital von 315 Mio. DM ausgezahlt (zusammen ca. 60 Mio. DM).

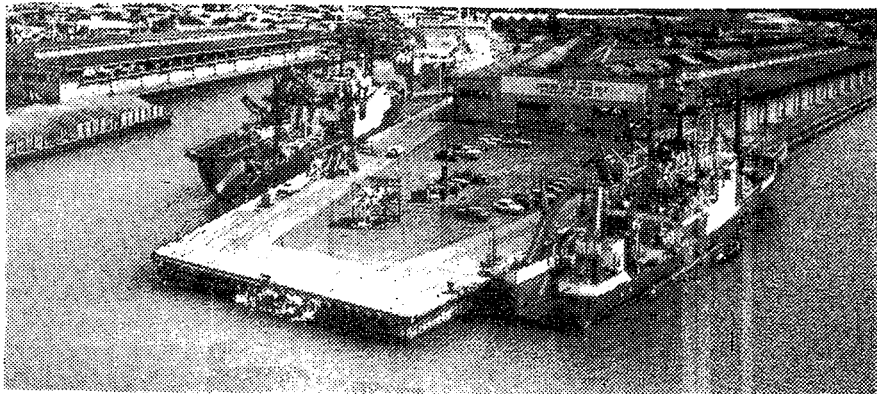
Für die westdeutschen Imperialisten ist der Preussag-Konzern neben der Metallgesellschaft der entscheidende Energie- und Rohstoffkonzern insbesondere im Nichteisenmetall-Bereich. Als größeren Happen konnte der Konzern 1978 die Mehrheitsbeteiligung (inzwischen 79,5%) an der Amalgamated Metal Corporation Ltd. (AMC), London, verbuchen. Die AMC ist im britischen und internationalen Metallhandel und über Beteiligungsgesellschaften im Bergbau und der Verhüttung von Zinn in Malaysia, Australien und Nigeria tätig. In Australien stecken Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der AMC seit mehr als 30 Jahren im Metallhandel, der Zinnverhüttung (einzige australische Zinnhütte) und in der metallverarbeitenden Industrie. Hinzu kommt ein Chromitsand-Bergwerk in Nordtasmanien.

Gemäß der Devise des Preussag-Vorstands: „Wichtige Aufgabe:

Rohstoffsicherung durch Exploration und Prospektion“ streckt der Konzern, der in seinen beiden Harzer Bergwerken 80% des westdeutschen Blei- und 50% des Zinkerzes fördert, seine Saugarme rund um den Erdball aus. Insgesamt wendete der Geschäftsbereich Bergbau in den letzten drei Jahren 29,7 Mio. DM insbesondere zur Suche von Blei-, Zink-, Kupfer-, Wolfram- und Zinnvorkommen auf. Die Bundesregierung unterstützte dieses hehre Ziel mit 10,5 Mio. DM aus Steuergeldern. Dabei konzentrierten sich die Interessen der Preussag auf Westeuropa, Australien und Nordamerika. Nach dem vorläufigen Abschluß der Erkundung einer Kupferlagerstätte auf den Fidji-Inseln ist die Bedeutung der Arbeiten in Nord- und neuerdings Südamerika offensichtlich gestiegen.

Zusammen mit US- und japanischen Firmen engagiert sich Preussag im östlichen Pazifik bei Hawaii im Meeresbergbau auf Manganknollen. Erstmals gelang 1978 die kontinuierliche Förderung von Manganknollen aus 5000 m Wassertiefe. Im Auftrag Sudans und Saudi-Arabiens untersucht der Konzern Erzschlammvorkommen im Roten Meer. 1979 gelang es erstmalig, aus 2200 m Tiefe Erzschlämme in einem kontinuierlichen Pumpprozeß zu fördern und ein Konzentrat mit hohen Zinkgehalten zu gewinnen.

Insgesamt verfügt der Geschäftsbereich Reederei über 72 Binnentank-, Spezialtank- und Trockengüterschiffe sowie eine Versorgerflotte von 92 Einheiten, die 1980 vor allem vor Westafrika, Südostasien, Südamerika, Kanada und in der Nordsee eingesetzt waren, was Ausfälle des Preussag-Vorstands gegen „protektionistische Maßnahmen der Anrainerstaaten“ verständlich macht.



Preussag-Forschungsschiffe im Hafen von Honolulu, der Operationsbasis für das Manganknollen-Projekt.

Lohnerhöhung auf Effektivlohn gezahlt

Seit dem Tarifabschluß versuchen die Kapitalisten, die Lohnerhöhungen nicht auf den Effektivlohn anzurechnen. In verschiedenen Betrieben ist der IG Metall und den Betriebsräten die Durchsetzung der Effektivzahlung gelungen. So gelang es z.B. in dem Hamburger Betrieb Pohl und Jowziak der Belegschaft, 60% der übertariflichen Zulagen ebenfalls um 4,9% zu erhöhen. Bei FUBA Salzdetfurth konnte der Betriebsrat durchsetzen, daß die Tarifierhöhung auf den Effektivlohn gezahlt wird. Damit ist zum ersten Mal seit 1963 die Lohnerhöhung auf den Effektivlohn gezahlt worden.

Landeskonferenz IG Druck Westberlin

Die Landesbezirkskonferenz der IG Druck Berlin forderte den Vorstand auf, „diejenigen Persönlichkeiten und Initiativen zu unterstützen, die von der Bundesregierung die Einschränkung der Rüstungsausgaben und die Verwendung der dadurch freiwerdenden Gelder

Darmstadt. Etwa 2000 demonstrierten am 16.6.81 gegen die Propagandaschau der Bundeswehr mit Panzervorführungen und Fallschirmjägerzielspringen, zu der der Kommandeur der Bundeswehrfachhochschule die Darmstädter Schüler eingeladen hatte. Die Schulaufsicht hatte Unterrichtsbefreiung bewilligt. Z.T. war die BW-Veranstaltung als Wandertag deklariert worden und somit Pflicht. Auf der Kundgebung nach der Demonstration sprachen die Stadtschulsprecherin und der GEW-Vorsitzende von Darmstadt.

für friedliche Zwecke verlangen“. Der DGB wird aufgefordert, sich für ein Verbot faschistischer und neofaschistischer Organisationen einzusetzen und den Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze in „den Mittelpunkt der Arbeit“ zu stellen. Dies soll geschehen durch die Bindung von Investitionsbeihilfen an strikte Auflagen zum Erhalt bestehender und zur Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze und durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zur Wohnungspolitik wird gefordert: Beibehaltung der Mietpreisbindungen, gegen die Einführung des



„weißen Kreises“, gegen Tabellenmieten.

Zusatzversorgung für Teilzeitbeschäftigte

Am 15.6. hat die ÖTV Verhandlungen aufgenommen zur Verbesserung des Zusatzversorgungsanspruchs von Teilzeitbeschäftigten. Bisher diente als Grundlage zur Berechnung der Höhe der Zusatzversorgung der Lohn der letzten drei Arbeitsjahre, unabhängig davon, ob eine Vollbeschäftigung vorausgegangen war. Dies führte zu erheblichen Einbußen bei jenen, die nur die letzten Jahre vor der Rente teilzeitbeschäftigt waren. Der Dienstherr stimmte am 15.6. dem ÖTV-Vorschlag zu, die Jahre der Vollbeschäftigung in die Berechnung miteinzubeziehen. Weitere Ziele der ÖTV zur Verbesserung der Zusatzversorgung sind: Sicherung des Anspruchs auch bei Unterbrechung des Dienstverhältnisses, Einbeziehung der Auszubildenden in die Zusatzversorgung. Der ÖTV-HV wird das gesamte Thema Renten im Herbst auf einer Tagung behandeln und weitere Beschlüsse fassen.

Spanien: Sozialkontrakt geschlossen

90% von Spaniens Krankenhausärzten beteiligten sich am 16. Juni am ersten Tag einer Reihe von Warnstreiks für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen. Der Streik war ein erster Schlag gegen den gerade beschlossenen „Sozialkontrakt“, mit dem die Kapitalisten und die Regierung Calvo-Sotelo glaubten, die Gewerkschaftsbewegung fest an die Leine genommen zu haben. Der Sozialkontrakt sieht

Lohnerhöhungen zwischen 9 und 11% für die Tarife von 1982 vor (9% für den öffentlichen Dienst). Dabei wird von einer Inflationsrate von 12% ausgegangen. Die Gewerkschaften haben also eine Reallohnsenkung unterschrieben. Als Gegenleistung versprach die Regierung, 350.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kapitalisten gaben ein vages Versprechen, bei der Arbeitsplatzbeschaffung behilflich zu sein. Bei den Kapitalisten gibt es geteilte Ansichten über dieses Abkommen – die Löhne seien weiterhin „unrealistisch hoch“, erklärten sie. Die Bank von Spanien gab bekannt, in den letzten zwei Jahren seien die Reallöhne um 7,6% gestiegen. Trotzdem haben die Kapitalistenverbände mit der Regierung und den beiden größten Gewerkschaften unterschrieben – es kostet sie nichts.

Ermahnung wegen Streikunterstützung

Auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU hat die Bundesregierung mitgeteilt, daß sie keine disziplinarrechtlichen Maßnahmen gegen Bundespost-Beamte eingeleitet hat, die im Spätherbst den Streik der Arbeiter und Angestellten unterstützt haben. Mit dem Streik wurde ein Beginn der Nacharbeit um 20 Uhr, Freischichten und Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten durchgesetzt. Über hundert Beamte seien jedoch ermahnt und über ihre Dienstpflichten belehrt worden, weil sie einer dienstlichen Anordnung, nämlich der Übernahme von Streikbrecherarbeiten, nicht nachgekommen sind. Nach Angaben der Bundesregierung sind an den Streiktagen rund 3.300 Beamte auf bestreikten Arbeitsplätzen eingesetzt worden.



Die Arbeiter der Fotowerke Rollei in Braunschweig demonstrierten am Freitag, 26.6., gegen die geplante Schließung des Werkes zum 30. September. Die Niederlassung in Singapur soll ebenfalls dichtgemacht werden. Diese Entscheidung traf Fotohändler Porst, der die Werke erst vor einem Vierteljahr übernommen hatte, nachdem die Norddeutsche Landesbank, die das Unternehmen in den letzten Jahren mit 750 Mio. DM bezuschußt hatte, weitere Kredite verweigerte. Wegen des Konkurses kann die niedersächsische Landesregierung Kredite in Höhe von 25 Mio. DM aus der Liste ihrer Forderungen streichen. Während für die 785 Arbeiter des Werkes Braunschweig ein Sozialplan ausgearbeitet werden soll, ist geplant, die 4.000 in Singapur Beschäftigten leer ausgehen zu lassen. 90% der von Braunschweig aus vertriebenen Produkte kamen aus dem Werk Singapur, wo insgesamt 97% der Gesamtproduktion abgewickelt wurde. Rollei gehört zu den größten Firmen in Singapur. In der letzten Zeit wurden dort schon mehr als 1.000 Arbeiter entlassen.

Gesetzentwurf des Bundesrates sieht weitgehende Abschaffung vor

Am 6.4.1981 ist der Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zweiten Asylbeschleunigungsgesetzes, das selbst erst am 16.8.80 verabschiedet wurde, in erster Lesung im Bundestag behandelt worden.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth hat gleich am 3.6.81 gedroht, daß er, wenn es mit der Verabschiedung nicht schneller ginge, die Vereinbarung der Bundesländer über die Verteilung der Asylbewerber aufkündigen werde.

Der Entwurf hat in der Tat das Licht langer Debatten zu scheuen. Er sieht die weitgehende Abschaffung des Asylrechts vor.

Die Ausländerbehörden sollen eine umfassende Prüfungskompetenz erhalten, obwohl es ihnen an Sachkunde über die einzelnen Länder vollkommen fehlt. Sie sollen künftig einen Asylantrag u.a. dann als unbeachtlich zurückweisen können, wenn der Ausländer bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden hat, ein Anerkennungsgrund nach den eigenen Erklärungen des Asylbewerbers angeblich nicht geltend gemacht wird, der Antrag offensichtlich rechtsmißbräuchlich oder offensichtlich unbegründet ist oder der Ausländer seinen Mitwirkungspflichten, insbesondere seiner Verpflichtung zur unverzüglichen Meldung bei der zuständigen Behörde schuldhaft nicht nachkommt.

Danach wird es in Zukunft möglich sein, politisch Verfolgte in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn sich ein Verfolgungstatbestand erst hier aufgrund politischer Betätigung ergeben hat oder sie irgendwelchen „Mitwirkungspflichten“, die die Ausländerbehörden angeordnet haben, nicht nachgekommen sind.

Es wird möglich sein, Asylanträge von Flüchtlingen aus Eritrea nur deshalb zurückzuweisen, weil sie einige Zeit im Sudan unter elendesten Bedingungen in Flüchtlingslagern gelebt haben, unter der Gefahr der jederzeitigen Zurückschiebung, was das Bundesamt in Zirndorf schon heute als „anderweitigen Schutz vor Verfolgung“ ansieht.

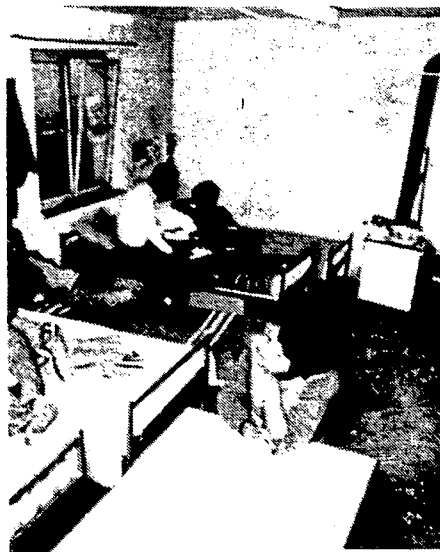
Obwohl es sehr schwierig ist, die politischen Verhältnisse eines Landes zu beurteilen, was vor den Verwaltungsgerichten oftmals zu zahlreichen Gutachteranfragen führt, wird den Ausländerbehörden die Beurteilung darüber zugestanden, wann ein Asylantrag offensichtlich unbegründet ist. Gegen die Zurückweisung eines Asylantrages durch die Ausländerbehörde

soll nur noch ein gerichtliches Eilverfahren möglich sein, in dem keine umfassende Sachprüfung stattfindet, und dessen Entscheidung auch noch unanfechtbar sein soll.

Bei einer Klage gegen die Ablehnung eines Asylantrages durch das Bundesamt in Zirndorf soll künftig ein Einzelrichter entscheiden können, der auch Berufsanfänger sein kann. Eine Berufung gegen ein solches Urteil soll nur in Ausnahmefällen stattfinden. Gegen den Ausschluß der Berufung soll auch kein Rechtsmittel mehr möglich sein.

Hintergrund für diese geplante Maßnahme der Reaktion dürfte folgender sein: Zum einen will die Bourgeoisie die Zufuhr ausländischer Arbeiter unter Kontrolle behalten. Zum anderen haben Ausländer, die als Asylberechtigte anerkannt sind, eine stärkere ausländerrechtliche Position und können nicht einfach als Manövriermasse behandelt werden. Eine Ausweisung ist praktisch unmöglich, sie sind sozial mit deutschen Arbeitern gleichgestellt, eine Einbürgerung ist erleichtert. Eine weitere Gefahr stellt das oft stärker ausgeprägte Klassenbewußtsein der Asylbewerber dar.

Der Gesetzentwurf ist auf breite Ablehnung gestoßen, bis hinein in die Reihen der Richter und der SPD.



Ausländerwohnheim in Stuttgart

Abgelehnt wurde er vom Deutschen Richterbund und dem Vorstand der bundesdeutschen Verwaltungsrichter wegen rechtsstaatlicher Bedenken und der Gefahr „übereilter Entscheidungen in diesem Menschenschicksale tangierenden Bereich“. Eine „Aushöhlung des Asylrechts“ sieht die Arbeits-

gemeinschaft sozialdemokratischer Juristen.

Umfangreiche ablehnende Stellungnahmen haben Arbeiterwohlfahrt und Amnesty International abgegeben. Die Arbeiterwohlfahrt weist darauf hin, daß schließlich nur 1,4% der Weltflüchtlinge in der BRD leben.

Daß nicht alle Richter bei dieser „Beschleunigung“ mitmachen werden, ist schon abzusehen, ebenso die stärkere Beschäftigung des Bundesverfassungsgerichtes, was der Reaktion Anlaß für die Debatte nach Abschaffung des Asylrechts im Grundgesetz geben wird.

Verabschiedet wurde jetzt ein Gesetz, wonach Ausländern in den ersten vier Jahren ihres Aufenthalts eine Arbeitserlaubnis versagt werden kann. Betroffen sein werden vor allem Asylbewerber.

Härdle-Prozeß

Kündigung wegen Erklärung gegen Urteil

Heidelberg. In beiden Heidelberger Tageszeitungen erschien Mitte Juni die Anzeige von über 80 „Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräten gegen die Verurteilung von Rechtsanwalt Dr. Härdle“. Die Unterzeichner fordern die Aufhebung der Entscheidung von Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht sowie des Urteils des Landgerichts Heidelberg, keine Inhaftierung von Rechtsanwalt Dr. Härdle, kein Berufsverbot. RA Härdle ist zu 22 Monaten Haftstrafe verurteilt worden durch das Landgericht Heidelberg, alle Instanzen haben das Urteil bestätigt, die Verfassungsbeschwerde, die im Eilverfahren vom Vorprüfungsausschuß behandelt wurde, wurde abgelehnt. (s. Politische Berichte 12/81)

Daß die gewerkschaftliche bzw. betriebliche Funktion und vor allem der Betrieb bei den Unterzeichnern mitangegeben ist, veranlaßte den Besitzer der Buchhandlung Ziehank, gegen die Unterzeichner, Mitglieder des Betriebsrates und der Betriebsgruppe bei Ziehank, die Kündigungen vorzulegen. Anscheinend haben die Professoren der Universität Döring, Schneider und der Rektor der Uni Prof. Laufs ihre Abonnements aufgrund der erschienenen Anzeige aufgekündigt; die Unibibliotheken sollen entsprechend angewiesen worden sein und folglich hat sich der Betriebsrat der „Geschäftsschädigung“ schuldig gemacht. Der Betriebsrat hat die Kündigungen zurückgewiesen, und der Geschäftsinhaber der Unibuchhandlung hat beim Arbeitsgericht den Antrag eingereicht zur Zu-

stimmung der Kündigungen. Eine Entscheidung liegt vom Arbeitsgericht noch nicht vor.

Die HBV und der DGB haben gleichzeitig angekündigt, daß, falls die Kündigungen aufrechterhalten werden, sie eine Pressekonferenz einberufen werden, und auf der Fachschaftsvertretervollversammlung wurde ein Schreiben an den Buchhandlungsbesitzer beschlossen mit der Androhung des Boykotts, wenn die Kündigungen nicht zurückgenommen werden.

Desweiteren wurde noch bekannt, daß der Oberbürgermeister Zundel sich

Vertreter der Gewerkschaft, die unterzeichneten, vorgeladen hat, und der CDU-Stadtrat Gehring, dem ein Leserbrief gestattet wurde (bisher war absoluter Boykott der Presse zum Fall Händle), geht gezielt auf die GEW-Mitglieder und schreibt: „Wie wollen solche Gewerkschaftsmitglieder in ihrem Beruf noch objektiv Recht sprechen und unsere Jugend zu mündigen Staatsbürgern und zu einer staatsbejahenden Auffassung erziehen, wenn sie in aller Öffentlichkeit Organe unseres Staates böswillig und in gehässiger Weise herabzuwürdigen versuchen.“ (Rhein-Neckar-Zeitung, 20.6.81)

mann erklärt offen: „Es gibt in Stuttgart kein anderes Gewerbegebiet, das eine gleich gute Erschließungsqualität von Schiene und Straße besitzt.“ (Stuttgarter Nachrichten, 24.6.81)

In Stuttgart sind die Gewerbeflächen von 1969 bis 1979 um 10% ausgedehnt worden, gleichzeitig liegen alte Gewerbeflächen brach, was sich auch daraus erklärt, daß im gleichen Zeitraum die Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung um 4,5% zurückgegangen sind. Die Stadtverwaltung kommt der Forderung der Kapitalisten nach Erschließung immer neuer, ausdehnungsfähiger Gewerbegebiete so vortrefflich nach, daß das Regierungspräsidium geäußert hat, Stuttgart weise nach Halbierung der Hektar-Zahlen im neuen Flächennutzungsplan noch immer zuviel Gewerbegelande aus. Im Bericht der Stadtverwaltung „Arbeitsplatz Stuttgart 1990“ sind folgende zusätzliche Gewerbeflächen vorgesehen: Erschlossene Arbeitsstätten mit Reserveflächen 67,3 ha, Neubaugebiet in planerischer Vorbereitung 58,7 ha und geplante Neubaugebiete 70 ha, Summe 196 ha. Das bedeutet eine nochmalige Steigerung der Gewerbefläche um 17,6%.

Im Haushaltsplan der Stadt Stuttgart hat der Gemeinderat für 1981 für

Daimler-Benz Stuttgart

Die Kapitalisten fordern Ausdehnung neuer Gewerbegebiete

Stuttgart. Die Grundstückspreise Stuttgarts liegen mit an der Spitze der dreizehn größten Städte in der BRD. Bei allen Städten trifft gleichermaßen zu, daß die Preise für Industrie- und Gewerbebaugrundstücke im Durchschnitt das Zwei- bis Dreifache unter denen für Wohnungsgrundstücke liegen. (s. Tabelle)

Trotz der außerordentlich hohen Preise auch für Industrie- und Gewerbegebiet in Stuttgart hat die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar in jüngster Zeit ein Trommelfeuer auf die Stuttgarter Stadtverwaltung eröffnet mit der Forderung, mehr und zusammenhängende Gewerbeflächen für Industrie und Dienstleistung auszuweisen. Gedroht wird mit dem Wegzug der ansässigen Kapitalisten. Bosch, der größte Elektrokonzern am Ort, hat bereits seine Hauptverwaltung in das Umland verlegt. Die Andeutung der Daimler-Benz-Kapitalisten (Gesamtumsatz 30,1 Mrd. DM, 1980), der in Stuttgart (30000 Beschäftigte) 50% des Industrieumsatzes bestreitet, seine Zentralverwaltung in den Rems-Murrkreis zu verlegen, hat die Stuttgarter Stadtverwaltung tanzen lassen. „Der Wegzug von Daimler-Benz wäre eine Katastrophe“, bekannte vor einem halben Jahr Oberbürgermeister Rommel und ließ flugs einen Bebauungsplan für ein Gewerbegelande für Daimler-Benz vom Ältestenrat des Gemeinderats beschließen. Die Stadt hat für dieses Gelände Vorkaufsrecht; den Kleinkapitalisten, die für eigene Zwecke dort Land gekauft haben, drohte das Liegenschaftsamt mit Enteignung.

Insgesamt hat die Stadtverwaltung für dieses Gelände im Stuttgarter Süden für Daimler-Benz 29,4 ha als Baugelände projektiert. Zur Zeit hat sie jedoch erst Eigentumsrecht über 2,3 ha. Der Quadratmeterpreis beträgt hier ca.

200 bis 250 DM, womit der Aufkauf des gesamten Geländes für die Stadt 5,5 Mio DM kostet. Wird das erschlossene Gelände dann den Daimler-Benz-Kapitalisten verkauft, haben diese außer den Anliegerkosten nur die 5,5 Mio DM zu zahlen – unverzinst. An sonstigen Leistungen übernimmt die Stadt: neuer Anschluß an die Bundesstraße 27, Ausbau der städtischen

Preise für Baugrundstücke für Gewerbe und Industrie (DM/ qm) (Städte nach höchsten Preisen)

Städte	einfacher	mittlerer	guter
Nutzungswert			
München	300	400	500
Stuttgart	80-120	100-200	400
Frankfurt	180	220	250-300
Köln	50-80	60-150	120-200
Düsseldorf	100	110-130	120-150
Nürnberg	80	115	165
Hamburg	60	100	150
Berlin	100	120	140
Hannover	-	80-100	100-150
Bremen	50-70	75-90	100-120
Dortmund	60	80	100
Duisburg	40	70	90
Essen	35	45	80

Schnellbahn, Bau der Filderquerstraße – einer direkten Verbindung von Stuttgart-Untertürkheim nach Sindelfingen zum schnelleren Transport der Daimler-Motoren zur Endmontage. Stuttgarts Baubürgermeister Bruck-

Preise für Baugrundstücke für: (in DM/qm)

Ein- und Zweifamilienhäuser	Städte	einfache Wohnlage	exklusive Wohnlage	Miets-häuser gute
Stuttgart	450-550	1000	900-1200	
München	400	875	1000	
Frankfurt	250-300	600-900	800-1200	
Düsseld.	170-180	350-700	500-1200	
Berlin	300	450	500-700	
Nürnberg	250	600	750	
Köln	150-250	300-500	600-1200	
Hamburg	230	450	750	
Bremen	120-180	300-400	450-650	
Duisburg	259	450	300-500	
Hannover	170	300-500	400-700	
Essen	150	450	500	
Dortmund	100-120	330-400	300-600	

den Grunderwerb Ausgaben in Höhe von 100,3 Mio DM vorgesehen, das sind 11% des Gesamtvermögenshaushaltes. Dem stehen Einnahmen aus Verkaufserlösen in Höhe von 28,5 Mio. DM gegenüber.

Gesamtschulgesetzentwürfe

Essen. Am 3.3.81 hat die SPD-Landesregierung einen Gesetzentwurf „zur gesetzlichen Gleichstellung der Gesamtschule“ vorgelegt. Am 2.6. hat die CDU – die 1977 mit einem Volksbegehren erfolgreich gegen die Koopschulen zu Felde gezogen war – ebenfalls einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie den „Elternwillen nach Gesamtschulen respektiert“, aber der „Verbesserung der Hauptschule den Vorrang“ gibt. Demagogisch setzt sie an den schlechten Ausbildungsbedingungen an den Hauptschulen an, keineswegs um diese zu verbessern, sondern um jegliche Ansätze einer einheitlichen Ausbildung zu unterbinden und die Ausbildungsbedingungen an den bestehenden Gesamtschulen genauso schlecht wie an den Hauptschulen zu machen. In NRW gibt es 1355 Hauptschulen mit etwa 660000 Schülern, das sind 24% aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen. 13 dieser Hauptschulen werden als Ganztagschulen geführt, die Schüler-Lehrer-Relation liegt bei 21,4. Dagegen sind von den 31 Gesamtschulen in NRW 29 Ganztagschulen, die Schüler-Lehrer-Relation liegt bei 14,7. Ein größerer Teil der Gesamtschüler erreicht einen qualifizierten Abschluß: Während 1978 überhaupt nur 3,1% der Hauptschüler eine 10. Klasse besuchten, erreichten 43% der Gesamtschulabgänger die Fachschulreife (mittlere Reife). Zudem sind in den letzten Jahren viele kleine Hauptschulen geschlossen worden.

In dem CDU-Gesetzentwurf werden die Gemeinden verpflichtet, Hauptschulen fortzuführen und zu errichten, und wenn „ein Bedürfnis besteht“, könnten auch Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen errichtet werden. Die 10. Hauptschulklasse müsse an jeder Hauptschule angeboten werden. Den bestehenden Gesamtschulen sollen die sogenannten, oben aufgeführten „Wettbewerbsvorteile“ gestrichen werden, sie sollen dem dreigliedrigen Schulsystem entsprechende Abschlüsse anbieten. Die Mehrheit der Schüler soll also „entsprechend ihrer spezifischen Begabungsrichtung“ nur noch die Möglichkeit haben, schlechte Hauptschulen zu besuchen. Die Gesamtschulen sollen – wenn überhaupt – nichts anderes als örtliche Zusammenfassung bestehender Schultypen sein.

Der SPD-Gesetzentwurf unterscheidet sich im wesentlichen nicht von dem der CDU, weswegen überhaupt die CDU heute den Gesamtschulen zustimmen kann. So hat die Landesregierung schon beschlossen, den Stellen-

zuschlag für den Ganztagsunterricht an den Gesamtschulen in der Oberstufe völlig zu streichen und in den Klassen 5–10 von 30 auf 20% zu senken.

Die Ablehnung des SPD-Gesetzentwurfs durch den DGB, die GEW und verschiedene Eltern- und Schülervertretungen richtet sich somit auch gegen den CDU-Entwurf. Sie fordern u.a.:

- Die Gesamtschulen müssen als Ganztagschulen gesetzlich garantiert werden.
- Die Gesamtschule darf kein bloßer Hauptschulersatz sein.
- Die Gesamtschule muß als Regelschule eingeführt werden.
- Die Festlegung der Gesamtschulklassen 11–13 ausschließlich als „gymnasiale Oberstufe“ ist aufzuheben.

Bayern

GGLF fordert Zeitlohn für Waldarbeiter

München. Die 12. ordentliche Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft Bayern, 13./14. Juni in Hersbruck, setzte sich für die Einführung eines Zeitlohns statt des jetzigen Leistungslohns bei Waldarbeitern ein. Der Bundesvorsitzende Lojewski erklärte, Akkord- und Leistungslohn führten zu einer höheren Zahl von Arbeitsunfällen als in den übrigen Wirtschaftszweigen. Derzeit geschehen in der BRD pro Jahr etwa 20000 Unfälle in der Forstwirtschaft. 1976/77 waren in der Bundesrepublik 88900 Waldarbeiter beschäftigt. Der Bayerische Agrarbericht 1978 hatte vermeldet: Staatsforst, Kostenstelle Holzernte – 1976 betrug der Lohnanteil 93% der Kosten. „Bei einer derartig hohen Belastung durch Personal- und Lohnaufwand müssen auch weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, diesen Anteil langfristig zu senken“, forderte das bayerische Landwirtschaftsministerium. Die Ergebnisse dieser beständig gesteigerten Vernutzung der Arbeitskraft im bayerischen Staatswald:

	1965	1970	1979
Produktive Arbeitsstunden/ha	22,6	14,4	8,3
Prd. Arbeitsstunden/fm Hiebssatz	5,1	3,4	2,0

Die Zahl der männlichen Forstarbeiter der Forstverwaltung Bayerns nahm von 1970 mit 7377 bis 1979 auf 4341 ab. Der Holzeinschlag im Staatsforst blieb auf der gleichen Höhe. 1981 stellte die „Allgemeine Forstzeitschrift“ fest: „Im Bayerischen Staatswald konnte in den letzten Jahren sogar ein

absoluter Rückgang der Arbeitskosten pro Festmeter des Einschlags erreicht werden“. Der „Betriebsaufwand in der Holzernte“ betrug 1975 34,26 und 1978 30,76 DM je Festmeter. Der Ecklohn im Staatsforst lag 1979 bei 9,01, im Privatwald bei etwa 8,50 DM/Std.



Das Land Bayern insbesondere drängte bei Gesprächen mit der Tariff Kommission Anfang 1981, daß das versuchsweise in drei Bundesländern erprobte neue Akkordsystem EST II jetzt in allen Ländern eingeführt werden soll. Die Gewerkschaft ist gegen die Schaffung eines Übergewichts für den Vollakkord und verlangt die Erprobung eines Prämiensystems mit 50% Festlohn. Ebenfalls wurde die Erprobung eines Monatslohnmodells verlangt. Das vor fünf Jahren beschlossene Ziel ist, langfristig den Zeitlohn durchzusetzen. Nachdem 1975/76 in Schweden der Monatslohn eingeführt worden war, sank die Unfallhäufigkeit innerhalb von 15 Monaten um 32%.

Kommunalwahlen

Wahlbündnis verabschiedet Programm

Göttingen. Seit Januar wird in Göttingen an dem Programm einer „Alternativen – Grünen – Initiativen – Liste“ (AGIL) zu den Kommunalwahlen gearbeitet. Am 20./21. Juni wurde das Programm nach nunmehr mehreren Wochenendkongressen verabschiedet und der redaktionellen Bearbeitung übergeben. Beteiligt an diesem Wahlbündnis sind die Grünen, die Bunte Liste, KB, KBW, BWK, verschiedene Mieterinitiativen, Göttinger Stadtzeitung und zahlreiche Mitglieder unterschiedlichster Initiativgruppen. Nicht gelungen ist es, die DKP, die in Göttingen mit einem Sitz im Stadtrat vertreten ist und im Januar noch Mitinitiator

einer ersten Aussprache war, zur Mitarbeit in der AGIL zu bewegen; sie sei ihren Wählern eine „Parteikandidatur“ schuldig, hieß es.

Das Programm wurde in entsprechenden Facharbeitsgruppen erarbeitet. Umstritten war und ist weiterhin, ob die AGIL sich auf Sammelbewegungen im „linken Protestwählerspektrum“ konzentriert, oder ob sie zu einem handlungsfähigen Bündnis im Kampf gegen die Angriffe der Reaktion wird. *Programmatisch* ist dies Problem in *wesentlichen* Teilen gelöst. In der Präambel heißt es ausdrücklich: „Wir fühlen uns solidarisch verbunden mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf um materielle Sicherstellung, humane Arbeitsbedingungen, für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für politische Rechte.“ So werden z.B. im Teil zur Gesundheitsversorgung Forderungen nach Verbot der Akkordarbeit, nach Selbstverwaltung der Versicherungen, nach Kontrollrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte über Gesundheits- und Arbeitsschutz erhoben.

Hart umkämpft war der Abschnitt Friedenspolitik. Gefordert wird nunmehr die einseitige Abrüstung, der Austritt der BRD aus der NATO, die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses sowie die Anerkennung der Grenzen von 1945. In den „Rahmenbedingungen Kommunalen Politik“ werden Forderungen unterstützt nach demokratischer Kommunalverfassung und Stärkung der kommunalen Finanzhoheit. „Die Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Grund- und Gewerbesteuern sind zu verbessern, die kommunalen Mitspracherechte in der Struktur-, Regional- und Finanzpolitik sind zu verbessern; Aufgaben, die die Kommunen lediglich im Auftrag des Bundes oder Landes durchführen, müssen von diesen auch finanziert werden.“

Weitere Schwerpunkte des Programms befassen sich mit Fragen der Schulversorgung, der Wohnungs-, Verkehrs- und Ausländerpolitik, der Ausstattung mit Kindergärten und -tagesstätten sowie mit Problemen der besonderen Unterdrückung der Frau.

Die AGIL beabsichtigt in Göttingen in fünf Wahlkreisen mit jeweils 13 Kandidaten sich zur Wahl zu stellen. Zur vorläufigen Kandidatenwahl mobilisierten jene Kräfte, denen der Sinn eher nach „linkem Rahm“ steht, Kind und Kegel und sicherten sich überrepräsentiert ihre Listenplätze. Der erste große Eklat. Die Wahl wird im Nachhinein mehrheitlich angefochten.

Zumindest programmatisch hat die AGIL sich eine nützliche Plattform im Kampf gegen die politische Reaktion in Göttingen geschaffen – ob sie auch entsprechend praktisch tätig wird, ist noch nicht entschieden.

Flughafen München II

Gerichte urteilen: Gebaut soll werden, nur jetzt nicht so groß

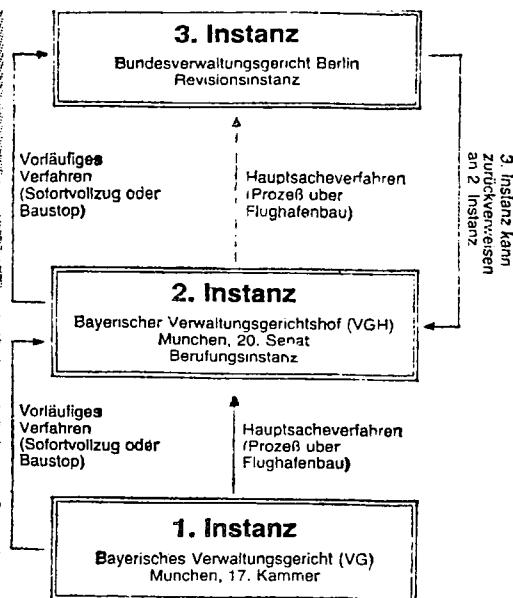
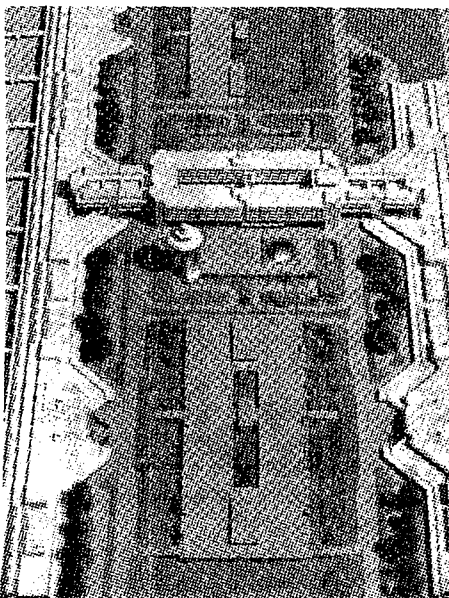
Am 16.4.1981 hat der 20. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) sofortigen Baustopp für den Flughafen München II erlassen. Dieses Urteil kam zustande, weil die Anwälte der 5724 Kläger gegen den Planfeststellungsbescheid der Regierung von Oberbayern Berufung gegen das Zwischenurteil der Kammer 17 des Verwaltungsgerichts München (VG) eingelegt hatten. Nach nur 45 Verhandlungstagen hatte die Kammer 17 die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbescheids bestätigt.

In seinem Urteil bekräftigte der VGH die Notwendigkeit, Riem zu ersetzen, hält aber das Erdinger Moos für den bestgeeigneten Standort; den Baustopp begründet er so: „... insbesondere hält es der Senat für nicht vertretbar, bei einem Bauvorhaben dieser Größenordnung den Bau voranschreiten zu lassen, wenn an der künftigen gerichtlichen Bestätigung des Planfeststellungsbeschlusses ernsthafte Zweifel bestehen. Solche sind hier gegeben. Sie begründen sich auf die verfahrensfehlerhafte Mitwirkung zweier ausgeschlossener Amtsträger (Wirtschaftsminister Jaumann und sein Ministerialdirigent Ringelmann, d.V.) und auf die Größe des geplanten Flughafens ... insbesondere waren beide Amtsträger beteiligt, als das StMWV (Wirtschaftsministerium) die Regierung von Oberbayern nach längerer Diskussion davon abhielt, wegen bestimmter Mängel der luftrechtlichen Genehmigung das Planfeststellungsverfahren neu beginnen zu lassen... Die Planfeststellungsbehörde stand vor

der Schwierigkeit, daß der Flughafen auch für die weitere Zukunft gebaut werden soll... Unter solchen Umständen ist es zulässig, wenn nicht geboten, spätere Erweiterungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Dagegen ist es nicht gerechtfertigt, schon zu Anfang Gelände in einem Umfang zu verbrauchen, der heute noch gar nicht notwendig ist.“ (aus der Kurzbegründung des VGH)

Am 27. Mai verkündete die Kammer 17 des VG nun ihr endgültiges Urteil: „Der Planfeststellungsbescheid ist ... in großen Teilen rechtmäßig“, das VG konnte keine Verfahrensfehler im Wirken Jaumanns feststellen, stellte allerdings auch die Größe des Projekts in Zweifel.

Fieberhaft bemüht sich jetzt die Staatsregierung, eine Neuaufnahme des Planfeststellungsverfahrens zu vermeiden. Jaumann ist aus dem Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft (FMG) zurückgetreten. Strauß, Finanzminister Streibl, Umweltminister Dick und Wirtschaftsstaatssekretär von Waldenfels sind mit den Geschäftsführern der FMG übereingekommen, den Flughafen vorerst nur mit zwei Start- und Landebahnen zu bauen. Der CSU-Landtagsabgeordnete von Freising, Wiesheu, legte folgenden Plan vor: Im Tausch gegen eine wesentlich reduzierte Neuplanung sollen die Flughafengegner auf ihre Klage-rechte verzichten. Zu Recht haben die Vertreter der Vereinigten Bürgerinitiativen diesen Plan zurückgewiesen, denn sie verwirkten damit jegliche Rechte, sich notwendige Schutzmaßnahmen gegen den Flughafen Mün-



In 1. Instanz im wesentlichen bestätigt: Planung für den Flughafen München II.

Gezielte Bebauung der Flugschneisen

Kurz nach Verhängung des Baustopps gegen den Flughafen Erding haben 1 500 in der Nähe des Flughafens Riem wohnende Münchner dagegen demonstriert, angeführt von CSU- und SPD-Politikern, an der Spitze Oberbürgermeister Kiesel. Um ihren Flughafenplänen im Interesse des Industrie- und Handelskapitals den Schein der Legitimation durch die Volksmassen zu verleihen, wurde demagogisch an die Hoffnung appelliert, durch den Flughafen Erding von dem Lärm der Flugzeuge und von der Gefährdung durch Flugzeugabstürze befreit zu werden.

Seit 1960 besteht der Plan, den Flughafen Riem zu verlegen. Erst danach wurde durch entsprechende Bebauungspläne die Besiedlung der Gebiete um Riem in großem Ausmaß betrieben. So siedelten in den Jahren von 1965 bis 1969 in Trudering, Riem und Berg am Laim 4000 Neubewohner an; vor allem, weil dort wegen der niedrigen Bodenpreise Eigenheime zu erschwinglichen Preisen zu haben waren. 1974 wurde der Zuzug in die Gebiete um Riem durch das neue Lärmschutzgesetz gebremst, über Ausnahmeregelungen aber trotzdem weiter betrieben. Die Entwicklung des Fluglärms verdeutlicht die Zahl der wöchentlichen Starts und Landungen, die von 66 (1960), über 1 150 (1970) auf 1 570 (1980) stieg.

1960 kamen nach Zusammenstoß eines Flugzeuges mit der Paulskirche 52 Menschen ums Leben. Seitdem verläuft die Flugschneise nach Riem nicht mehr über die Innenstadt. Aber im selben Jahr wurde der „Jensen-Plan“ ausgeheckt, der das an der neuen Flugschneise liegende Perlach als Neubaugebiet zur Behebung der Wohnungsnot vorsah. Der Bau der Trabantenstadt Neuperlach (60 000 Bewohner) wurde 1967 begonnen. Zigtausend Menschen wurden so Faustpfand zur Durchsetzung der Interessen an einem neuen Flughafen.

Das Gelände des Flughafens Riem ist von der Stadt München bereits als Gewerbegebiet und als Baugrund verplant. Es gehört Stadt, Land und Bund und würde nach Schließung des Flughafens mehr als zwei Mrd. DM bringen.

chen II zu erkämpfen. Daß die bayerische Staatsregierung ihren Plan von einem Großflughafen nicht aufgegeben hat, zeigt sich daran, daß sie einen Antrag, das eventuell nicht benötigte Land als Gewerbegebiet auszuweisen, ablehnte, um sich eine spätere Erweiterung offenzuhalten.

Darüberhinaus hat sich die Staatsregierung dafür ausgesprochen, bei der Überprüfung technischer Großprojekte wie Atomanlagen, Autobahnen, Flughäfen, Wasserbauprojekten sowie Raffinerien den Instanzenweg zu verkürzen. Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte, erste Instanz, soll demnach gleich an den Verwaltungsgerechtshof (entspricht dem Oberverwaltungsgericht in anderen Bundesländern) gehen, derzeit zweite Instanz, eine Berufung wäre dann nur noch beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin möglich. Die Staatsregierung will eine entsprechende Regelung auf Bundesebene anstreben.

Sich generell freie Hand bei der Planung ihrer Projekte zu schaffen, ist das Ziel der Staatsregierung. Die „Angst“ der Erdinger Bevölkerung, „übers Ohr gehauen zu werden“ (SPD-Gemeinderat Rehnen aus Neufahrn bei Erding), und von daher der Wille, keinesfalls auf gesetzliche Rechtsmittel gegen den Flughafen zu verzichten, ist vollkommen berechtigt.

Donaumoos Polizei erschießt Alfons Berger

Ingolstadt. „Ein Schuß im Kornfeld – das Ende vom Berger Alfons“ jubelt „Bild“ am 16.6. Es fehlt nur noch, daß die Überschrift mit Noten unterlegt ist. Wie ein rädiger Hund wurde A. Berger in der Nacht des 15.6. um 2 Uhr abgeknallt – von einem der 15 Polizisten des Sonderkommandos in kugelsicheren Westen, die sein angeblich leerstehendes Haus in Ludwigsmoos umstellten. Es war Notwehr, behauptet der Polizist, er habe sich bedroht gefühlt. A. Berger wurde erschossen, als er nach Proviantaufnahme das Haus seiner vierköpfigen Familie verließ. Er hatte ein Gewehr plus Waffenschein bei sich, und es war auch geladen. Aber es war fest im geschulterten Rucksack verstaubt.

Seit dem 23.5. machte die bayerische Polizei Jagd auf A. Berger und seinen Bruder Peter. Auch XY-Zimmermann beteiligte sich. In der Nacht des 23.5. lösten zwei Polizisten eine Sprengstoffexplosion aus, als sie einen per anonymem Anruf gemeldeten Unfallwagen öffneten. Zu Schaden kam niemand. Die Explosion wurde den Berger-Brüdern als Mordanschlag angelastet,

um angeblich dadurch und durch weitere Anschläge ihren in Straubing für 15 Jahre mit anschließender Sicherheitsverwahrung einsitzenden Bruder Theo freizupressen. Eine Belohnung von 10 000 DM wurde ausgesetzt und die Bevölkerung um Hilfe ersucht. Die Antwort: „Mir hab'n nix g'hört und überhaupt nix g'sehn!“



1969 nach dem ersten Ausbruch von T. Berger: Vor der Arrestzelle stehen die ganze Nacht Menschen und rufen ihm Grüße zu.

Die Staatsmacht ist im Donaumoos verhaßt und kann nicht auf Unterstützung bauen. Das ist Tradition. Das Donaumoos wurde Anfang des 19. Jahrhunderts durch zwangsangesiedelte Strafgefangene trockengelegt. Wenige Hektar Land hinter ihren Häusern, an kerzengeraden endlosen Straßen gelegen, das ist die kärgliche Existenzgrundlage der Moosbauern. Hartnäckig setzen sie sich gegen Flurbereinigung und damit verbundenen Landraub zur Wehr. Die Bergers sind eher beliebt als gefürchtet. Theo Berger, der wegen angeblich 119 Straftaten eingeloht wurde, ist für sie eher der „Robin Hood“ als der von der Polizei betitelte „Al Capone vom Donaumoos“. Als er im Frühsommer 1980 unter „bisher ungeklärten Umständen“ das „ausbruchsichere“ Gefängnis Straubing verließ, konnte die Polizei nicht auf Hilfe rechnen. Er wurde erst nach 100tägiger Hatz mehrerer Hundertschaften im Donaumoos in München gefaßt.

Die Erschießung von A. Berger sieht die Polizeidirektion so: Man hoffe, Peter Berger würde sich freiwillig stellen. „Wir wollen nicht schießen.“ Aber was sein muß, muß sein? 20 Stunden nach dem Tod seines Bruders wurde er in einer Münchner Kneipe verhaftet.

Die Witwe von Alfons Berger hat gegen die Polizei Strafantrag gestellt. Bevor und als ihr Mann sein Haus verließ, hatte sie im Garten erkundet, ob die Luft rein ist. Sie sagt, daß kein Polizist, wie angeblich behauptet, „Halt, stehenbleiben oder ich schieße!“ gerufen hat.

Hessen

SPD-Landesparteitag auf Regierungskurs

Frankfurt. Ministerpräsident Börner hatte diesen Sonderparteitag angesetzt, um die hessische SPD offiziell und öffentlich in allen Fragen auf Regierungskurs zu zwingen. Wenn er nicht die Zustimmung zum Bau von Biblis C und Kraftwerk Borken und der Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage und zum Ausbau des Frankfurter Flughafens und zum Bau der Sondermülldeponie Mainhausen und zum Braunkohleabbau im Landschaftsschutzgebiet Hoher Meißner und zum Bau der Ernstbachtalsperre erhalte, wenn nur eines dieser Vorhaben abgelehnt werde, werde er zurücktreten.

Gegen alle diese Projekte gibt es regionalen Widerstand, an dem sich z.T. Gliederungen der Gewerkschaften und der SPD beteiligen. Noch im Herbst 1980 hatte der südhessische SPD-Parteitag mit 80% für einen Aufschub des Baus der Startbahn West gestimmt.

Zu über 75% stimmte jetzt der Parteitag allen Vorhaben der Börner-Regierung zu und forderte überdies die SPD-Mitglieder auf, sich nicht am Volksbegehren gegen die Startbahn West zu beteiligen.

Die Reaktion hat diese neue Lage sofort genutzt:

Montag, 22.6.: Anhörungstermin Biblis: Versuch, die Öffentlichkeit total auszuschließen durch Verbot von Fernsehen und Hörfunkaufnahmen.

Dienstag, 23.6.: Innenminister Gries, gerade mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmer von einer Informationsreise zum Studium der gewaltsamen Durchsetzung des japanischen Flughafens Narita (sechs Tote) zurück, kündigt Räumung des Hütten dorfs gegen die Startbahn West an.

Mittwoch, 24.6.: CDU-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament gibt der



1500 demonstrierten am 27.6. gegen das Plutoniumlager in Hanau.

SPD „eine letzte Chance, zusammen mit der Union einen gemeinsamen Beschluß zu fassen in dieser Schicksalsfrage nicht nur der Region, sondern der ganzen Bundesrepublik.“

Donnerstag, 25.6.: CDU-Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Entscheidung der hessischen Landesregierung ...“ SPD-Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung hat zur Kenntnis zu nehmen, daß die hessische Landesregierung ...“

Freitag, 26.6.: Die Flughafen AG kündigt den Bau der Startbahn West für Jahresende an.

Teststrecke

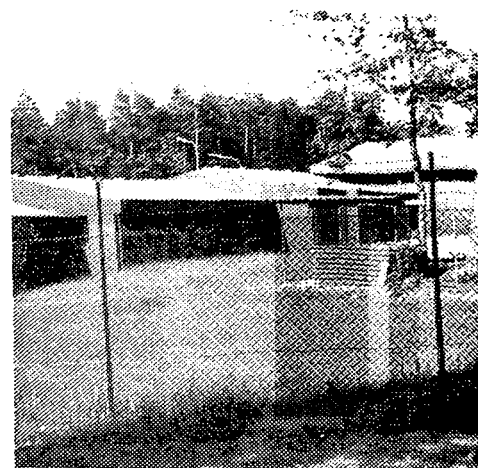
„Land und Natur nicht durch Geld ersetzbar“

Heilbronn. Eine sog. Ausgleichsabgabe von ca. 3,5 Mio. DM nach § 11 des bad.-württ. Naturschutzgesetzes soll die Daimler-Benz AG nach Festsetzung des Regierungspräsidiums Stuttgart – als höhere Naturschutzbehörde – an den Naturschutzfonds der Landesregierung bezahlen. Dies diene zur Finanzierung von „Ersatzmaßnahmen für den Landschaftsverbrauch durch das 200-Millionen-Projekt“ Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg (Main-Tauber-Kreis). Die Flächenbilanz der 614 dafür geplanten Hektar würde nach der Erstellung so aussehen: Prüfgelände 288 ha, davon 165 ha mit Beton befestigt, Landwirtschaft 212 ha, Forstwirtschaft 114 ha. Nach Auskunft des Stuttgarter Regierungsvizepräsidenten wurde die Ausgleichsabgabe so berechnet, daß „für die betonierete Fläche 80 Pfg./qm und für die nicht betonierete Fläche 50 Pfg./qm“ vorgesehen sind. Die Landesregierung war es aber gerade, die die direkte Zuweisung dieses Projekts nach Boxberg betrieben hat. Bereits 1977, vor der öffentlichen Bekanntgabe, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe zusammen mit Daimler-Benz gebildet.

Auf einer Fachtagung der höheren Beamten der Flurbereinigungsverwaltung Baden-Württemberg im September 1976 hat ein Referent unter dem Thema „Das bad.-württ. Naturschutzgesetz und seine Bedeutung für die Flurbereinigung“ zum „Verursacher- und Ausgleichsprinzip“ festgestellt, daß „es künftig ohne eine Ausgleichsabgabe nicht abgehen (wird), z.B. wenn bei sehr tiefen Wegeeinschnitten oder besonders steilen und dazu in harten geometrischen Formen ausgeführte Terrassen oder Böschungen schwere Wunden in der Landschaft verbleiben“. Im „landschaftspflegerischen Begleitplan“ heißt es zum Teststreckenprojekt: „... daß zweifellos der Gesamteindruck der betroffenen

Landschaft durch das Prüfgelände verändert wird, ... sich bei der Prüfstrecke die Landschaft der Trasse anpassen muß (tiefe Aufböschungen und Einschnitte)“ – bis zu 25 m tief. Bestes Ackerland (60% Vorrangflurstufe I, 35% Stufe II) soll in eine Betonwüste verwandelt werden.

Innerhalb des Ovalrundkurses (Gesamtlänge 10155 m) sind u.a. vorgesehen: Meßstrecken mit Wendeschleifen (Länge der Meßgeraden 3700 m), zwei Lenkkraftmeßplatten für LKW- und PKW-Versuche mit einem Radius von 50 m, zwei Rutschplatten mit Durchmesser von 208 bzw. 183 m zur Messung der Fahrzeughaftung, eine Fahrdynamik-Kreisplatte (Durchmesser 500 m) für höhere Kurvengeschwindigkeiten, Brems- und Geräuschmeßstrecken, eine Dauerlaufstrecke für Fahrzeugerprobung rund um die Uhr und ein Telemetrieturm. Die Bauzone (Werkstätten, Prüfstand, Verwaltungsgebäude) umfaßt 4,5 ha. Zur Sicherung soll das Gelände eingezäunt und eine Werkschutzstraße angelegt



Nutzung der Teststrecke für militärischen Flugbetrieb ist möglich – wenige hundert Meter entfernt liegt ein Nato-Tanklager

werden. Die Entfernung der Anlage zu den Boxberger Stadtteilen Windischbuch und Schwabhausen soll 600 bzw. 700 m betragen.

Daß selbst die Landesregierung nicht umhin kann, darin einen schwerwiegenden Eingriff in die Natur zu sehen, zeigt sich daran, daß in den letzten 5 1/2 Jahren bei 71 Ausgleichsverfahren in Baden-Württemberg insgesamt gerade 1,88 Mio. DM festgesetzt wurden und die Summe von 3,5 Mio. DM bundesweit die bisher höchste Ausgleichsabgabe darstellt.

Der Vorstand der Bundschuh-Genossenschaft hat in Leserbriefen an die Presse eindeutig erklärt, daß er sich vom Widerstand keinesfalls abbringen läßt, auch wenn die Ausgleichsabgabe als moralische Werbung für Daimler-Benz gedacht sei: „Land und Natur sind nicht durch Geld ersetzbar“.

Drogenabhängigkeit

Gericht urteilt: „Verinnerlichte kriminelle Intensität und Uneinsichtigkeit“

Baden-Württemberg. Der heute 26jährige KFZ-Mechaniker A. aus Staufen bei Freiburg verbrachte von den letzten sechs Jahren vier im Knast. Im Januar 75 kam er das erste Mal wegen Drogen in Untersuchungshaft. Er saß sechs Monate und bekam dann ein Urteil über 11 Monate Jugendstrafe.

Im Januar 77 wurde er erneut verhaftet. Das Schöffengericht verurteilte ihn im Juli zu zwei Jahren und sechs Monaten:

„Verinnerlichte kriminelle Intensität.“ „Der Angeklagte handelte in skrupellosem Gewinnstreben und beutete ohne Rücksicht auf schwerste psychische und physische Leiden die Not seiner ‚Abnehmer‘ aus... Erheblich fiel ins Gewicht, daß der Angeklagte sich seine letzte Verurteilung wegen gleicher Delikte nicht zur Warnung hat dienen lassen, sondern unmittelbar nach Beendigung des Verfahrens unbeeindruckt von der erlittenen Untersuchungshaft und der zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe wieder mit dem Heroinhandel angefangen hat. Das deutet auf eine bereits verinnerlichte kriminelle Intensität und Uneinsichtigkeit hin, die nur teilweise mit der eigenen Drogenabhängigkeit des Angeklagten erklärt werden kann.“

Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein wegen der „unangemessen niedrigen Strafe“, der Angeklagte, um Bewährung zu bekommen. Das Landgericht verwarf im Mai 78 – A. befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits 16 Monate in U-Haft – beide Berufungen. Strafverschärfend berücksichtigte es, daß „der Angeklagte sich die letzte Verurteilung nicht zur Warnung hat dienen lassen“, strafmildernd, daß er nach seiner Entlassung aus der Haft „lediglich physisch und kurzzeitig von der Droge abgekommen, sich in Wirklichkeit nicht hatte lösen können“, und daß er infolge Auftragsmangels seine Arbeitsstelle schnell wieder verlor. Schließlich werde der Angeklagte nunmehr „erstmal dem nachhaltigen Strafvollzug zugeführt“.

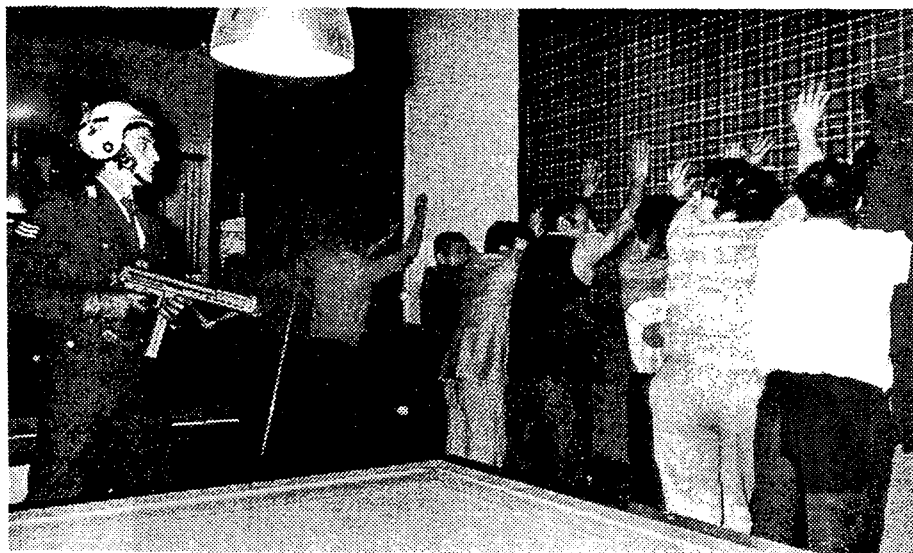
Der fand in der Vollzugsanstalt Rottenburg statt. A. mußte in der gefängniseigenen Montage 1200 Verschlussmagnete für Schranktüren täglich zusammensetzen. Der Antrag auf einen Schweißkurs wurde abgelehnt, da er bereits eine Ausbildung habe, mit derselben Begründung wurde ihm ein Platz in der Schule für die Mittlere Reife abgelehnt. A. litt unter starken Depressionen, Schlaflosigkeit und kam in

das Vollzugskrankenhaus auf dem Hohen Asperg.

Am 23.9.78 hatte A. zwei Drittel seiner Strafe verbüßt, in aller Regel der Zeitpunkt, zu dem die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Doch anders bei Drogenabhängigen. Sie haben nur eine Chance, wenn sie sich freiwillig in eine staatlich anerkannte Langzeittherapie begeben. A. meinte, er könne es auch anders schaffen. Mit einer Arbeitsstelle, eigenen Wohnung und Unterstützung von Freunden. Das Landgericht Tübingen lehnte im Oktober 78 Bewährung ab. A. habe sich bisher nicht dem Drogenmißbrauch entziehen wollen, und das habe sich nicht geändert. A., der wieder in der VZA Rottenburg war, blieb im Knast und sollte 200 mal am Tag Rohrteile mit Streben verschweißen. Da er zu langsam war, mußte er Metallplatten ab-

Drogenabhängige grundsätzlich nicht – war A. in einem äußerst schlechten Zustand. Das Zollamt schickte ihm einen Steuerbescheid wegen der unverzollten Einfuhr von Heroin über 3653 DM. Persönliche Schwierigkeiten mit seiner Freundin, auch drogenabhängig, kamen dazu. Im Winter 80 fing A. wieder an zu spritzen. Er hielt jetzt die schwere Arbeit in einem Plastik-Dreischichtbetrieb nicht durch und wurde gekündigt. Das Arbeitslosengeld reichte nicht, um das bis zu 500 DM/g teure Heroin zu kaufen. Er mußte wieder anfangen, selbst zu verkaufen. Das Drogendezernat beschattete seine Wohnung, doch eindeutige Beweise fehlten. Da entschloß man sich, „die Tat“ zu konstruieren.

4 Jahre wegen Drogenhandels:
Der V-Mann Klaus des LKA wurde auf



Rauschgiftfrazzia in Westberlin

schleifen, 60 Mark für übelste Knochenarbeit. Er verweigerte die Arbeit und mußte nun mit Bunker und Entzug der Freizeit rechnen. Da kam im März 79, vier Monate vor Entlassung der Beschluß des OLG Stuttgart, das die Reststrafe zur Bewährung aussetzte unter der Auflage, daß er sich sofort einer stationären Therapie im Psychiatrischen Landeskrankenhaus Reichenau unterziehe. A. ging raus, aber nicht in das PLK, weil er nicht noch ein Jahr Knast in der Therapie machen wollte. Er unterzog sich „freiwillig“ regelmäßigen Urinproben und konnte deshalb draußen bleiben.

Nach 26 Monaten Knast ohne ein einziges Mal Ausgang – das gibt es für

A. angesetzt. Doch nicht direkt. Zunächst schickte man den Untersuchungsgefangenen G. zu A., gegen dessen Freilassung die Kripo plötzlich keine Bedenken mehr hatte. Dieser hatte von einem Mitgefangenen in der Zelle genug von A. erfahren, um bei diesem einen ehrlichen Eindruck zu machen. Und er strengte sich an, war ihm doch von der Kripo versprochen worden, je größer das Geschäft, umso höher die Belohnung. Und er war damals in großen Geldschwierigkeiten. A. und seine Freundin sagten ihm, er solle die Finger vom Heroin-Geschäft lassen. Doch G. blieb hartnäckig und nutzte aus, daß A. wie seine Freundin auf dem Trockenen saßen.

Therapie statt Strafe?

Im neuen Betäubungsmittelgesetz ist ein ausgefeiltes Instrumentarium entwickelt, mit dem „bei abhängigen kleinen und mittleren Rauschgifttättern“ von *Strafvollstreckung* abgesehen werden kann, wenn sie sich der „Behandlung in einer staatlich anerkannten Einrichtung“ unterziehen, in der „die freie Gestaltung der Lebensführung erheblichen Beschränkungen unterliegt.“ (§ 36). Über das Abhängigmachen von Straferlassen von der Unterwerfung unter eine *solche* Behandlung hinaus, ist der Zwang für den Drogenabhängigen dazu auch dadurch gesichert, daß durch Innenministererlasse nur solche Therapien staatliche Unterstützung erhalten und daß über die „Empfehlungsvereinbarung“ sämtlicher Kranken- und Rentenversicherungen vom 20.11.1978 nur für solche Therapien die Versicherung zahlt. Was da unter dem wohlklingenden Motto „Therapie statt Strafe“ betrieben wird, dient ganz unverhohlen der Beseitigung „abweichenden Verhaltens“, wofür der Drogenkonsum nur ein „psychisches Notsignal“ sei (Bundesfamilienministerium, 16.1.-1980). Von 1979 1220 Plätzen in 50 Einrichtungen soll die Zahl von Langzeittherapieplätzen jetzt noch erheblich gesteigert werden. Nachfolgend Auszüge aus Therapiebeschreibungen von anerkannten stationären Einrichtungen:

Prop-Alternative e.V. München, Reha-Zentrum Aiglsdorf: „Punktesystem: Die aktive Beteiligung bei der Arbeit und Verhaltensweisen wie Pünktlichkeit, sorgfältiges Arbeiten und Durchhalten bei vereinbarten Arbeiten“ (8 Stunden Arbeitszeit) „werden mit Punkten belohnt. Diese Punkte können eingetauscht werden in ‚Belohnungen‘, die jeder sich aus einer Liste auswählen kann: z.B. Lehrbücher, Material zum Fotografieren, einen Ausflug machen. Es gibt dieses Punktesystem, weil damit noch am ehesten eine Annäherung an die spätere Arbeitssituation erreicht und weil es helfen kann, allgemein Selbstkontrolle zu lernen, d.h. die Fähigkeit, einen momentan vielleicht weniger angenehmen Zustand zu Gunsten eines späteren angenehmeren zu ertragen. Eine bestimmte Punktezahl in der Woche kann nicht in Belohnung eingetauscht werden, sondern ist Bedingung für den Aufenthalt in Aiglsdorf. Wer diese Punkte zwei Wochen hintereinander oder

insgesamt vier Wochen während des Gesamtaufenthaltes nicht erreicht, muß das Haus wegen mangelnder Mitarbeit verlassen.“

Fachklinik Four Steps, Schorn-dorf: „Die Gemeinschaft setzt, kontrolliert und verändert Gruppennormen, entscheidet über Anträge auf Hochstufung“ (im Rahmen eines Vierstufenmodells), „beschließt über Sanktionen (z.B. Verträge zur Verhaltenskontrolle, Belastungsprobe, Rückstufung oder Entlassung bei gravierendem Fehlverhalten)... Die erste einschneidende Erfahrung eines neu aufgenommenen Klienten ist, daß Arbeit Bedingung für die Teilnahme am Leben der Gemeinschaft ist... Die ersten industriellen Arbeitserfahrungen“ (ab der 4. Woche in der II. Phase) „haben sich als sehr wertvoll erwiesen, die Wiedereingliederung zu beschleunigen... Hier erfahren die Klienten, daß sie auf der untersten Sprosse der gesellschaftlichen Hierarchie neu beginnen müssen...“

Drogenhilfe Tübingen e.V. (mit 160 Plätzen in drei Zentren eine der größten Einrichtungen), **Zentrum I:** „Dinge, die grundsätzlich verboten sind: Drogen jeglicher Art in und außerhalb des Hauses; Gewalt anwenden oder sie androhen; Unehrllichkeit; Kontakt zur Scene; Szeneklamotten, Schmuck, lange Haare, Musik... Ankunft: Gründliches körperliches Filzen, danach werden Deine Haare geschnitten. Dein Reisegepäck wird innerhalb von drei Tagen gefilzt und Dir dann ausgehändigt. Du mußt vor 10 Uhr im Haus sein und mehrere Stunden allein im Aufnahmezimmer sitzen. Du darfst das Zimmer nicht verlassen, außer wenn Du zur Toilette mußt... Wenn Du zu spät kommst, ist es möglich, daß Du die Nacht im Aufnahmezimmer schlafen mußt und erst am nächsten Tag Dein Aufnahmegespräch stattfindet... Nach der Aufnahme: An dem organisierten Arbeits- und Freizeitprogramm mußt Du teilnehmen. Dreimal in der Woche finden Gruppengespräche statt. In den ersten drei Monaten darfst Du keinen Kontakt zu Deinen Eltern und Bekannten haben. Nach drei Monaten entscheidet die Gruppe, ob, wann und wen Du als Besuch empfangen kannst. Nach sechs Monaten entscheidet die Gruppe, ob Du eine Zweierbeziehung haben darfst.“

So kam es zum Gespräch mit dem V-Mann Klaus, den G. als seinen Freund einführte. Klaus wollte unbedingt 100 Gramm Heroin kaufen und versprach sofortige Bezahlung. A. hatte zu diesem Zeitpunkt überhaupt nichts, Klaus gab später vor Gericht sogar an, er habe bei dessen Freundin deutliche Entzugserscheinungen festgestellt. Doch A. lehnte das offerierte Geschäft nicht gleich ab, weil er die Möglichkeit sah, durch Vorkasse an Geld und dadurch selbst wieder an Heroin zu kommen. Das genügte, um ihn wegen „Handeltreibens“ mit einer „nicht geringen Menge“ verurteilen zu können. Das Landgericht ließ sich das Gespräch von Klaus unter Ausschluß der Öffentlichkeit und des Angeklagten bestätigen. Es verurteilte A. wegen Eigenkonsums, nachgewiesener Abgabe von rund 10 Gramm Heroin und dem Handeltreiben mit Klaus zu vier Jahren.

A. will jetzt im Knast den Hauptschulabschluß nachholen. Die einzige Möglichkeit, vor Endstrafe aus dem



Therapie-Aufnahmebefragung

Knast zu kommen, ist eine Therapie-stelle. Doch A. möchte nicht, daß seine Persönlichkeit in der Therapie noch mehr zerstört wird, als sie schon ist. Der Richter hat ihm das Help center, Zentrum christlicher Lebenshilfe für junge Menschen, empfohlen. Bei Urteilsverkündung meinte das Gericht, dafür sei es jetzt noch zu früh, erst müsse im Knast der primäre Leidensdruck kommen. Das meinte auch der Gutachter: „Es ist davon auszugehen, daß erst, wenn aus dem sekundären Leidensdruck der Situation ein primärer Leidensdruck infolge der persönlichen Fehlentwicklung geworden ist, eine Psychotherapie Erfolgsaussichten bietet.“ Das Help center hat A. geschrieben, er solle sich wieder melden, wenn ein Entlassungstermin in Aussicht sei. „Für Ihren Aufenthalt im Gefängnis wünschen wir Ihnen ganz viel Kraft und daß Jesus Ihnen begegnet.“

Der Opiumhandel mit China

Ursache des „Aufkommens und das Umsichgreifen dieses staunenswerten Handels, der in den Annalen der Menschheit einzig dasteht“ (Karl Marx), war die Politik der englischen Kolonialregierung in Indien, Opium in großem Maßstab nach China zu exportieren, um die Handelsbilanz zu ihren Gunsten zu ändern. Sie garantierte der (englischen) Ostindischen Handelskompanie das Monopol des Handels mit indischem Opium und das Recht, als einzige Opium zu verarbeiten. Sie zwang die indischen Bauern, Mohn anzubauen und errichtete in Kalkutta Fabriken, die die Opiummischungen herstellten. Dort wurde es auf staatlichen Auktionen versteigert und ge-

langte durch Schmuggler nach China. Betrug Chinas Opiumimporte aus Indien zu Heilzwecken 1767 kaum 200 Kisten, waren es 1837 schon 39000 und Ende des 19. Jahrhunderts 100000. 1835 schätzte man bereits zwei Millionen Süchtige, 50 Jahre später bereits 25 Millionen.

Mit der Entwicklung vom Waren- zum Kapitalexport Anfang des 20. Jahrhunderts, der Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung in den Kolonien selbst, mußte der „Vergiftung ganzer Reiche“ (Karl Marx) Grenzen gesetzt werden, um die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die imperialistischen Staaten nicht zu gefährden.

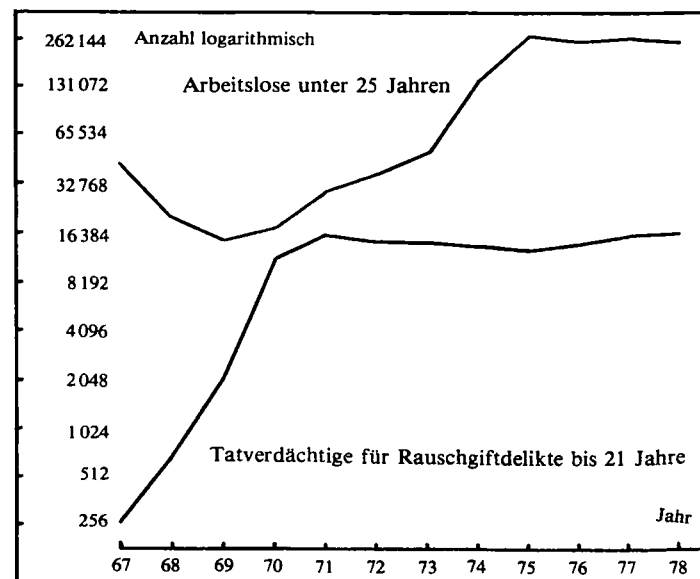
Gesetzgebung

23.1.1912 Haager Opiumabkommen. 12 Regierungen vereinbarten erstmals Kontrolle und Beschränkung des Handels mit Opium, Kokain und ihren Verarbeitungen (u.a. Morphin und Heroin). Möglichkeiten der Strafbarkeit sollen lediglich „geprüft“ werden (Art. 20).

30.12.1920 Gesetz zur Ausführung des Opiumabkommens. Handels- und Produktionskontrollen durch das Reichsgesundheitsamt, Gefängnis bis

zu sechs Monaten für unerlaubten Handel und Herstellung.

10.12.1929 Das Opiumgesetz wird aufgrund der Ratifizierung des internationalen Opiumabkommens von 1925 verabschiedet. Ausführliche Kontrollbestimmungen, auch der Indische Hanf (Haschisch-Rohstoff) wird erfaßt. Strafmaß jetzt bis zu drei Jahren. Das Gesetz gilt bis 1971. Geringe Strafverfolgung (1929 ff. nicht erfaßt, 1952 nur 324 Abgeurteilte).



Das steile Ansteigen der „Tatverdächtigen“ wegen Rauschgiftdelikten Ende der 60er Jahre muß in Zusammenhang mit der Schüler- und Studentenbewegung gesehen werden. Als Ausdruck des Protestes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und Mittel zur „Bewußtseinsweiterung“ wurde Haschisch genommen. Der Staatsapparat reagierte mit

Kriminalisierung, um die Bewegung zu isolieren und zu zerschlagen. Seit Anfang der 70er Jahre sind es v.a. Schüler von Haupt- und Berufsschulen, die Drogen konsumieren, im wesentlichen Heroin. Ursache ist die elende Lage der Jugendlichen, wovon die Jugend Arbeitslosigkeit ein Bestandteil ist.

11.11.1970 Vorstoß der CDU für neues Gesetz: Strafe „in schweren Fällen“ drei bis zehn Jahre. **Aktionsprogramm der Bundesregierung** u.a. mit lancierten Zeitungsartikeln „Haschisch ist doch gefährlich“.

25.2.1971 Gesetzesentwurf der Bundesregierung, u.a. mit Strafe von ein bis zehn Jahren für „besonders schwere Fälle“. Angesichts der Steigerung der Rauschgiftkriminalität (1968-69 = 151,8%, 1969-70 = 238%) ginge es darum, „die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft nicht gefährden zu lassen“. Daß es dabei nicht um die vielbeschworene „Volksundheit“, sondern um Vernutzbarkeit der Arbeitskräfte im arbeitsfähigen Alter geht, zeigt sich an der Rechtfertigung der Verfolgung von Haschisch im Unterschied zu Alkohol: „Der Hinweis auf die gleichen schädlichen Auswirkungen des Alkoholkonsums ist kein Argument. Die auf Alkohol beruhende Trunksucht tritt meist erst in einem fortgeschrittenerem Alter auf und es bedarf ungleich größerer Mengen, diese Schwelle zu erreichen.“

10.2.1972 neues Betäubungsmittelgesetz. Erstmals Strafbarkeit des bloßen Btm-Besitzes, d.h. nicht nur die Fremdschädigung, sondern schon die mögliche Selbstschädigung soll bestraft werden. Für schwere Fälle Strafe von ein bis zehn Jahren. Erstmals gesonderte Erfassung nur als Ordnungswidrigkeit für Verstöße, wie sie von Betäubungsmittel verarbeitenden Firmen begangen werden. Umfassender Katalog der erlaubnispflichtigen Betäubungsmittel.

Ab 1972 massiver Ausbau des Polizeiapparates: Arbeitsgruppe „Rauschgift“ beim BKA, 65 Sondertruppen mit 550 Beamten für Grenzkontrollen, 200 Zoll-Rauschgiftfahnder, 240 Spürhunde, Entsendung von Beamten in die Herkunftsländer zur „Beratung“.

Zahl der Abgeurteilten steigt von 1975 8792 auf 1978 12139.

13.10.1975 und 23.10.1979 erneute Vorstöße von Bundesrat und CDU/CSU mit dem Ziel der Schaffung eines selbständigen Verbrechenstatbestandes mit Strafe zwischen drei und 15 Jahren zwecks „abschreckender Wirkung“. Jeder Drogenkonsument „trägt zur sozialen Destruktion unserer Gesellschaft bei“. Ein „entsprechend langer Strafvollzug unter ärztlicher und psychologischer Betreuung (sei) in besonderer Weise geeignet, den straffällig gewordenen Drogenkonsumenten zu resozialisieren“. Noch 1975 lehnt die Bundesregierung eine Verschärfung ab.

26.5.1981 das neue Betäubungsmittelgesetz auf der Grundlage eines SPD/FDP-Entwurfes, verschärft im zuständigen Ausschuß entsprechend den CDU-Forderungen, wird vom Bundestag verabschiedet. Am 26.6.81 wird es auch vom Bundesrat gebilligt und tritt am 1.1.1982 in Kraft.

Erhöhung des Strafmaßes von drei auf vier Jahre für den einfachen Verstoß, darunter jetzt auch „Bereitstellung von Geldmitteln“ und „Verleiten zum Verbrauch von Btm“ (z.B. im Privatgespräch), für schwere Fälle (Normalfall des gleichzeitig dealenden Konsumenten) Strafe bis 15 Jahre (§ 29). Neuer Verbrechenstatbestand mit Strafe zwischen zwei und 15 Jahren. Milderung oder Absehen von Strafe bei „freiwilliger Offenbarung“ über Taten anderer (§ 31). Möglichkeiten der Zurückstellung der Strafe, Anrechnung oder Strafaussetzung bei Behandlung des Drogenabhängigen in einer „staatlich anerkannten Einrichtung“ (§§ 35-38). Ein vielfältiges Instrumentarium zur Unterdrückung, Spaltung und Gehirnwäsche ist entwickelt.

Griechenland bricht Verhandlungen ab

Griechenland brach in der vorletzten Woche die Verhandlungen mit den USA über die Verlängerung des Stützpunktabkommens ab. Die USA weigerten sich, die griechischen Bedingungen anzuerkennen. Griechenland fordert u.a., daß die (griechischen) Kommandanten der Militärstützpunkte Zugang zu allen Räumen des Geländes haben müssen, einschließlich der Codier-Räume.

Das lehnen die USA ab, ebenso die Forderung, vier Frühwarn-Radarflugzeuge vom Typ Grumman Hawk-Eye zu liefern. Sie hätten bereits für die nächsten fünf Jahre militärische Güter für 150 Mio. \$ zugesagt, erklärten die Unterhändler, deshalb könnten nur ein Expertenteam zur Untersuchung des Bedarfs für ein Frühwarnsystem sowie einige weitere F-4 Phantoms zugesagt werden. Schließlich weigerten sie sich auch, eine Klausel im Abkommen zu unterschreiben, nach der die USA das „türkisch-griechische Gleichgewicht der Kräfte“ respektieren würden. – Die US-Imperialisten unterhalten in Griechenland die Hauptstützpunkte der Mittelmeerflotte sowie Luft- und Nachrichtenbasen. Die sozialistische Oppositionspartei

Hu Yaobang Vorsitzender der KP Chinas

Auf seiner gerade zu Ende gegangenen Plenartagung hat das ZK der KPCh den Rücktritt des seit dem Tode Mao Zedongs amtierenden Parteivorsitzenden Hua Guofeng entgegengenommen und den bisherigen KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Gleichzeitig hat das ZK ein Dokument zur Bewertung der Politik Mao Zedongs beschlossen, das ihm schwere Fehler im Großen Sprung 1958–60 und in der Kulturrevolution anlastet. (Näheres dazu in einer der nächsten Ausgaben der Pol. Ber.) Schon im Dezember 1980



hatte das ZK beide Punkte behandelt, ohne aber zu einer Einigung zu gelangen. Damals sollen sich neben Hua Guofeng vor allem ZK-Mitglieder aus dem Führungsstab der Armee dem Amtswechsel und der

Kritik an Mao Zedong widersetzt haben. In der chinesischen Presse ist der Amtswechsel mit einer Kritik an Hua Guofeng wegen Personenkults und Fehlern in der Wirtschaftspolitik verbreitet worden; er habe u.a. die fehlgeschlagenen Großinvestitionen der letzten Jahre zu verantworten. Der Grund für den Amtswechsel dürfte allerdings darin liegen, daß Hua verschiedentlich für die Fortsetzung des von Mao Zedong und Zhou Enlai entwickelten Aufbaukonzepts eintrat. – Das läßt sich von seinem Nachfolger Hu Yaobang nicht sagen, der über die Kulturrevolution feststellte: „Nichts war richtig oder positiv in jenen zehn Jahren.“

unter Papandreou fordert die Auflösung der Stützpunkte. Im Herbst finden Neuwahlen statt.

Ägypten: US-Truppen nach Sinai

Mindestens ein Bataillon US-Truppen mit 800 Soldaten wird ab April 82, nach Abzug der israelischen Besatzungstruppen, im Rahmen des Camp David-Abkommens auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel stationiert. Ägypten mußte in der letzten Woche den US-Erpressungen nachgeben,

nachdem keine Aussicht mehr auf die Entsendung von UN-Truppen bestand, weil die meisten UNO-Mitglieder das Abkommen ablehnen. Die „multilaterale Friedensstruppe“ unter US-Kommando soll auf 2000 bis 3000 Mann verstärkt werden; die USA rechnen auf Beteiligung von Norwegen, Schweden, Irland, Australien. Die Reagan-Regierung erwägt, das US-„Friedens“bataillon auf Sinai zum Kern ihrer Eingreiftruppe für den Nahen Osten zu machen. Bislang hatte Ägypten fremde Stützpunktrechte auf Sinai abgelehnt.

Jamaica: Nach US-Erpressung SU-Raub

Für 5 Mio. \$ unter Weltmarktpreis mußte Jamaica 1980 100000 t Alumina (Aluminiumrohstoff) an die SU verkaufen, wie die Regierung von Jamaica mitteilte. Die SU konnte Jamaica in einem Vierjahresvertrag diese Bedingungen aufzwingen, weil die US-Aluminiumkonzerne – bisher Hauptabnehmer – ihre Bezüge drastisch gekürzt hatten, um eine Änderung der unabhängigen Wirtschaftspolitik und einen Regierungswechsel zu erzwingen. Der fand dann auch im Frühjahr statt. Die neue Regierung Seaga hat inzwischen mit der SU eine Erhöhung des Alumina-Preises um über 20% ausgehandelt.

US-Bergwerke: Montagearbeiter streiken weiter

Nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks der UMW, United Mine Workers, am 6.6., in dem ein besserer Tarifvertrag erzwungen werden konnte (s. Pol. Ber. 13/81; Bild: UMW-Gewerkschaftsführer Church), haben 11000 UMW-Montagearbeiter, die in den Bergwerken beschäftigt sind, den Streik fortgesetzt. Das hatte zur Folge, daß 40000 bis 50000 Bergarbeiter, die sich gleich am ersten Arbeitstag nach dem

Streik das tariflich vereinbarte Antrittsgeld von 150 Dollar abgeholt haben, nicht anfangen konnten zu arbeiten. 180 Bergwerke werden bestreikt, vor allem in West Virginia, Alabama und Illinois; der größte Konzern, die Consolidation Coal, hat 50% Produktionsausfall. Ein loaker UMW-Montagearbeiterführer sagte: Die Bergarbeiter stehen „zu 100% hinter uns“. Gestreikt wird gegen den Versuch der

Kapitalisten, den Arbeitsplatzschutz zu beseitigen. Danach müssen die Kapitalisten zuerst die arbeitslosen UMW-Montagearbeiter nach der Länge deren Arbeitslosigkeit berücksichtigen; sie wollen durchsetzen, daß sie jederzeit Montagearbeiter von Firmen, deren Arbeiter nicht der UMW angeschlossen sind, beschäftigen können. Den Arbeitern geht es auch darum, das Recht zu erkämpfen, daß ihre lokalen Gewerkschaftsführer ebenso wie die UMW-Bergarbeiterführer direkt mit den Bergwerkskapitalisten verhandeln können. Schon 1978 haben die Montagearbeiter die Taktik eingeschlagen, ihren Streik nach dem Ende des Bergarbeiterstreiks fortzusetzen, was dessen Schlagkraft ungemein erhöht. Deshalb hatte sich damals der Streik für die Hälfte der Bergarbeiter praktisch um eine Woche verlängert. –

Über die Ergebnisse des Streiks lagen bis Redaktionsschluß keine Angaben vor.

Zinnabkommen geschlossen

Nach drei Wochen Verhandlungen verabschiedete die UN-Zinnkonferenz am 26.6. den Entwurf eines neuen Zinnabkommens, das das im Juni 1982 auslaufende Abkommen ersetzen soll. Aber die USA, der größte Zinnimporteur, unterschrieben nicht und konnten Bolivien, den drittgrößten Produzenten, dazu bringen, ebenfalls nicht zu unterschreiben. Die Unterstützung durch die EG-Länder ist fraglich, weil die BRD und Großbritannien gegen den Entwurf sind. Die USA wollen das Abkommen platzen lassen, seit Jahren schon unterminieren sie das bestehende Zinnabkommen durch Verkäufe aus ihrer strategischen Reserve von 200000 t, ca. eine Jahresproduktion.



Die BRD muß endlich die UNO-Beschlüsse zu Namibia einhalten!

Schmidt warf sich in die Pose des Ent-rüsteten, um mit seiner dreisten Ver-drehung durchzukommen: „Über-haupt kann keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung der Südafri-kanischen Republik Waffen liefert, weder konventionelle noch nukleare. Und es tut mir sehr leid, daß ich dies hier in Deutschland hören muß“. Die unpatriotische Anklage auf dem Evan-gelischen Kirchentag hatte gelautes, daß die Bundesrepublik das Rassisten-regime in Südafrika aufrüstet und damit dessen Besetzung Namibias und Aggressionen gegen Angola unterstützt.

Offizielle Militärhilfe der Bundesre-gierung für das Rassistenregime gibt es in der Tat nicht. Denn das umfangrei-che Waffengeschäft der BRD-Imperia-listen mit Südafrika wird entweder di-rekt über die im Lande tätigen Filialen der BRD-Monopole abgewickelt oder über Drittländer oder im Rahmen der NATO. Daneben deklarieren die Rü-stungskonzerne militärische Ausrü-stung als Zivilgüter. Jedenfalls ist die Liste der BRD-Verletzungen von UNO-Beschlüssen, die Waffenliefe-rungen an Südafrika untersagen, lang. Einige Beispiele:

- Lieferungen von Transall-Militär-transportern und Milan-Panzerab-

(Operationsgebiet der Befreiungsorga-nisation SWAPO): Lieferung der Elek-tronik großteils durch AEG;

- Luft-, Wasser- und Unterwasser-Aufklärungsstationen in Walfish-Bay (Namibia), Simonstown (Kapstadt) und Durban, die in das weltweite NATO-Überwachungssystem einbezo-gen sind, u.a. von Siemens und AEG gebaut;

- Lieferung von Militärfahrzeugen durch Daimler-Benz, MAN und Magi-rus. Die Bundesregierung genehmigte deren Export als „Zivilgüter“. Panzer-wagenproduktion durch die südafrika-nische Thyssen-Beteiligung Sandock.

- Hoechst-Südafrika lieferte nach SWAPO-Angaben Entlaubungsmittel, mit denen die Besatzungstruppen in Namibia freies Schußfeld schaffen.

- Umfassende Förderung der ato-maren Aufrüstung des Rassistenregi-mes durch Bundesinstitute, BRD-Staatskonzerne etc. (s. Pol. Ber. 7/81)

Die Unterstützung der BRD für die Aggressionspolitik des Rassistenregi-mes und dessen illegale Besetzung Na-mibias geht über Waffengeschäfte und technologische Zusammenarbeit noch hinaus: Mit Sicherheit sind die fast 10000 Siedler mit BRD- oder doppelter



SWAPO-Befreiungskämpfer bei der Waffenausbildung. Die Bundesregierung er-kennt die SWAPO nicht als alleinige Vertreterin des namibischen Volkes an.

wehrraketen, westdeutsch-französische Koproduktionen, über Frankreich;

- Verkauf einer Munitionsfabrik durch Rheinmetall (Düsseldorf) nach Paraguay, die von dort nach Südafrika verschifft wird;

- Luftwaffenstützpunkt Grootfontein (Namibia) und Land-Luft-Kon-trollsystem „Drumpe“ an der angolanisch-namibischen Grenze

Staatsangehörigkeit personell an der Unterdrückung des namibischen Be-freiungskampfes beteiligt.

Über die insgesamt ca. 23000 deutschstämmigen Siedler, ein Viertel der Weißen in Namibia, haben sich die BRD-Imperialisten bestimmenden Ein-fluß auf die Siedlerparteien gesichert. Z.B. ist die Turnhallen-Allianz, die als rassistische Siedlerpartei eine neokolo-

niale Namibia-Lösung verfehlt, über vielfältige Kanäle mit der CDU/CSU und FDP verbunden und durch Finan-ziers aus der BRD aufgepäppelt wor-den. Vertreter dieser Partei sind häufig zum Rapport ins Auswärtige Amt be-stellt. Ziel der BRD-Imperialisten ist eine gesicherte westdeutsche Einfluß-sphäre im südlichen Afrika über ein formell unabhängiges Namibia. Des-wegen hat die BRD zusammen mit den anderen Mächten der Kontaktgruppe (GB, Frankreich, Kanada, USA) die Verwirklichung der UNO-Resolution 435, die einen sofortigen Waffenstill-stand und freie Wahlen unter UNO-Aufsicht vorsah, sabotiert, und ver-langt jetzt „Verfassungsvereinbarun-gen“ (Kommunique der westlichen Fünf vom 4.5.81), die die Siedlerherr-schaft in Namibia garantieren sollen.

Als „besten Beweis für das ausländi-sche Vertrauen in die Zukunft dieses Landes“ feiert das Windhoeker Sied-lerblatt „Allgemeine Zeitung“ den jüngsten Erwerb der Mehrheit der na-mibischen Swabank durch die Dresd-ner Bank und sieht eine neue Welle westdeutscher Kapitalinvestitionen voraus. Entgegen UNO-Beschlüssen, die den Raub namibischer Bodenschät-ze untersagen, bezieht die BRD 30% ihres Uranbedarfs aus Namibia, groß-teils aus der Rössing-Mine, an der die Urangesellschaft (im Besitz von Veba, Steag und Metallgesellschaft) beteiligt ist. Die Metallgesellschaft und die Ota-vi Minen AG fördern aus eigenen na-mibischen Gruben andere strategisch wichtige Metalle.

Die Bundesregierung muß endlich die UNO-Beschlüsse zu Namibia ein-halten, wie die OAU-Gipfelkonferenz am 27.6. gefordert hat.

Zur militärischen Zusammenarbeit BRD-Südafri-ka: „Antwort auf ein Dementi der Bundesregie-rung ...“, hrsg. von der Anti-Apartheid-Beweg-ung, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1.

Streiks in Marokko

Militär schafft Hassan nur kurzfristig Luft

Unerlaubte Demonstrationen, Angriff auf öffentliches und privates Eigen-tum, Gewalt gegen Staatsbeamte, Be-leidigung des Staatsoberhauptes – mit dieser Anklage eröffnete der Staatsan-walt am 26.6. in Casablanca den ersten Prozeß gegen Teilnehmer des General-streiks gegen Preiserhöhungen vom 20.6. 200 Arbeiter und Bauern sollen insgesamt angeklagt werden, darunter jedoch keiner der ca. 30 verhafteten Funktionäre des „Demokratischen Ge-werkschaftsbundes der Arbeit“ (CDT).

Tausende von Einwohnern des Indu-striezentrums Casablanca und der Pro-

vinz Oujda im Westen des Landes hatten Anfang Juli erstmalig mit Streiks und Demonstrationen gegen bis zu 85%ige Preiserhöhungen bei den Grundnahrungsmitteln Zucker, Öl, Mehl, Milch und Butter protestiert. Die Gewerkschaft CDT hielt im ganzen Land Versammlungen ab und forderte die Rücknahme der Entscheidung. Als die Regierung jedoch nur eine 50%ige Ermäßigung des dekretierten Preisanstiegs zugestand, wurde der Generalstreik für den 20.6. beschlossen und durchgeführt. In Casablanca ließ die Regierung Militär gegen die Streikenden marschieren, die Arbeiter und Bauern antworteten mit Gegenangriffen auf Luxusvillenviertel der marokkanischen und ausländischen Bourgeois. In eintägigen Kämpfen konnte die Armee den Streik unter Panzereinsatz brechen, 200 Streikende wurden getötet, weit über tausend verletzt, Führer der CDT und der Sozialistischen Partei (USFP) verhaftet.

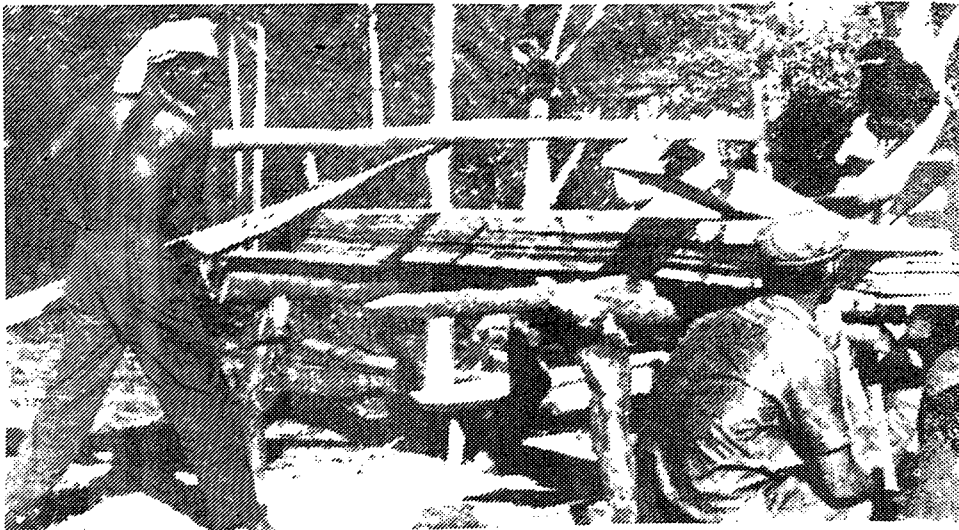
Die schmale Klasse der marokkanischen Bourgeois und Hassan II mußten sich in diesen Tagen an den März 1965 erinnern fühlen. Damals konnten sie erst in wochenlangen Kämpfen und mit Hilfe des Ausnahmezustands eine von Mehdi Ben Barka geführte Volksbewegung für Landreform, Ausrichtung der Landwirtschaft auf Selbstversorgung und Aufbau einer nationalen Industrie niederschlagen. Von denen, die damals im Schnitt zwei ha elenden Bodens besaßen und sich gegen 1/5 der Ernte zur Fron bei v.a. französischen Großgrundbesitzern verdingen mußten, leben heute Zehntausende entwurzelt in den Barackenvororten Casabancas und Rabats. 7 der 20 Mio. Einwohner unterschreiten laut Weltbank die absolute Armutsgrenze. Während die Landwirtschaft mit über 50% der Erwerbstätigen aufgrund der einseitigen Exportausrichtung die Nahrungsmittelversorgung des Landes überhaupt nicht sichern kann, wurden Rohstofflager und Industrie in den letzten Jahren den Imperialisten mit günstigen Investitionsförderungsgesetzen geöffnet (s. Pol. Ber. 1/81). Die Auslandsschulden stiegen von 2 Mrd. \$ 1975 auf 7 Mrd. heute; allein der Schuldendienst verschlang im letzten Jahr 20% der Exporteinnahmen.

Die Imperialisten, voran Frankreich, USA und die BRD, haben Hassans ungerechten Krieg gegen das saharauische Volk und die daraus resultierenden Militärausgaben zum Anziehen der Kreditschlinge nutzen können. Wenn er soeben auf der OAU-Konferenz die Möglichkeit des Selbstbestimmungsrechtes für die Saharais angedeutet hat, kann das der Einheit Afrikas gegen die Imperialisten nur nützen. Die Hoffnung, dadurch die überfälligen sozialen Umwälzungen zu verhindern, wird sich wohl als trügerisch erweisen.

ASEAN

Am 13.7. internationale Kampuchea-Konferenz

Am 17. Juni traten die Außenminister der ASEAN-Staaten zu ihrer zweitägigen Konferenz zusammen, auf der sie über die Durchführung der von ihnen geforderten internationalen Konferenz berieten, die zum Abzug der vietnamesischen und aller fremden Truppen aus Kampuchea führen soll. UN-Generalsekretär Waldheim hat diese Konferenz für den 13. Juli 1981 einberufen.



Handwerker in den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten

Die ASEAN-Staaten wollen zur Verwirklichung ihres Plans für eine politische Lösung als erste Schritte durchsetzen: die Entsendung von UNO-Truppen, den Rückzug der vietnamesischen Okkupationsarmee, die Entwaffnung der am Kampf beteiligten kampucheanischen Parteien.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat erklärt, daß sie und das kampucheanische Volk den Standpunkt, den die Außenminister der ASEAN-Staaten einnehmen, begrüßen und unterstützen. Nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen würden freie und direkte allgemeine Wahlen in geheimer Abstimmung unter Aufsicht der UNO stattfinden, so daß das kampucheanische Volk ohne Druck von außen seine Probleme selber lösen könne. Das Demokratische Kampuchea hat dem Teil des Planes, der die Entwaffnung seiner Streitkräfte vorsieht, nicht zugestimmt.

Um den Plan der ASEAN-Staaten zunichte zu machen, hatte die vietnamesische Regierung eine nur regionale Konferenz der ASEAN-Staaten und der drei Länder Indochinas propagiert. Dieser Schachzug hat nicht zu der beabsichtigten Spaltung geführt und wurde einhellig abgelehnt. Vietnam wei-

gert sich nach wie vor, sich an der internationalen Konferenz zu beteiligen. Außer der UdSSR und Vietnam hat jetzt auch die indische Regierung erklärt, sie werde nicht teilnehmen, da sie eine „konstruktive“ Lösung wünsche. Damit zielt sie auf die Anerkennung des Besatzungszustandes ab.

Die von den ASEAN-Staaten durchgesetzte Konferenz wird unter schwierigen Bedingungen stattfinden, da US-Außenminister Haig seine Asienreise benutzt hat, um in den Ländern, die er besuchte, Erklärungen gegen die Politik Vietnams und der UdSSR abzugeben, die militärische Einmischung der USA in Indochina als erneute Gefahr

erscheinen lassen. Die Regierungen der ASEAN-Staaten zeigten deutlich ihre Mißbilligung, während die Teilnehmer des Anzus-Paktes (außer den USA Neuseeland und Australien) auf den Kriegstreiberkurs einschwenkten.

Die skeptischen Äußerungen Haigs über den Erfolg der internationalen Konferenz erfüllen die ASEAN-Staaten mit Besorgnis. Seine Ankündigung, er werde womöglich persönlich an der Konferenz teilnehmen, läßt eine Verschärfung der Lage befürchten.

VR Polen

Westliche Banken halten Umschuldung offen

Die westlichen Banken, die als Gläubiger der VR Polen figurieren, reagieren einfühlsam auf die sich häufenden Schwierigkeiten, die das Land zu bewältigen hat. Während die US-Banken offen erklären, daß sie nicht bereit sind, ein regelrechtes Umschuldungsabkommen, das sie auf Jahre in ihren Ansprüchen bindet, abzuschließen, sondern allenfalls dieses Jahr die Zahlungen stunden wollen, setzen die europäi-

Auf den Konferenzen äußert sich aber auch die innerparteiliche Opposition, die mit dem von Ministerpräsident Jaruzelski und dem 1. Sekretär des ZK Kania eingeschlagenen Kurs der Demokratisierung der Methoden und Strukturen der Partei nicht einverstanden ist. Sowohl in Katowice wie in Poznań wurde eine Resolution durch das Forum beschlossen, die schärferes Vorgehen „gegen die antisowjetischen Auftritte und Exzesse“ fordert. Die KPdSU unterstützt diese Richtung und berichtete darüber in der Prawda.

Großbritannien Jetzt streiken auch die Krankenwagenfahrer

Neben den seit mehr als 16 Wochen streikenden Regierungsangestellten und -beamten bekämpfen jetzt auch die Krankenwagenfahrer mit Streiks die 6%-Lohnleitlinien-Politik der Regierung für den öffentlichen Dienst.

Am letzten Freitag führten die Krankenwagenbesatzungen ihren zweiten eintägigen Warnstreik durch. Etwa die Hälfte der 17000 Beschäftigten beteiligte sich. Die 2600 Londoner Fahrer und Beifahrer streikten schon den dritten Tag.

Die Gewerkschaften fordern 15%. Unter Hinweis auf ihre Sparpläne bietet die Regierung 6%. Ein ausgebildeter Krankenwagenfahrer verdient heute 76,60 Pfund Grundlohn in der Woche (etwa 1575 DM im Monat). Sein Durchschnittslohn beträgt 132,38 Pfund (etwa 2700 DM im Monat), weil ein Krankenwagenfahrer Schicht arbeitet, mindestens vier Überstunden pro Woche macht und auch am Wochenende Dienst bzw. Bereitschaft hat.

Die Krankenwagenbesatzungen verlangen eine ähnliche Bezahlung wie Polizei und Feuerwehr. Ein Feuerwehrmann verdient mit 132 Pfund *Grundlohn* für 42 Stunden 55 Pfund pro Woche (oder 1 100 DM im Monat) mehr als ein Krankenwagenfahrer.



„Peoples march“ gegen Arbeitslosigkeit

Die Gewerkschaften haben errechnet, daß eine Lohnerhöhung von 15% gerade den Reallohn von 1979 erhält, als sie nach einem Streik erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzten.

Für Schichtzulagen hat die Regierung nichts angeboten. Ein Krankenwagenfahrer erhält jetzt ganze 15 Pence (etwa 75 Pfennig) Schichtzulagen pro Stunde für die 24 Stunden Rota-

tionsschicht. Andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst, wie etwa die Wasser- und Gasarbeiter, bekommen bereits doppelt so hohe Zulagen.

Verbitterung löst auch die Lohnerhöhung von 13% für die Polizei aus, die die Regierung plant.

Die Schwäche des Kampfes, die sich auch in der Beteiligung von nur 50% am Warnstreik zeigte, liegt in seiner Abgetrenntheit von den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Vor zwei Jahren streikten die Krankenwagenbesatzungen erfolgreich mit den Arbeitern im Gesundheitswesen und den mehr als 1 Million Arbeitern bei den Gemeinden. Ihre damalige Lohn-erhöhung war direktes Ergebnis dieses Streiks. Die Gemeinde- und Krankenhausarbeiter haben aber in diesem Jahr bereits mit 7% abgeschlossen.

Die einzige andere Gruppe, die gegen das Angebot streikt, sind die Regierungsangestellten. Seit mehr als vier Monaten führen sie jetzt Warn- und Schwerpunkstreiks durch, ohne daß die Regierung ihr 7%-Angebot erhöht hätte.

5200 „Civil Servants“ sind in Dauerstreiks. Das ist vor allem das Personal der Computerzentren für die Steuereinzahlung, die Paß-, KFZ- und Meldeämter sowie die Nachrichtenerfassung. Die Fluglotsen führen zeitlich begrenzte Streikpunktstreiks durch. Alle Streikenden erhielten von ihren Gewerkschaften 85% des Normallohns als Streikgeld. Weil die Streikkassen inzwischen leer sind, haben die neun beteiligten Gewerkschaften eine einmalige Umlage zwischen 10 und 70 Mark für diese Woche beschlossen. 2 Mio. Pfund (etwa 9,5 Mio. DM) sollen herkommen. Die Gewerkschaften wollen eine Entscheidung über Fortführung, Ausweitung oder Einschränkung der Streiks fällen, wenn das Ergebnis der Umlage bekannt ist.

Wahlen in Israel

Zionistische Ideologie weitgehend ungebrochen

Über die Verschärfung der ökonomischen Krise ist Anfang des Jahres die Regierung Begin auseinandergebrochen. 10000 hatten im November 80 vor Begins Amtssitz gegen seine Wirtschaftspolitik demonstriert. Streiks im öffentlichen Dienst gaben den letzten Anstoß. Besonders hart getroffen waren und sind die orientalischen Juden, die ursprünglich aus arabischen Ländern stammen – inzwischen fast 60% der jüdischen Bevölkerung Israels. Offen spricht die „Jerusalem Post“ von einer „ethnisch“-sozialen Klassenspaltung. Mit Hilfe der Notenpresse und

Wahlgeschenken – drastische Subventionierung der Grundnahrungsmittel, Preissenkungen für Luxusgüter und Lohnsteigerungen – scheint es Begin rechtzeitig gelungen zu sein, die Klassenwidersprüche in der Siedlergemeinschaft zu übertünchen; gerade orientalische Juden gelten als seine fanatischsten Anhänger. Obwohl alle Parteien unter ihren Spitzenkandidaten auch orientalische Juden hatten, stellten sich vier explizit ethnische Listen zur Wahl. Eine davon führt der wegen eines Betrugsprozesses aus der National-Religiösen Partei ausgeschlossene ehemalige Religionsminister, der den Wahlkampf von einem Schweizer Zionisten finanzieren ließ, um sich seine parlamentarische Immunität und Pfründe wieder zu verschaffen.

Mit sozialen Forderungen traten dagegen die „Black-Panthers“ unter Charly Biton auf. Sie sind in den 70er Jahren aus der ELA-Bewegung entstanden, einer Organisation vorwiegend jugendlicher orientalischer Juden in den Slums von Tel Aviv. Ihre ersten Flugblätter waren überschrieben mit „Genug!“; sie richten sich gegen die Arbeitslosigkeit, Polizeibrutalität, schlechte Wohn- und Lebensverhältnisse und ethnische Diskriminierung. 1979 stürmten rund 150 „Black-Panthers“ eine zionistische Siedlung im Westjordanland, um dagegen zu protestieren, daß die Regierung ihre eigenen Wohngebiete verkommen läßt, während sie für die neuen Siedlungen den höchsten Aufwand treibt. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Siedlern und der Armee. Unter den gleichen Forderungen besetzten „Black-Panthers“ Ende 1980 das Rathaus von Tel Aviv. Entgegen dem zynischen Angebot der Regierung, doch selbst in den besetzten Gebieten zu siedeln, traf sich Charly Biton im letzten Jahr mit Jassir Arafat. Die „Black-Panthers“-Organisation beginnt erst, sich mit dem Palästina-Problem auseinanderzusetzen und bewußt mit der zionistischen Ideologie zu brechen. Anerkannt wird die PLO außerdem noch von der Shelli-Partei („Friedensliste“) und von der Rakach (Kommunistische Partei, ausgerichtet durch die KPdSU). Sie waren in der alten Knesseth mit zwei bzw. fünf Sitzen vertreten. Ihre Wähler (27289 und 78732) sind linke jüdische Intellektuelle, überwiegend aber in Israel lebende Palästinenser. Auf ihrem Kongreß im Februar 81 sprach sich die Rakach gegen die „rassistische und faschistische Politik der Unterdrückung, Deportation, Landenteignung und gegen die Siedlungspolitik in den bestehenden Gebieten“ aus. Mit dem Zionismus hat sie trotzdem nicht gebrochen: sie ist für die Errichtung eines Palästina-Staates *neben* Israel.

Iran

Ein zäher Bürgerkrieg bedroht die erreichte Unabhängigkeit des Landes

Knapp drei Wochen dauerte die letzte Phase der Amtsenthebung Banisadr's. Daß sie trotz heftigen Widerstandes ohne ernsthafte Gefährdung der Herrschaft der Islamischen-Republik-Partei (IRP) durchgesetzt werden konnte, weist darauf hin, daß die Banisadr unterstützenden Kräfte keineswegs so zahlreich sind, wie das 75%-Ergebnis bei den Präsidentenwahlen im Januar 1980 vermuten ließ. Dieses Ergebnis kam nur zustande, weil Khomeiny Banisadr indirekt unterstützte, was auch die nachfolgenden Parlamentswahlen mit einer deutlichen $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für die IRP zeigten. Der Ablauf der Amtsenthebung weist auf Mehrheitsverhältnisse, nicht aber auf das Ende der Auseinandersetzungen hin. Auf ganze Provinzen hat die Teheraner Zentralregierung keinen Zugriff, in Nordiran z.B. regieren Banisadr-Anhänger, ebenso in verschiedenen Städten. Auf beiden Seiten, Banisadr's wie der IRP, ist eine zunehmende Bewaffnung der direkten Anhängerschaft zu verzeichnen. – Ein ideales Terrain auch für imperialistische Agententätigkeit; fast zu schnell,

lieferindustrie eingenistet hatten, waren durch verschiedene Fäden mit den imperialistischen Ausbeutern verbunden und von ihnen abhängig. Die nationale Bourgeoisie entwickelte sich so von einer der Führerinnen des Widerstandes zu dessen schwächstem Kettenglied. Noch im Juni 1977 wandten sich die Vorsitzenden der Iranischen Nationalen Front (INF, Zusammenschluß der drei Parteien der nationalen Bourgeoisie) an den Schah mit einem Vorschlag, wie dem sich anbahnenden „sozialen Aufstand“ zu begegnen sei, nämlich praktisch durch Regierungs-beteiligung ihrerseits, „in dem absoluten Respekt vor den konstitutionellen Grundsätzen“. So kam es auch nicht von ungefähr, daß der letzte Ministerpräsident des Schah der stellvertretende INF-Vorsitzende Bakhtiar war.

Nach der Verjagung des Schah begegneten die sich auf den Islam berufenden Widerstandskräfte der nationalen Bourgeoisie voller Mißtrauen. Der Islam fungiert als Religion und Ideologie der durch die Imperialisten ausge-



Banisadr an der iranisch-irakischen Front. — Der Krieg wie die Versuche Banisadr's und der IRP, Nationalitäten- (z.B. Kurden) und Minderheitenfragen (z.B. Bahai) bewaffnet zu „lösen“, haben die Widersprüche in Iran verschärft.

wie vorbereitet, kam das amerikanische Dementi nach dem Sprengstoffanschlag auf die IRP-Zentrale.

Nach dem Sturz der von der nationalen Bourgeoisie geführten Regierung Mossadegh durch den CIA 1953 gewann der von islamischen Kräften geprägte Widerstand zunehmend an Einfluß. Die nationale Bourgeoisie konnte sich wegen der zunehmenden imperialistischen Durchdringung des Landes ökonomisch und kulturell kaum entwickeln. Diejenigen, die sich in der Zu-

beuteten und besitzlosen Massen und vor allem der allein $\frac{1}{3}$ der Stadtbevölkerungen stellenden Kleinstproduzenten, deren Lebenslage tagtäglich gefährdet und von der der Arbeiter nicht unterschieden war. Die Kleinstproduzenten waren und sind die Hauptverfechter der Islamischen Republik, deren Anspruch Rückbesinnung auf die Traditionen des Volkes, Verbot imperialistischer Ausbeutung bei gleichzeitiger Ermöglichung von nicht wucherischem und nicht menschenzerstören-

dem Privateigentum ist; mit dem Ziel einer harmonischen, klassenkampflosen Gesellschaft.

Vertreibung der blutigen Pahlawi-Dynastie folgte zwingend aus den Grundsätzen des schiitischen Islam; keineswegs folgen daraus aber die Zerschlagung des für die Absicherung der imperialistischen Ausbeutung ausgebauten Staatsapparates, die Säuberung der Armee und ein Konzept für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes. So gibt es nach wie vor westlich-imperialistische Bastionen in Armee und Staatsapparat, und auch Bakhtiari hat zumindest in der Armee und der Regierung der Provinz Belutschistan erheblichen Rückhalt. Teile der Banisadr unterstützenden nationalen Bourgeoisie wie der Intellektuellen mußten nach der Volkserhebung materielle Einbußen hinnehmen. Wenn von diesen Kräften wirtschaftliche Stabilisierung gefordert und z.B. vorschnelle Enteignung (was ja nur langsamere Enteignung der mit den imperialistischen Konzernen versippten 300 Herrschaftsfamilien bedeutet) kritisiert wird, muß das von den ehemals von den Imperialisten geknechteten besitzlosen Volksmassen als der Versuch, die Uhr ein Stück weit zurückzudrehen, verstanden werden. Insofern Banisadr gehaltene Stellungen der Imperialisten nicht angriff und inländische Freunde des Feindes nicht kennzeichnete, konnte er propagandistisch als deren Parteigänger – berechtigt oder nicht – behandelt werden. Es entspricht ihrer islamisch-kleinbürgerlichen Radikalität, wenn die IRP versucht, prowestlich-imperialistische Tendenzen durch wahllose Massenverhaftungen und -erschießungen abzuwehren. Infolge der verqueren Klassenkampfsituation ist in Iran so ein Machtkampf zwischen zwei Klassen, die sich auf Grundlage ihrer antiimperialistischen Geschichte zusammenschließen könnten, entbrannt. Wiewohl immer wieder Kämpfe der Arbeiterbewegung für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bekannt werden, so hat ihre Stimme in der aktuellen Situation zu wenig Gewicht, um eine die Klassen des Volkes einigende und die Feinde der Republik isolierende Politik durchzusetzen.

Verkompliziert wird die Lage durch die Ausweitung des Einflusses der SU, der sich in dem Abschluß von 144 meist Wirtschaftsverträgen allein seit Mitte 1980 manifestiert. Dazu ist eine Durchdringung des Staatsapparates durch Funktionäre der revisionistischen Tudeh-Partei feststellbar.

Banisadrs Aufruf zum „Widerstand gegen Despotismus“ vor seinem Abtauchen – ohne weiterreichende, das Volk einigende Vorstellungen zu entwickeln – birgt die Gefahr eines zähen Bürgerkrieges und einer erneuten Aufteilung des Iran von außen her in sich.

Iran-Wirtschaft: Wesentliche Probleme ungelöst

„Es ist eine Tatsache, daß die Importabhängigkeit bei Störungen der inländischen Produktion zunimmt“, meldet die Deutsch-Iranische Handelskammer aus Teheran. Die BRD-Imperialisten, die nach Iran immer noch mehr als z.B. nach Brasilien oder Kanada exportieren und dessen zweitgrößter Handelspartner sind, wittern die Chance, aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Kapital zu schlagen und ihre Brückenköpfe im Land zu konsolidieren.

Nach Angaben der iranischen Zentralbank ist im Wirtschaftsjahr 79/80 das Bruttosozialprodukt um 13% gegenüber dem Vorjahr gesunken, die Industrieproduktion um 17% und die Agrarproduktion um 3,5% gefallen. Für 80/81 wird mit einem weiteren Rückgang des Sozialprodukts um 10% gerechnet. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig bei 27%. Die islamische Revolution hatte die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes als Ziel propagiert. Aber zwei Jahre nach dem Sturz des Schahregimes ist der Aufbau der nationalen Wirtschaft noch in den Anfängen, sind wesentliche Probleme ungelöst:

– Die Landwirtschaft, in der 1977 noch 40% aller Erwerbstätigen arbeiteten, kann den Bedarf des Landes an Nahrungsmitteln und Rohstoffen immer noch nicht decken. Die Landreform ist nicht durchgeführt. Zwar haben die Bauern in vielen Landesteilen die Latifundien der Großgrundbesitzer besetzt, aber nach wie vor gibt es Großgrundbesitz und sind die Besitzverhältnisse auf dem Lande nicht gesetzlich geregelt. Das hat die Initiative der kleinen und mittleren Bauern gedämpft. Außerdem hat die Regierung bislang kein Agrarprogramm verabschiedet, um durch Bewässerungsmaßnahmen, Kredithilfen, Lieferung von Maschinen und Saatgut und Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses die Landwirtschaft zu entwickeln.

– Unverändert ist Iran von Investitions- und Konsumgüterimporten abhängig, und das auch bei Produkten wie z.B. Textilien oder einfachen Metallerzeugnissen (Bestecke), die auf der Basis einer breiten kleingewerblichen Produktionsstruktur im Lande hergestellt werden könnten. Der Ausbau kleiner und mittlerer Betriebe, die nicht nach den modernsten Verfahren produzieren, aber dafür viele Arbeitsplätze bieten und – über das ganze Land verteilt – das

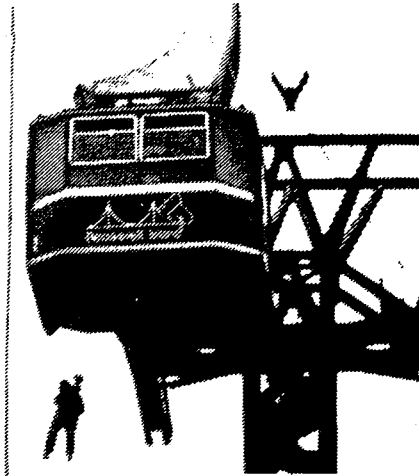
Rückgrat der Industrialisierung sind, ist nicht in Angriff genommen.

– Das Schahregime hinterließ eine Industriestruktur, in der die Kooperation zwischen den Branchen und Betrieben nicht entwickelt war, sondern die im Besitz der Kompradorenfamilien und der ausländischen Monopole befindlichen Großunternehmen alle Rohstoffe und Halbfabrikate importierten. Sie bildeten eine parasitäre Enklave in der iranischen Ökonomie. Durch die Verstaatlichung des Besitzes der Kompradorenfamilien sind zwar wertmäßig etwa 80% der Industrieproduktion unter Staatskontrolle, aber die ausländischen Kapitalanlagen sind unangestastet geblieben und damit die Bedingungen für die Umwälzung des vom Imperialismus hinterlassenen Produktionsapparates erschwert.

– Als Folge dieser Schwierigkeiten beim Aufbau der nationalen Wirtschaft ist der iranische Außenhandel immer noch zu fast 100% vom Öl abhängig.

Einen wichtigen Schritt hat die islamische Revolution mit der Staatskontrolle über den Außenhandel gemacht. Gegenwärtig werden etwa 40% des Außenhandels über staatliche Organe abgewickelt, nach einem jetzt verabschiedeten Gesetz sollen es in vier bis fünf Jahren 80% sein. Verstaatlicht sind außerdem alle iranischen Banken. Durch diese Maßnahmen ist den imperialistischen Monopolen die Möglichkeit entzogen, durch Preismanipulationen im Außenhandel und unkontrollierten Gewinntransfer das iranische Volk zu plündern, und können die Ex- und Importe nach den Bedürfnissen des Wirtschaftsaufbaus gesteuert werden.

Zweifelloso haben das imperialistische Handelsembargo gegen Iran und der Krieg gegen Irak die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch verschärft, die unvermeidlich bei der Umwälzung der vom Imperialismus völlig durchdrungenen Ökonomie auftreten mußten. Aber grundlegende Aufgaben des Aufbaus der nationalen Wirtschaft sind nicht in Angriff genommen, an der Lage der Bauern, der Arbeiter und der Masse der Kleinstproduzenten und Kleinhändler hat sich wenig geändert. Das dürfte dazu beigetragen haben, daß das Bündnis der antiimperialistischen Klassen und Schichten zerbrochen ist und nach wie vor die Gefahr der imperialistischen Einmischung besteht.



Film

„Nachtfalken“: Dumm-reaktionäres über „Terrorismus“, zielstrebig für den Todesschuß

„Ein einziger Mann zwingt die Welt in die Knie; nur einer kann ihn besiegen“, verheißen die Ankündigungslakate des amerikanischen Polizistenfilms. Beim ersten handelt es sich um den „Terroristen“ Wulfgar, beim zweiten um den Polizisten Deka DaSilva. Wulfgar lernt man in London kennen, wo er ein Kaufhaus in die Luft sprengt, nachdem er mit einer Verkäuferin geschäkert hat. Seine dürre Mitteilung an die Presse lautet: „Dies war ein Schlag gegen den britischen Kolonialismus. Ich kämpfe gegen dieses System bis zum Schluß. Es gibt keine Sicherheit.“ Später dann noch: „Ich repräsentiere ein unterdrücktes Volk, das keine Sprecher hat. Ich bin sein Befreier. Es ist phantastisch.“ Er wird von Shakka unterstützt, offensichtlich einer Palästinenserin, „die beim Überfall auf die OPEC in Wien dabei war“.

Das ist dann auch schon alles, was der Zuschauer über die politischen Beweggründe des Wulfgar erfährt, und man kann nun rätseln, ob der Kampf des irischen Volkes gemeint ist oder nicht. Ganz eindeutig erfährt man dafür, daß dieser „Terrorist“ ein skrupelloser, zynischer Massenkiller ist, der neben Polizisten auch den eigenen Kumpan erschießt und bald darauf seinen Gesichtschirurgen; daß er ausgefallenes Essen liebt und auffallende, teure Kleidung und Diskotheken, wo er sich zur Vorbereitung von Anschlägen an Frauen heranmacht, die er dann auch erschießt. Ihm geht

es um die internationale Publicity, den Ruhm des „Terroristen“ soll ihm keiner streitig machen können.

Auf den solchermaßen ausgestaffierten Pappterroristen macht DaSilva Jagd, um die Dreißig, betont lässig, früher Offizier der Marineinfanterie in Vietnam, zuletzt bei einer New Yorker Spezialpolizeitruppe als Lockvogel für die schwereren Brocken der Unterwelt. In das neugebildete „Anti-Terror-Aktionskommando“ des FBI speziell gegen Wulfgar ist er gegen seinen Willen zusammen mit dem farbigen Matthew Fox abkommandiert worden.

Obwohl aus den New Yorker Einsätzen mit allen Sorten Polizeibrutalität vertraut, gehen ihm die Methoden des Ausbildungsleiters zunächst zu weit. Dessen Motto ist der unbedingte schnelle Polizeischuß: „Wer Skrupel hat, der stirbt.“ DaSilva will sich nicht zum „miesem Killer“ machen lassen, der „sich von den Terroristen nur durch die polizeiliche Hundemarke unterscheidet“. Er steigt aus, macht dann aber der guten Sache wegen doch weiter mit. Ob er aber auf der Straße schießen könnte wie seinerzeit in Vietnam, bezweifelt er. Er wird eines besseren belehrt – und der Zuschauer mit. Als Wulfgar nach einer Verfolgungsjagd Fox mit dem Messer am Hals erwischt, brüllt ihm DaSilva schon wüste Drohungen hinterher. Dann erschießt Shakka Hartmann, der doch immer rigoroses Durchgreifen verlangt hat.

Als Wulfgar schließlich in einer Seilbahn über dem Hudson 25 UNO-Diplomaten als Geiseln nimmt und eine der Geiseln erschießt („für dich, DaSilva“), ist die Entscheidung klar. Das Geiselunternehmen scheitert, Fox erschießt Shakka. Wulfgar entkommt und will sich mit dem Messer an DaSilvas Freundin rächen. Als er gerade zustecken will, dreht sich um – DaSilva mit einer Frauenperücke und mit einer Pistole in der Hand. Er schießt, bevor Wulfgar zum Zug kommt, und ein zweites Mal, ohne daß sich Wulfgar noch hätte wehren können. Am Ende ist Orgelmusik wie nach einem Gottesdienst.

DaSilva konnte also schießen. Die Notwendigkeit des rücksichtslosen polizeilichen Todesschusses ist die Quintessenz.

Zu offenkundig falsch und den Realitäten widersprechend ist aber die Kennzeichnung des „Terrorismus“, als daß der Film eine tiefere Wirkung haben könnte. Die Gesamthandlung ist kaum spannend, der Ausgang steht von vornherein fest. Die einzelnen Szenen sind aber auf Aktion getrimmt, geschickt unterstützt von der Musik Keith Emersons, die stellenweise an „The Nice“ erinnert.

Der Film paßt gut zur jüngsten Forderung der Reagan-Regierung nach schärferem Vorgehen gegen den „Terrorismus“, wobei ausdrücklich über die PLO und die Unterstützung für das irische Volk hergezogen wurde.

Jerry Cotton: Präsidentenattentat

Jerry Cotton wird zu einem Gespräch in eine Schwebbahn bestellt. Bevor Marcial Morteiro über einen Mordplan auf den amerikanischen Präsidenten Genaueres berichtet, wird er erschossen. Cotton rettet sich in letzter Minute durch einen „Höllenssturz“ in den Fluß. Der erblindete Bruder des Ermordeten wird entführt. Die Spur führt zu einer Todesschwadron nach Washington. Sie sollte den amerikanischen Präsidenten ermorden, weil er einem Diktator keine Waffen liefert. Der erblindete José Morteiro wird getauscht. Pereira gewinnt José für einen Mordplan auf Izarra, den Vertrauten des Diktator. Dies soll bei der Zusammenkunft mit dem Präsidenten passieren. José weiß nicht, daß das festinstallierte Gewehr auf den Präsidenten gerichtet ist.

Cotton und sein Partner Phil Decker werden gefangen genommen. Da sie keiner vor dem Tode rettet, befreien sich die zwei FBI-Leute selber. Das Attentat findet in wenigen Stunden statt. Vor dem Weißen Haus angekommen, durchschaut Jerry Cotton den ganzen Plan der Bande. Durch Jerry Cottons Scharfsinn wird der Präsident in letzter Minute gerettet.

Der Hergang der Geschichte mit den dramatischen Situationen, die die FBI-Agenten immer gerade noch meistern können, öffnet der Ideologie für „mehr Innere Sicherheit“ Tür und Tor.

Jerry Cotton, Attentat in Washington, Bastei-Verlag Nr. 31 201, 3,80 DM

Gegenwärtige Opfer für die Zukunft?

Die Kurzgeschichten sowjetischer Autoren sind 1975 in der DDR in deutscher Übersetzung erschienen. Durch das durchgehende Thema der Zeitreise setzen sie sich mit dem klassischen Roman von H.G. Wells auseinander. Im Gegensatz zu Wells entwickeln die Verfasser nicht die Kritik an zukünftigen kapitalistischen Zuständen, sondern befassen sich mit der Zukunft der jetzigen gesellschaftlichen Zustände in der UdSSR. Sie schwanken zwischen brutalem Optimismus und einer skeptischen Richtung.

Auf der einen Seite gibt es den Appell zum Einsatz der „Willenskraft“, verkörpert und durchexerziert von einem

Abgesandten aus der Zukunft, damit der Plan in der Gegenwart erfüllt wird. Das Eingreifen von oben wird nicht mit Verbesserungen im gegenwärtigen Leben begründet, sondern mit den katastrophalen Folgen in der Zukunft, wo dann irgendwelche Kosmonauten nicht gerettet werden können, wenn die Arbeiter in der Raumfahrtindustrie jetzt nicht spüren. Zwar werden einige Abteilungsleiter zu Tätigkeiten versetzt, die sie auch beherrschen, aber die verhimmelte Partei wirkt in Person. Mit kollektiver Beratung und Tätigkeit ist es nichts.

Andererseits äußert sich ein direkt reaktionärer Pessimismus in bezug auf die Zukunft, z.B. in der Geschichte „Kommen Sie morgen!“ Ein im Moskau der sechziger Jahre gelandeter Zeitenfahrer kehrt nicht in die Zukunft zurück. Er desertiert, weil er den Sorgen der früheren Menschen etwas abgewinnen kann. Gepriesen wird die Zärtlichkeit der Eltern eines an Kinderlähmung leidenden Jungen, ihr freiwilliger Arbeitseinsatz nach Feierabend. Es geht um die gute alte Zeit, wo die Menschen durch Leiden erst so richtig menschlich werden.

Schließlich können die Zukünftigen mit Hilfe der Zeitmaschine als höhere ausgleichende Gerechtigkeit dienen. Sie belohnen einen antifaschistischen Märtyrer durch eine Stunde in der glücklichen Zukunft. Dann muß er zurück und wird gehängt. Die schwach entwickelte Gesellschaftskritik geht im Heroischen leider unter.

Fenster zur Unendlichkeit, 16 Begegnungen mit der Zeit, Verlag das Neue Berlin 1975, 8,85 DM.

Geschichte der Kreuzzüge

Er wolle vor allem der „christlichen Geschichtsschreibung“ entgegengetreten, einem „verhornten Gemisch aus Retusche und gespielter Ahnungslosigkeit, das besonders in Schulbüchern ... gedeiht“. Mit diesem Vorwort beginnt der Autor seine „Geschichte der Kreuzzüge“, und wer im folgenden „unretuschierte“ Berichte erwartet, wird zumindest im Hinblick auf christliche Massaker und Plünderungen nicht enttäuscht. So etwa über die Erstürmung Jerusalems (1099): „Fulcher von Chartres macht die ungeheuerliche Angabe, daß allein in der Al-Aksa-Moschee „an die zehntausend Menschen geköpft wurden“.

Beißend ist auch die Kritik an der kirchlichen Rechtfertigung dieser früheren Formen christlicher Kolonialgreuel: „Nun stand zwar ebenfalls geschrieben, „Wer das Schwert nimmt, der wird durch das Schwert umkommen“, und leicht konnte dieser Satz mißverstanden werden; allein, gemeint war lediglich, „wer sich ohne Befehl oder Billigung einer höhern und rechtmäßigen Macht wider das Blut seines Bruders wappnet“, und hier handelte es sich ja keineswegs um Brüder, sondern vielmehr um „Räuber und Mörder, Diebe und Ehebrecher, Gottlose und Giftmischer“.

Ihre – zeitweiligen – Erfolge verdankten die Kreuzfahrerheere vor allem zwei Faktoren: der überlegenen Ritterrüstung, der die Sarazanen und Seldschuken anscheinend nichts Vergleichbares entgegensetzen konnten, und der Ingenieurskunst der norditalienischen Städte, die es den Heeren erlaubte, die feindlichen Stadtfestungen mit überlegenen Belagerungsmaschinen sturmreif zu schießen und zu erobern.

Geplant und durchgeführt zur Befestigung der Macht und des Reichtums der katholischen Kirche, das Bollwerks der feudalen Reaktion in Europa, endeten die Kreuzzüge schließlich mit der Untergrabung eben dieser Macht.

Nicht nur, daß in der Schlußzeit der Kreuzzüge Städte wie Venedig, Genua, Pisa und Florenz – bzw. das Kaufmanns- und Wucherkapital in diesen Städten – den größten Teil der Beute in ihre Taschen lenkte.

Vor allem erhoben sich die Bauern und Handwerker sowie Teile der Ritter, die durch die erzwungene Teilnahme an den Kreuzzügen sowie durch Abgaben wie den „Saladinszehnten“ völlig ausgeblutet waren. Die „Albigenserkriege“ gegen die religiös verkleideten Aufstände südfranzösischer Bauern ab etwa 1200, in deren zwanzigjährigem Verlauf die päpstlichen Heere eine Million Menschen abschlachteten, die Bildung der „Heiligen Inquisition“ 1232 als ständige Geheimpolizei gegen solche Aufstände und die Massakrierung von 11000 Stedinger Bauern 1234, die sich geweigert hatten, weitere Abgaben an die Kirche zu zahlen, markieren das Ende der Kreuzzug-Ära.

Hans Wollschläger, Die bewaffneten Fahrten gegen Jerusalem, Diogenes-Taschenbuch, 6,80 DM

Evangelischer Kirchentag

Schmidts Gebote – Grundsätze für Kriegsvorbereitung

Schmidt besuchte den Kirchentag, um neue Maßstäbe in die öffentliche Meinung zu pflanzen. Sein Ziel war, dem Rüsten und der Kriegsvorbereitung, dem Betreiben an Rüstung und Kriegsvorbereitung und der Beteiligung an Rüstung und Kriegsvorbereitung wenigstens die Duldung, womöglich aber den Respekt Andersdenkender zu sichern. Der Schachzug, aktives Betreiben von Rüstung und Kriegsvorbereitung zu kaschieren als Vertreten einer Meinung, die zu respektieren sei, setzte die christlich gebundene und liberal gehaltene Kritik in der Diskussionspartie matt. So lange die christlich gebundene Diskussion sich nicht an die Frage herantastet, ob in Betracht der Umstände wirklich angemessen handelt, wer nach der Devise lebt „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist“, nämlich Steuer und Gehorsam, wird sie dazu verurteilt sein, den kritischen Dünger abzugeben, auf dem kriegsvorbereitende Taten wuchern können. Und nicht nur Taten. Schmidt jedenfalls ergriff die Gelegenheit zur unwidersprochenen Verkündigung politischer Grundsätze, mit denen sich wohl ganz gut Krieg führen lassen mag.

1. Du sollst ruhig alles mitbestimmen

Demokratie heißt Volksherrschaft. In der parlamentarischen Demokratie ist die Volksherrschaft auf die Abgabe von Wahlzetteln heruntergebracht und eingeschränkt durch die Gewaltenteilung, die den Handlungsspielraum des Parlamentes eng faßt und hervorragende Möglichkeiten zur legalisierten Putschvorbereitung schafft, falls Wahlen unpassend ausgehen. Gleichwohl steckt im Akt parlamentarischer Wahlen noch ein Moment von Volksherrschaft. Diese stören stark, sobald die herrschende Klasse Krieg für erforderlich hält. Die Pflicht zur Wahlausschreibung ist deswegen gesetzlich stillgelegt in Fällen von Notstand. Der Verweis auf Wahlen, sonst probates Mittel, um sich sachlicher Kritik zu entziehen, verbietet sich deswegen dem bürgerlichen Politiker, der an Kriegsvorbereitung denkt. Schmidt löst das Problem durch Propaganda einer neuen Abart parlamentarischer Demokratie. Er bemerkt, an die christlichen Kritiker seiner Politik gewendet:

„Das christliche Ethos läßt in vielen, vielen Fragen die Entscheidung offen für die vernunftgemäße Abwägung des Einzelnen. Sowohl der Regierenden als auch der Regierten, der 60 Millionen Menschen in unserem Land, von denen zwei Drittel erwachsen sind. Und unter dem heranwachsenden Drittel gibt es auch eine ganze Menge, die schon selbst denken und urteilen können. Nein, nicht der Staat allein, nicht seine politischen Organe, nicht die Politiker allein im Bundestag und anderswo sollten entscheiden. Sondern in einer Demokratie soll jeder zu seinem Teil mitentscheiden. Mitbestimmung ist das Motto der Demokratie.“



Die Möglichkeit der „sechzig Millionen“, Handlungen der Staatsmacht zu binden oder auch zu unterbinden, und sei es auch bloß im Rahmen von Wahlen, ist in dieser Vorstellung verschwunden. Der bizarre Grundgedanke: Es gibt Regierende. Sie sind – da. Was ist „ihr Teil“? Wie der Name schon sagt, das Regieren. Es gibt Regierte. Was ist ihr Teil? Regiert werden, wie der Name sagt. Eine Entscheidung der Regierenden über die Regierten ist sinnvoll. Eine Entscheidung der Regierten über die Regierungen ist – nicht ihr Teil. Diese Ansicht von der Demokratie ist sehr konservativ, sie läßt auf die Frage, woher Regierung und Staatsapparat ihr Dasein hätten, nur noch die Antwort zu: nicht von den Regierten jedenfalls, sondern von anderswo. Woher? An welche Adresse hat sich zu wenden, wer zum Beispiel mit dem Ergebnis der Handlungen der Regierenden nicht einverstanden ist? Nahe am Thema erzählt Schmidt, wie's bei ihm war:

„Man hat im Krieg vor vielerlei Dingen Angst gehabt, man hat als Soldat an der Front Angst gehabt, man hat, wenn man auf Urlaub in Hamburg im Luftschutzkeller saß, Angst gehabt. Auch Angst davor, angeklagt, verurteilt, eingelocht zu werden. Aber ich hab immer die Vorstellung gehabt, daß die großen Entscheidungen, daß man vor denen keine Angst haben sollte, weil man sie doch nicht selber trifft, weil sie ein anderer trifft, wenn ich es so ausdrücken darf. Und diese letztere Überzeugung, daß die großen Entscheidungen von einem anderen getroffen werden, die habe ich heute noch, was nicht bedeutet, daß man die eigene Verantwortung klein schreiben darf.“

Da Schmidt vom Zweiten Weltkrieg handelt, ergibt sich die für ein Mitglied der SPD doch einigermaßen perverse Frage, ob nicht an den bekannten Berufungen des damaligen Führers auf die Vorsehung doch was dran gewesen sei. Der Zweck der Übung ist indes, den Gegensatz, der nach der oben von Schmidt entwickelten Demokratieabart zwischen Regierenden und Regierten ausbrechen muß, wenn die Regierenden das entsprechende sich geleistet haben, zu entschärfen. Denn in Bezug auf die „großen Entscheidungen“ sind Regierende und Regierte sich in Einem plötzlich wieder gleich. Ihr Teil sind sie nicht gewesen. Konkret: Die große Entscheidung über die Mittelstreckenraketenrüstung hat schon „ein anderer“ getroffen. Dies ist Schmidt irgendwie bekanntgeworden, sofort entschloß er sich, die eigene Verantwortung nicht klein, sondern groß zu schreiben. Von göttlichem Willen Regierter, aber doch Regierender war sein Teil schon mal klar. Die Dinger müssen her. Nun sind aber viele Regierte da, die diese Rüstung nicht wollen. Nicht wenige berufen sich dabei auf Vermutungen, wonach der göttliche Wille über der Erde anderes wolle. Da sie vor diesem Einen dann doch wieder gleichgewichtig mit Leuten wie Schmidt dastehen und auf den Gedanken kommen könnten, ihre Interpretation der großen Entscheidung sei ebenso gewichtig, muß Vorbau getan werden. Da in diesem Interessenpunkte, nämlich der Behauptung besonders klarer Erkenntnis der anderswo getroffenen großen Entscheidungen Interessengleichheit zwischen z.B. Bischöfen und Bundeskanzlern besteht, flechtet Schmidt in sein Schlußwort das Nötige ein:

„Zum Schluß: Herr Bischof, die Menschen in der Kirche müssen aufpassen, daß sie nicht unter dem Druck der Friedensbewegung in eine Gott-mit-uns-Theologie verfallen, in einen umgekehrten Wilhelmismus. Zu Wilhelm II. Zeiten stand auf dem Koppel, das der Soldat trug, hier vorne draufgedruckt: Gott mit uns! Und man bildete sich damals, vor 70 Jahren, ein, daß die Politik, die das damalige Deutsche Reich unter Wilhelm II. betrieb, in der Tat von Gott gesegnet und im Sinne Gottes sei. Und heute muß man aufpassen, daß manche, die ihre kritische Vorstellung von der Politik, die für Deutschland notwendig sei, daß sie nicht meinen, diese ihre Vorstellung sei diejenige, die einzig vor Gott Bestand habe. Weder können wir eine Gott-mit-uns-Theologie noch eine Gott-mit-uns-Politik brauchen, in dem Sinne, daß jemand, der eine andere Meinung hat, alleine das Recht hätte, sich auf Gott und auf Christus zu berufen.“

So gelingt die Rückkehr vom Flug durchs Reich der Vorsehung, in dem die großen Entscheidungen fallen, zurück auf den harten Boden der Erde, auf dem Regierende sind und Regierte.

2. Du sollst als Deutscher nichts Schlechtes von Deutschen glauben

Zwar ist die eigene Verantwortung nicht kleingeschrieben. Ein Lump jedoch, wer das so auffaßt, als könne Schmidt zur Verantwortung gezogen werden. Zwischen dem Allmächtigen und dem Mittelmächtigen rangieren die Supermächte, und die schaffen die Tatsachen.

„Wir bauen keine Raketen, Herr Stark, das sind die beiden Supermächte, die das tun, nicht wir Deutsche. Ja bitte, lassen Sie das Wort ‚wir‘ weg, wenn Sie von Russen und Amerikanern reden. Das sind andere, nicht wir Deutsche.“

Schmidt blieb hier unwidersprochen. So konnte er kaltblütig die nächste Lüge servieren: „Man kann auch nicht so tun, als ob wir Deutschen, die Bundesrepublik Deutschland, an einem Rüstungswettlauf beteiligt wäre“, und blieb wieder unwidersprochen. Ließe sich vielleicht auf der Linie: „wir Deutsche“ die Aussöhnung mit den Interessen der herrschenden Klasse betreiben? Etwa so:

„Sie und ich und wir alle müssen an alle großen Mächte und Regierenden aller großen Mächte appellieren, ihrerseits den Rüstungswettlauf einzulegen, zu bremsen, unter Kontrolle zu bringen.“

„Sie und ich und wir alle“: Wenn schon die herrschende Klasse nicht offen für ihre Kriegsziele mobilisieren kann, so böte ihr diese gemeinsame Friedensapostelei die Möglichkeit, die eigenen Kriegsvorbereitungen weiterzutreiben. Weiter den Rüstungsetat zu erhöhen, der schon zehn Jahre nach Gründung der Bundeswehr und bis heute der dritthöchste der Welt ist und allein fast doppelt so hoch ist wie der der Warschauer-Pakt-Staaten ohne die Sowjetunion zusammengekommen. Weiter die Panzerarmee auszubauen, die mit der Einführung des Leopard 2 die zweitgrößte auf dem europäischen Kontinent ist. Weitere Kriegsschiffe zu bauen, wie sechs neue Fregatten in den nächsten Jahren. Weiter die Raketen zu bauen, die jetzt schon, teils in Zusammenarbeit mit Frankreich, teils in Lizenz, teils in ganz eigener Regie gebaut werden. Z.B. die Panzerabwehrraketen Hot, Milan, Cobra-2000, Mamba, die Fliegerabwehrraketen Roland I und II, die Luft-Luft-Rakete AIM-9L, die seestationierte Rakete Seasparrow. Weiter die Bundeswehr mit atomaren Kurzstreckenraketen auszurüsten, das Heer mit Lance- und Honest John-Raketen, die Luftwaffe mit Nike-Hercules- und Hawk-Raketen; weiter den USA zu gestatten, die atomaren Sprengköpfe dafür und außerdem Pershing Ia-Raketen auf BRD-Territorium zu lagern. Und weiter für die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa und der BRD zu fechten.

Denn: Zwar bauen die USA die Pershing II und Cruise Missile. Aber in den USA stationiert wären sie nutzlos. Schmidt verantwortet zum guten Teil ihre Stationierung in Westeuropa. Schon am 5.2.1975 kann der US-Verteidigungsminister auf das Interesse der BRD verweisen, sich an „Entwicklung und Stationierung“ der Pershing II zu beteiligen. Ab Anfang 1976 erörtert er mit seinen Kollegen aus Großbritannien und der BRD in Geheimverhandlungen die Stationierung. Im Herbst 1977 tritt Schmidt als „erster europäischer Führer“ öffentlich für die Stationierung ein, und um den Beschluß schließlich durchzusetzen, scheut er sich nicht, Belgien für den Fall der Ablehnung wirtschaftliche Sanktionen anzudrohen.

Das alles wischt Schmidt unter den Tisch, damit die Verantwortung der herrschenden Klasse in der BRD für Kriegsvorbereitungen, damit ihre Motive dafür.

3. Du sollst Gutes mit Gutem vergelten und das Böse fürchten

Eine Klippe aber hat Schmidt noch zu überwinden. Die Interessen der BRD-Imperialisten sind am besten im engen Bündnis mit den USA aufgehoben. Folglich müssen, allein schon, damit keine Schatten auf die eigenen lauten Absichten fallen, die USA von jedem Verdacht der Kriegstreiberei reingewaschen und der eigentliche Kriegstreiber Sowjetunion eindeutig festgemacht werden. Niemand warf die Frage nach den Interessen auf, die zum Krieg drängen, und das machte es Schmidt leicht. Der Weltkrieg-II-Leutnant kramte aus gegebenem Anlaß in seinen Erinnerungen:

„Ich bin nicht der Meinung . . ., daß die Vereinigten Staaten eine offensive militärische Politik verträten. Es würde jetzt zu lange dauern, Herr Appel, wenn ich das widerlegte. Mir tut es leid, daß manche Menschen so schnell vergessen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und das amerikanische Volk gerade wenige Monate, nachdem sie den Hitler niedergerungen hatten, uns Care-Pakete und Marshall-Plan und das alles gegeben haben, das war eine ganz große Selbstüberwindung eines Volkes, das auch sehr viele Tote im 2. Weltkrieg zu beklagen gehabt hat. Es ist heute Mode, die Vereinigten Staaten von Amerika herabzusetzen. Ich kann diese Mode nur scheußlich finden, ich möchte mich daran nicht beteiligen.“

Dagegen:

„Am Montag der kommenden Woche ist der 40. Jahrestag des Einmarsches der Wehrmacht unter dem Kommando Hitlers in die Sowjetunion, ein Überfall, auf den die Sowjetunion nicht vorbereitet war, den sie nicht erwartet hat. Daraus hat sich ein Krieg entwickelt von unglaublicher Verwüstung und Zerstörung. Die Völker der Sowjetunion allein haben 20 Millionen Menschen in diesem Krieg verloren. Der Krieg hat schließlich dem deutschen Volke das Schicksal zugefügt, das sich Hitler für die Völker der Sowjetunion vorgestellt hatte, nämlich zerteilt, zerstümmelt zu werden. Auch die Deutschen haben entsetzlich gelitten unter diesem Kriege ... Was ich auch kapiert habe, Herr Wittenberg, das ist ..., daß sie (die sowjetische Führung) aus dieser Erinnerung heraus natürlich doch noch ein Stück Furcht vor den Deutschen hat. Genauso wie wir Deutschen ... aus dieser Erinnerung heraus ein ziemliches Stück Furcht vor der SU haben. Aus der Erinnerung insbesondere dessen, was dann gegen Ende des Krieges und nach Kriegsende geschah.“

Die Wehrmacht hat die Sowjetunion überfallen, dies ist unleugbar. Die USA haben Hitler niedergelassen und dann Care-Pakete geschickt. Die Sowjetunion hingegen hat am deutschen Volk das ihr zuge dachte Schicksal vollstreckt, hat es „zerteilt und zerstümmelt“. – Spätestens hier hat der Weltkrieg-II-Leutnant jeden Unterschied zwischen Aggressor und Überfallenen ausgelöscht. Aber er will mehr. Das Kriegsziel des deutschen Imperialismus war nicht zuletzt die Kolonialisierung und Versklavung der osteuropäischen Völker, das Kriegsziel der sozialistischen Sowjetunion die Niederschlagung des faschistischen Aggressors. Die USA? „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, so sollten wir Rußland helfen, wenn Rußland gewinnt, so sollten wir Deutschland helfen“, hatte 1941 der US-Senator und spätere Präsident Truman die Devise ausgegeben. Gemäß dieser Devise schonten sie ihre eigenen Kräfte und halfen hernach den westdeutschen Nachfolgern des Deutschen Reiches auf die Beine. Daher deren Dankbarkeit. Den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus leisteten die Völker der Sowjetunion unter Führung Stalins. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Weltherrschaftsträume des deutschen Imperialismus erst einmal ausgetraut waren. Das können dessen Erbfolger bis heute nicht verwinden, und das verursacht Schmidts „Erinnerung“.

4. Du sollst von der Regierung nichts Unmögliches verlangen

Um die Bundesregierung aus der Kritik an den Kriegsvorbereitungen zu ziehen, verfällt Schmidt auch auf folgendes:

Es ist leider so, daß wir Deutschen z.B. durch Verzicht auf biologische Waffen, chemische Waffen, atomare Waffen den größten Teil unseres möglichen Beitrags schon geleistet haben durch Verzicht auf Gewalt; auch gegenüber dem Problem der innerdeutschen Grenze durch Verzicht auf Gewalt einen ganz großen Teil schon geleistet haben.“

„Wir Deutschen“ haben also von der Regierung in dieser Hinsicht nichts zu erwarten und schon gar nichts zu verlangen. – Die Ostverträge als Zwinger für die Friedensbewegung, warum nicht, denkt sich Schmidt; schließlich haben sie auch in der Vergangenheit gute Dienste geleistet, um sich demagogisch vor dem Verlangen nach friedlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern und der DDR zu verbeugen und gleichzeitig in großdeutschem Sinne zu wirken. Freilich wurde in den Verträgen mit der Sowjetunion, Polen, der DDR und der Tschechoslowakei auf Gewaltanwendung bei der Änderung bestehender Grenzen verzichtet. Daß aber nicht die BRD zu gegebener Zeit einmal als Angegriffener hingestellt werden könnte, der sich seiner Haut wehren muß, und dabei den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes gleich mitverwirklicht, ist damit noch lange nicht gesagt. Und besonders im Rahmen der NATO lassen sich da schöne Gelegenheiten finden, wo doch jede kriegerische Verwicklung irgendeines Mitgliedslandes sofort und automatisch den Kriegszustand, den „Verteidigungsfall“, für alle begründet. Vor allem aber hat die Bundesregierung mit den Ostverträgen alle alten Gebietsansprüche gegenüber Osteuropa und der DDR am Kochen gehalten. Keine der strittigen Grenzen wurde völkerrechtlich verbindlich anerkannt. Nicht gegenüber Polen und nicht gegenüber der DDR. Mit dem Wiedervereinigungshintergedanken werden die volle staatliche Anerkennung der DDR, der eigenen Staatsbürgerschaft der DDR und die normalen diplomatischen Beziehungen zur DDR verweigert. Für alle Deutschen in den Grenzen von 1937 beansprucht die Bundesregierung Zuständigkeit. Das alles haben die Ostverträge nicht behindert. Im Gegenteil hat sich die Bundesregierung beim Vertrag mit der Sowjetunion 1970 vom sowje-

tischen Außenminister erstmals die Bestätigung geholt, daß sie auf Änderung der Grenzen bestehen darf, ohne gegen den Vertrag zu verstoßen. Die Bundesregierung konnte bei der Parlamentsdebatte um den Moskauer Vertrag die Bedenken der Opposition kontern, daß *nur so* ein „solcher Zustand“ herbeiführt werden könne, „in dem das deutsche Volk seine Einheit wiedererlangt“. Zieht man schließlich in Betracht, daß in den Folgejahren der westdeutsche Handel in die osteuropäischen Länder mehr als verdreifacht wurde und sich prächtige Chancen des Kapitalextorts und der Kreditvergabe aufgetan haben, so kann Schmidt rundum positive imperialistische Bilanz ziehen und hängt nichtsdestotrotz ganz unverfroren den großen Gewaltverzichts- und Friedensvorleister heraus.

Ganz ähnlich beim Verzicht auf Atomwaffen. Freilich ist die Regierung 1969 dem Vertrag zur Nichtweiterverbreitung und damit westdeutschem Verzicht beigetreten. Das hat Schmidt nicht im geringsten gehindert, mit US-Atomwaffen auf westdeutschem Boden – solchen, die schon stationiert sind, und solchen, die erst noch „nachgerüstet“ werden sollen – seit Jahren vortrefflich eigene Machtpolitik zu treiben.

5. Du sollst dich um die düstere Zukunft sorgen

Es bedarf noch der Antwort des Kanzlers auf die Kritik an der Entwicklungshilfepolitik der Regierung. Sollte es nicht eine Möglichkeit geben, die Verantwortlichkeit zur Abwechslung auch einmal nach „unten“, an die Länder der Dritten Welt selber, abzuschieben und zugleich zu demonstrieren, daß niemand besser als er selbst die schlimmen Zukunftsgefahren für das Abendland kennt?

„Ich will hinzufügen, daß ich auch große Besorgnisse habe um das Schicksal der Völker in den Entwicklungsländern, nicht wegen der nuklearen Waffen, sondern wegen der Überbevölkerung der Welt ... Gegenwärtig sind es über vier Milliarden, ... im Jahr 2000 werden es über sechs Milliarden Menschen sein. Und in weiteren 20 Jahren acht Milliarden. Ich bin ganz sicher, die können nicht ernährt werden. Ich bin ganz sicher, daß es nicht genug Öl geben wird, um die Ernährung mit LKWs bis zu den Orten zu bringen, wo sie wohnen.“

Wenn „die nicht ernährt werden können“, dann müßte heute in Europa der Hunger am ärgsten wüten. In Europa kommt nämlich auf einen Menschen eine Fläche von 0,016 km². In Asien, Afrika und Südamerika dagegen mit 0,029 km² knapp doppelt soviel. Also in einem Mangel an Erdoberfläche vielleicht kann Schmidts „Untergang-des-Abendlandes“-Vision kaum Gründe finden – sieht man in dieser Beziehung einmal von den besonders schwerwiegenden Problemen ab, die der Raubbau der Kolonialisten diesen Völkern hinterlassen hat: Heute ist z.B. die Sahel-Zone in Afrika, einst eine der fruchtbarsten Landschaften, durch den Kolonialismus in ein jeder Vegetation feindliches Dürregebiet verwandelt. Obwohl die Menschen in diesen Ländern doppelt soviel Boden zur Bearbeitung hätten, ist dennoch nach UNO-Angaben nicht bestritten, daß etwa 800 Millionen in diesen Ländern zum Hungern verurteilt sind. Das legt doch wirklich nahe, diese Völker selber für ihr Unglück verantwortlich zu machen. Und darum geht es Schmidt:

„Ich weiß, daß wir nicht acht Milliarden Menschen ernähren können.“

Auch in Schmidts Kreisen ist schwer zu bestreiten, daß es das Werk des Kolonialismus und Imperialismus war, blühende Wirtschaften und Kulturen in diesen Erdteilen zu vernichten. Ihrer grundlegenden Produktionsmittel zum Teil unersetzlich beraubt, sind die Völker dieser Länder heute Beuteobjekte der imperialistischen Konzerne. Die BRD-Imperialisten hatten bis 1979 45 Mrd. DM Kapital in Ländern der Dritten Welt angelegt und ziehen den Profit. Um lebensnotwendige Waren einführen zu können, müssen sich die Länder der Dritten Welt immer mehr verschulden. Die BRD-Imperialisten sind mit etwas über 100 Mrd. DM privater und öffentlicher Forderungen als gnadenlose Schuldeneintreiber und Zinsjäger berüchtigt. Klar, wer hier wen ernährt! Schmidts Sorgen sind als Drohung zu verstehen:

„Ich weiß, das muß schiefgehen, und dies regt mich innerlich sehr auf.“

Imperialistische Konsequenz dieser „Bedrohung“: auf keinen Fall nachgeben durch Schuldenstreichung etwa oder durch Anerkennung anderer Forderungen. Christliche Missionsmoral und imperialistische Kanonenboote haben sich schon früher gut ergängt.

Jahresdurchschnittlich erzielte Löhne und Gehälter

Die Lohnlage der von Kapitalisten in Aktion gesetzten Arbeitsarmee wird gewöhnlich beurteilt nach dem Stand der Löhne und Gehälter, die ein Ankäufer von Arbeitskraft nach den vereinbarten Tarifen zu zahlen hat. Diese Sichtweise hat den Vorteil, den Streitpunkt zwischen Verkäufern und Käufern der Arbeitskraft ins Zentrum zu rücken, der durch Streik entscheidbar ist, den Lohn nämlich, wie er für die jeweilige Arbeit per Stunde oder per Monat gezahlt werden muß. Der Nachteil dieser Betrachtung ist, daß die Situation des Verkäufers von Arbeitskraft nicht richtig gefaßt ist. Für ihn stellt dieser Lohn bzw. dies Gehalt die Obergrenze seines Lohneinkommens dar, die er erreicht, so er das ganze Jahr Arbeit hat.

Die tatsächlich von den einzelnen Arbeitspersonen erzielten Löhne und Gehälter sind also eine qualitativ andere Größe als die tatsächlich von den Kapitalisten an Beschäftigte gezahlten Löhne und Gehälter. Die Statistik der lohnsteuerpflichtigen Lohnsteuerfälle gibt darüber Aufschluß. Sie faßt die für Verkauf von Arbeitskraft erzielten Einkommen der Personen über ein Jahr hin zusammen. Diese Statistik umfaßt mithin alle Personen, die sich im Laufe eines Jahres zum Verkauf ihrer Arbeitskraft genötigt sahen und einen Käufer fanden. Sie umfaßt mithin die Arbeitsarmee, wie sie sich im betrachteten Jahr in Aktion befand. Leider erscheint die Steuerstatistik nur alle drei Jahre. Die Wirkung der Konjunkturen ist deswegen im Einzelnen nicht gut nachzuweisen.

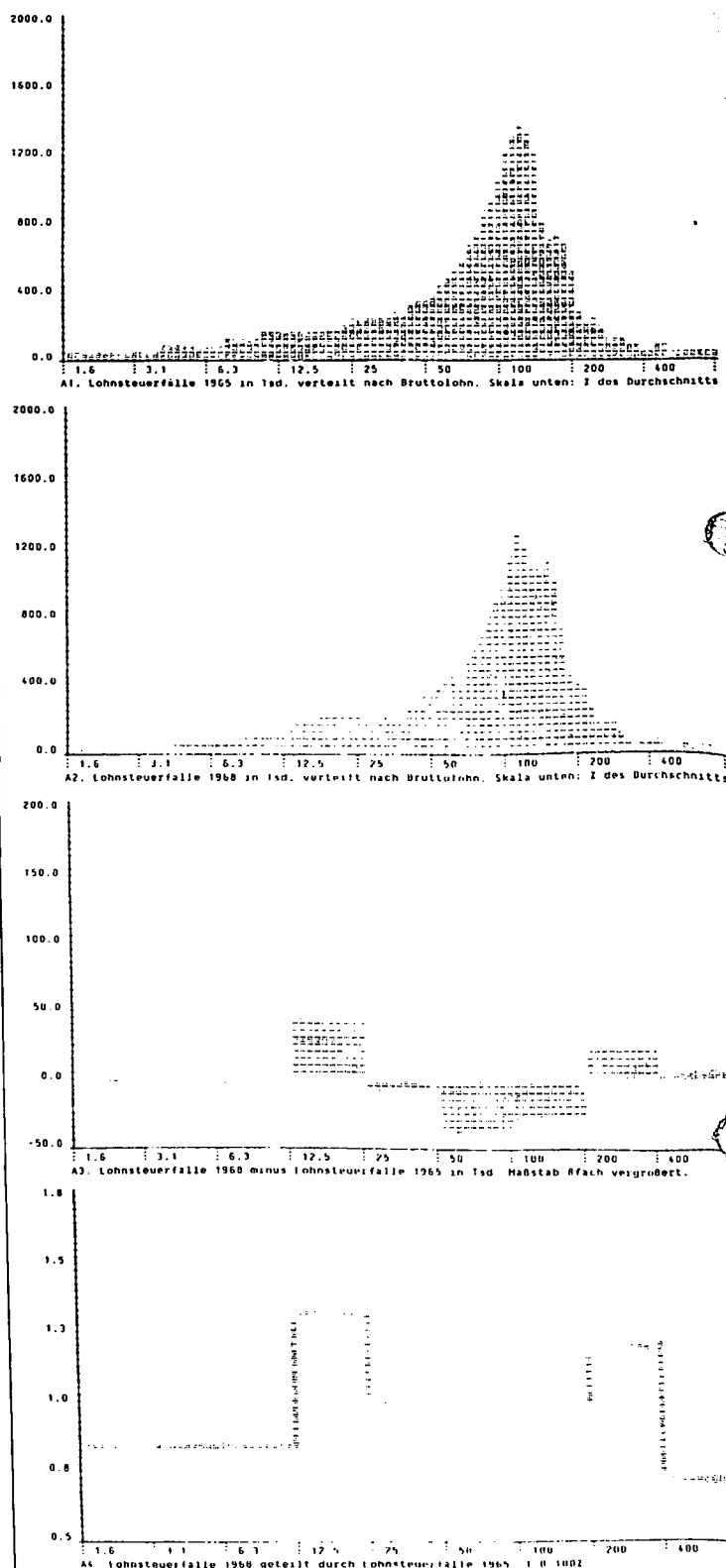
1965 auf 1968. Die Anzahl der überhaupt in Aktion gesetzten Arbeitskräfte nimmt ab von 22,4 Millionen auf 22,0 Millionen. Der tatsächliche Rückgang ist im Bereich zwischen 50% und 100% des Durchschnittseinkommens größer als im Bereich zwischen 100 und 200%. Die Zahl derjenigen, die unter einem Viertel des Durchschnittseinkommens hatten, nimmt zu. Im Bereich der schieren Gelegenheitsarbeit, unter 12,5% des Durchschnittseinkommens, wird ein Rückgang sichtbar. Offensichtlich hat ein Teil der gelegentlich Beschäftigten eine Beschäftigung nicht gefunden.

1968 auf 1974. Die Anzahl der überhaupt in Beschäftigung Gesetzten steigt von 22,0 Millionen auf 25,3 Millionen. Die Zunahme erfolgt überproportional im Bereich unter 12,5 und über 400% des Durchschnitts. Entweder bewegt die günstige Arbeitsmarktlage Kräfte, die sich vorher vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, diesen zu betreten, oder aber die Einkommenslage vieler hat sich trotz Boom so verschlechtert, daß unabweisbare Reproduktionsbedürfnisse zur Gelegenheitsarbeit treiben. Was zutrifft, klärt sich im Vergleich 1974 auf 1977.

1974 auf 1977. Der Rückgang der Beschäftigung von 1974 auf 1977 ist beachtlich, von 25,3 Mio. auf 24,5 Millionen. Gleichwohl verlassen die gelegentlich arbeitenden Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt nicht mehr. Vielmehr steigt ihre Zahl an.

Eine Untersuchung dieser Bewegungen nach Steuerklassen würde näheren Aufschluß über deren Inhalt geben, vorderhand jedoch ist anhand dieser Daten auf einen allgemeinen Umstand der kapitalistischen Produktion aufmerksam zu machen, dessen Bedeutung oft unterschätzt wird. Die kapitalistisch organisierte Produktion bedarf zum profitlichen Funktionieren einer industriellen Reservearmee, die je nach Bedarf in Aktion gesetzt und wieder abgestoßen werden kann. Diese Reservearmee besteht heutzutage genauso, vielleicht noch auswuchernder als im sog. Frühkapitalismus. Immerhin erzielt ein Drittel der Arbeitskräfte, die im Laufe eines Jahres überhaupt den Arbeitsmarkt betreten, weniger als 66% des Durchschnitts der versteuerten Lohn- und Gehaltseinkommen. So weit der Unterhalt unmittelbar aus dem Verkauf der Arbeitskraft bestritten werden muß, ist die bittere Armut wirklich nicht abgeschafft. Allerdings ist der Unterhalt dieser vielen nicht mehr wie früher eine Sache der Wohltätigkeit der besitzenden Klassen. Die Versicherungen, vor allem die Arbeitslosenversicherungen, bewirken, daß die grellen Erscheinungen des nackten Hungers nicht mehr sichtbar sind. Man sollte beachten, daß der Rückgang nackter Erscheinungen des Elends, der verglichen zur Zeit vor der Jahrhundertwende selbstverständlich zu verzeichnen ist, keineswegs auf einer Änderung des Kapitalismus beruht, sondern bloß auf der Fähigkeit der Arbeiterklasse, die schlimmen Folgen im Rahmen der Solidarverbände der Versicherungen erheblich abzustumpfen.

A. Lohnverteilungen nach jährlichem Lohn und Gehalt: 1965 auf 1968



Bilder A1 bis A4

A1. Lohnverteilung 1965: Gesamtzahl der Lohnsteuerfälle 22364 Tsd.; Bruttolohnsumme 189,6 Mrd. DM; Durchschnitt der jährlichen Löhne und Gehälter 1965 8476 DM (= 100% der Einkommensskala).

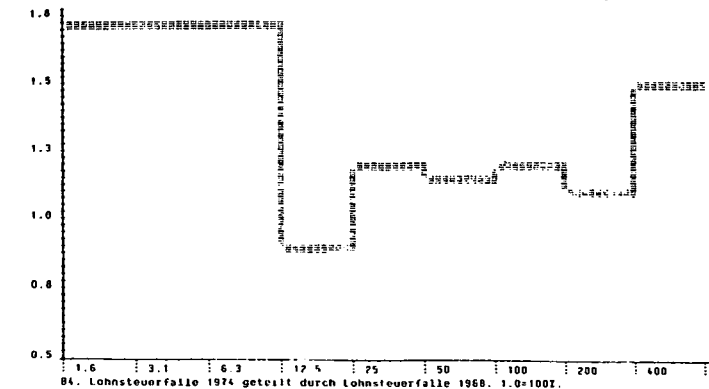
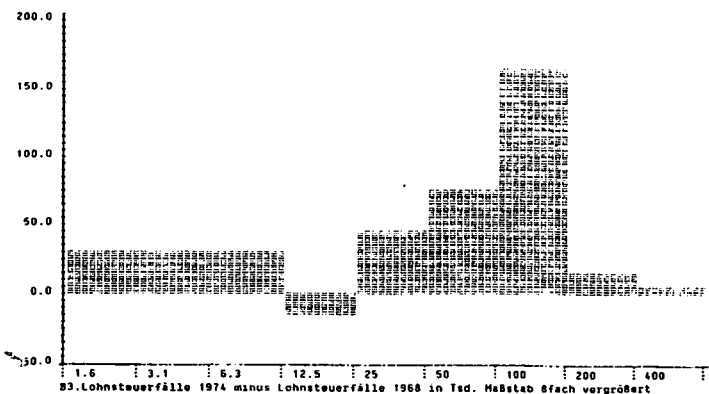
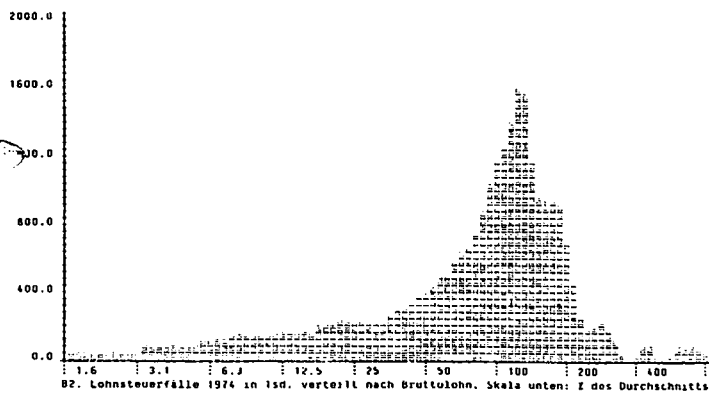
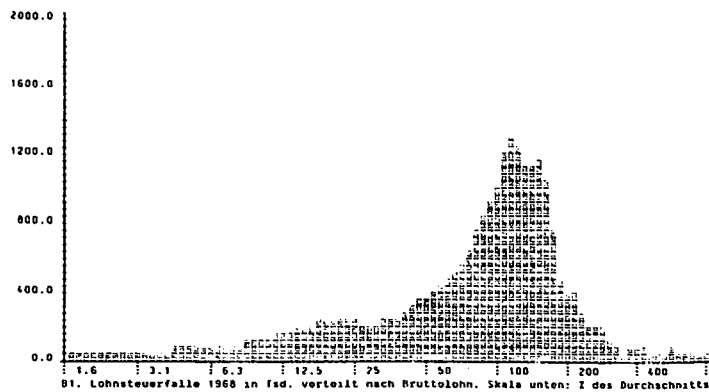
A2. Lohnverteilung 1968: Gesamt 21983 Tsd.; Lohnsumme 216,1 Mrd. DM; Lohndurchschnitt 1968 9832 DM (= 100%).

A3. Die Verringerung der Lohnsteuerfälle 1965 auf 1968 beträgt insgesamt 371 Tsd.

A4. Insgesamt ergibt die Veränderung der Beschäftigung 1968 gegenüber 1965 im Durchschnitt 0,98 oder -2%.

Quelle der Daten: Lohnsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes.

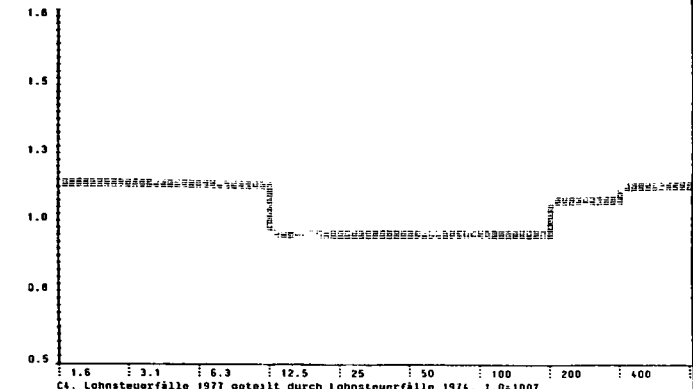
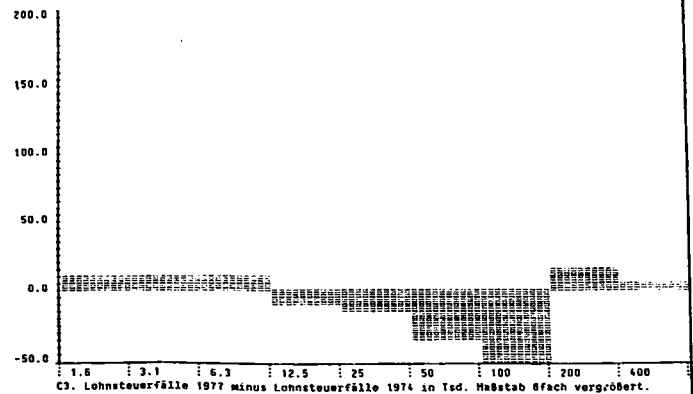
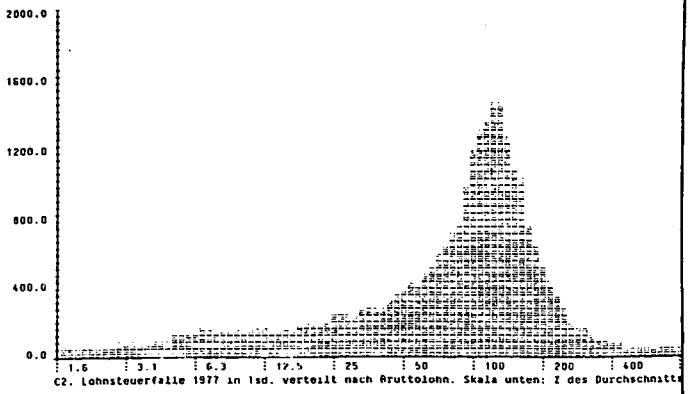
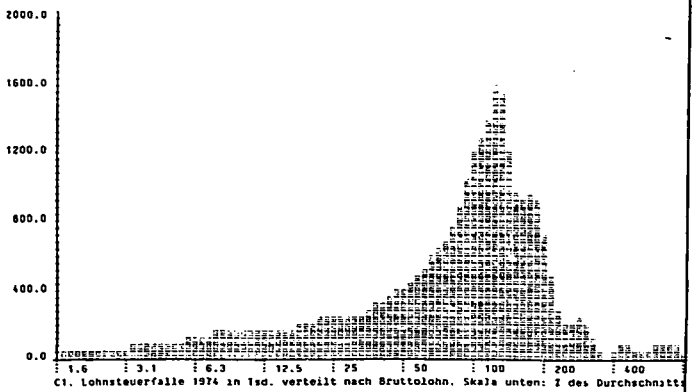
B. Lohnverteilungen nach jährlichem Lohn und Gehalt 1968 auf 1974



Bilder B1 bis B4

B1. Lohnverteilung 1968: Gesamtzahl der Lohnsteuerfälle 21983 Tsd.; Brutto Lohnsumme 216,1 Mrd. DM; Durchschnitt der jährlichen Löhne und Gehälter 1968 9832 DM (= 100% der Einkommensskala).
 B2. Lohnverteilung 1974: Gesamt 25312 Tsd.; Lohnsumme 470,6 Mrd. DM; Lohndurchschnitt 1974: 18593 DM (= 100%).
 B3. Die Zunahme der Lohnsteuerfälle 1968 auf 1974 beträgt insgesamt 3329 Tsd.
 B4. Insgesamt ergibt die Veränderung der Beschäftigung 1974 gegenüber 1968 im Durchschnitt 1,15 oder +15%.
 Quelle der Daten: Lohnsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes.

C. Lohnverteilungen nach jährlichem Lohn und Gehalt: 1974 auf 1977



Bilder C1 bis C4

C1. Lohnverteilung 1974: Gesamtzahl der Lohnsteuerfälle 25312 Tsd. Brutto Lohnsumme 470,6 Mrd. DM; Durchschnitt der jährlichen Löhne und Gehälter 1974 18593 DM (= 100% der Einkommensskala).
 C2. Lohnverteilung 1977: Gesamt 24528 Tsd.; Lohnsumme 550,6 Mrd. DM; Lohndurchschnitt 1977 22450 DM (= 100%).
 C3. Die Verringerung der Lohnsteuerfälle 1974 auf 1977 beträgt insgesamt 784 Tsd.
 C4. Insgesamt ergibt die Veränderung der Beschäftigung 1977 gegenüber 1974 im Durchschnitt 0,97 oder -3%.
 Quelle der Daten: Lohnsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes.

EG-Imperialisten

Angriff auf Lohnniveau der Arbeiterklasse, Spaltungsversuche

In Konkurrenz um bestmögliche Ausbeutungsbedingungen und Absatzmärkte versuchen die Imperialisten innerhalb der EG, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen. Die jeweils schlechtesten Bedingungen des Lohnstandards, der Arbeiterrechte und Versicherungen sollen das allgemeine Niveau bestimmen. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat Forderungen dagegen erhoben. Wie können sie genutzt werden?



PVAP-Parteitag

Die Verabschiedung eines Konzeptes zur wirtschaftlichen Sanierung steht an

Am 14. Juli beginnt der 9. außerordentliche Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität unterstützt den Kurs der gesellschaftlichen Erneuerung, den Ministerpräsident Jaruzelski und der 1. Sekretär des ZK Kania auf diesem Parteikongreß für die Mitglieder verbindlich machen

wollen. Hauptproblem der PVAP ist, einen Vorschlag für die dringende Wirtschaftsreform vorzulegen, den die Arbeiterklasse akzeptiert und die Gewerkschaften unterstützen können. Dabei muß sich die polnische Regierung sowohl gegen den Druck der westlichen imperialistischen Gläubiger wie gegen angedrohtes Eingreifen der UdSSR wehren.



Wirtschaftsförderung

Es lockt „gewinnbringende“ Zukunft (IHK)



Am 16.4.81 beschlossen Bund und Länder die Straffung der Förderungsprogramme.

„Wachstum, Umstrukturierung und Innovation“ sind die „stringente Zielsetzung“. „Kranke“ Betriebe sollen nicht weiter subventioniert werden. Schon bisher gehen die Mittel wesentlich an Großbetriebe, besonders in Branchen mit hohem Anlagekapital

pro Arbeitsplatz. „Mittelstandsförderung“ dient der Auslese produktiver Zulieferbetriebe. Förderungsmittel beschleunigen die Rationalisierung. In den Fördergebieten lockt das Kapital „niedriger Lohn und gute Arbeitsmoral“. Fördermittel bauen „zu hohen Anteil der Landwirtschaft“ ab. Vorrang soll die „Infrastrukturförderung“ erhalten.

Demokratisches Kampuchea

Truppen Vietnams in Bedrängnis, USA auf der Lauer

2½ Jahre nach der vietnamesischen Invasion haben die Truppen des Demokratischen Kampuchea Teile des Landes wieder befreit und operieren auch in den Zentren der Besatzungsmacht. Was sind die Aussichten des Befreiungskampfes? Ist die Schaffung einer Einheitsfront vorangekommen? Was bringt die UN-Konferenz zu Kampuchea? – Der schon im letzten Heft angekündigte Bericht erscheint in Nr. 15/81.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände
Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelausgaben Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457